

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig März 1993

3/93

2. Jahrgang

Themen:

Hochschulen und MfS -
der Umgang mit einem
unbequemen Erbe

Vorschläge zur
Hochschulreform

Wissenschaft Ost 1989/90
Teil VII

Mit Beiträgen von:

Ada Sasse / Markus
Obstücker * Konrad Taut
* Ulrich Schneckener *
Hans-Heinz Emons
* Michael Franzke
u.a.



„Wer dagegen ist, hebe seine Entlassungspapiere!“

Editorial

Noch nie hatte die Redaktion solche Probleme, für einen thematischen Schwerpunkt AutorInnen gewinnen zu können, wie beim Eingangsthema dieses Heftes:

Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe.

Und noch nie mußten wir so viele Rückzieher verzeichnen von angefragten AutorInnen, die ursprünglich einen Artikel zugesagt hatten, wie bei diesem Thema.

Diese Tatbestände transportieren gewiß auch wichtige, nur leider letztlich nonverbal übermittelte Informationen.

Daß dies Thema facettenreich ist und nicht in Täter-Opfer-Dichotomien abgehandelt werden kann, wird inzwischen fast jede/r - zumindest auf Anfrage - bestätigen. Daß die verschiedenen Facetten in der vergangenheitsbewältigenden Praxis kaum Berücksichtigung finden, und daß die binäre Einteilung in Täter und Opfer der bevorzugte ideologische Betrachtungsfilter geworden ist, kann allerorten beobachtet werden.

Die Selbstheroisierung derjenigen, die (tatsächlich oder/und vermeintlich) widerstanden haben - nicht wenige davon durch Sich-aus-allem-Heraushalten, mithin durch einen wirksamen Beitrag zur Pervertierung der bornierten Verhältnisse -, diese Selbstheroisierung benötigt unabdingbar die Dämonisierung der (tatsächlichen oder/und vermeintlichen) Täter.

Da die Widerstehenden so zahlreich nicht waren, hätte es fast ein Problem geben können: Der Betrachtungsfilter konnte nur in Zusammenarbeit mit anderen über die Vergangenheit gespannt werden. Das Problem trat aber gar nicht erst richtig auf: Für die notwendigen Handreichungen bot sich bereitwilligst ein Großteil derjenigen an, die in wollüstig gelebtem Opportunismus die DDR überstanden haben (z. B., in Anwendung auf das Thema, die Nicht-IM aus Nicht-Gelegenheit), um mit der gleichen Technik nunmehr erfolgreich in den vergesamtstaatlichten Verhältnissen gelandet zu sein. Ihnen darf gratuliert werden zu diesem geglückten Spagat zwischen Moderne und Postmoderne: So viel zweckrationale Beliebigkeit will erst einmal gelebt sein. -

Sollten sich aus den hier zum Thema vorgestellten Beiträgen Reaktionen in Form von Zuschriften oder Artikelangeboten ergeben, nicht zuletzt solche, die den einen oder anderen der zahlreichen unterbelichteten Aspekte erhellen, werden wir diese mit besonderer Akribie dokumentieren. Daß wir nach den Erfahrungen bei der Vorbereitung des Themenschwerpunktes diesbezüglich skeptisch sind, sollte diejenigen besonders ermuntern, sich die Zeit zu nehmen, die Wichtiges beitragen zu können meinen.

p.p.

IMPRESSUM

hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O-7010 Leipzig, Tel. 719 22 61, Fax 719 22 55.
Verantwortlich: Peer Pasternack.
Redaktion: Dirk Behr, Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas, Erika Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack, Dirk Siebert.
Herstellung: Büro Pauselius, Oststr. 24-26, O-7050 Leipzig.
hso erscheint monatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von Okt. - Sept.
Schutzgebühren: Einzelheft DM 5,- (ostdeutsche PrivatbestellerInnen 3,-), Jahresabo (12 Ausgaben) DM 55,- (ostdeutsche PrivatabonnentInnen / StudentInnenabo 33,-; in der akademischen/studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende 20,-).
Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.
Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.
Nachdruck mit Quellenangabe ("aus 'hochschule ost', Leipzig, Nr. ...") gestattet. Belegexemplar erbeten.

hochschule politisch- akademisches journal aus ostdeutschland

INHALT

THEMA I: Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe	
<i>Ada Sasse / Markus Obstück: Zwischenbilanz beim Aktenlesen. Zur Arbeit der "Unabhängigen Studentischen Arbeitsgruppe an der Humboldt Universität"</i>	5
<i>Die Staatssicherheit und die Karl-Marx-Universität Leipzig. Ein Interview mit Konrad Taut</i>	11
<i>Ulrich Schneekener: Als "Kissinger" bei der Stasi. Der "Fall Jacobsen" und der diskrete Charme der Macht</i>	14
DOKUMENTATION	
<i>Ein Student als IM - wie weiter? (Jens Stiehler)</i>	18
<i>Ein Student als IM - und weiter wie bisher? (Gunnar Berg)</i>	19
<i>Verliebt in die Vergangenheit? (Jan H. Olbertz)</i>	20
<i>"STASI RAUS" - Der "Fall Stiehler" als Denkanstoß (Arne Ring)</i>	20
<i>Überlegungen der Gutachtergruppe Jena der Hans-Böckler-Stiftung zur Problematik Staatssicherheit bei Bewerbern um Aufnahme in die Studienförderung der Stiftung</i>	22
THEMA II: Hochschulreform-Vorschläge	
<i>ProfessorInnen der FU Berlin: Für eine Hochschul- und Studienreform durch Lehrende und Lernende</i>	25
<i>Wissenschaftsrat: 10 Thesen zur Hochschulpolitik</i>	36
<i>Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft / Bundesministerium für Forschung und Technologie: Grundsätze der Bildungs- und Forschungspolitik</i>	39
THEMA III: Wissenschaft Ost 1989/90 Teil VII	
<i>Interview mit Hans-Heinz Emons, DDR-Bildungsminister von Nov. '89 bis Apr. '90</i>	44
DISKUSSION	
<i>Michael Franzke: Wahrheit ohne Dialog? Anmerkungen zur Blochdiskussion</i>	56
BERICHT	
<i>Das EG-Memorandum zur Hochschulbildung und seine bundesdeutsche Diskussion (Teil 2) (P. Ternack)</i>	61
DOKUMENTATION	
<i>Der Wissenschaftsrat empfiehlt die Aufnahme der Universität Frankfurt/Oder in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes</i>	70
<i>HRK: Für eine Neuorganisation des Hochschulbaus in den neuen Ländern</i>	71
BERICHTE	
<i>GEW: Verfassungsbeschwerde eingereicht (H. Putzhammer)</i>	72
<i>Sachsen Anhalt: Finanzausschuß des Landtages beschloß Stellenabbau (I. Perl)</i>	73
NACHRICHT Immer weniger Patente im Osten	74
ZITIERT Matthias Wissmann	74
PUBLIKATIONEN	75

THEMA I: Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe

Ada Sasse / Markus Obstück (Berlin):

Zwischenbilanz beim Aktenlesen Zur Arbeit der "Unabhängigen Studentischen Arbeitsgruppe an der Humboldt Universität"

Der Bericht über acht Studenten, die seit dem Januar 1992 in der Gauck-Behörde Einsicht in die Unterlagen ihrer Universität haben, muß zwei Sichtweisen beinhalten. Die eine ist der Blick auf die Entstehung und die Arbeit der Gruppe, auf die Lektüre und Gespräche, auf die Wertung gegenwärtiger Medienspektakel. Die andere ist der Blick auf acht verschiedene Biographien der Lesenden, auf ihre individuelle Prägung und die daraus resultierenden Dissonanzpunkte.

I.

Im Sommer 1991 wurden die ersten prominenten Angehörigen der Humboldt-Universität wegen inoffizieller Zusammenarbeit mit dem MfS fristlos gekündigt. Im Interregnum zwischen Abwicklung und Einklagung der Hochschulautonomie, zwischen dem Zerfall der alten und der Etablierung neuer Strukturen an der Universität grassierte die Legendenbildung: Vermutungen, wonach dieser oder jener ganz besonders unsympathische Professor ebenso wie

berühmt-berüchtigte Verwaltungsangestellte "dabeigewesen" waren. Gleiches trifft auf eine Reihe von Menschen zu, die der Universitätsöffentlichkeit vom Gesicht her früher nur aus den Massenmedien oder vom Rednerpult her geläufig waren. Altlasten domestiziert? Es scheint, als bestehe die Vergangenheit aus Personen und Papieren, ihre Aufarbeitung aus dem Habhaftwerden beider.

Heute hat die Mehrzahl der Lehrenden und Studierenden andere Sorgen. Man will den Arbeitsplatz behalten und noch ein paar Drittmittel dazu bekommen. Man will und muß in der Regelstudienzeit mit der Universität fertig sein, um sich ebenfalls um einen Arbeitsplatz kümmern zu können. Die alle Fachbereiche betreffende Umstrukturierung läßt momentan den Blick auf Vergangenes kaum zu. Das Institut für Geschichtswissenschaften, dessen strukturelle und personelle Erneuerung fast abgeschlossen ist, scheint bisher mit seinen Seminaren, Forschungsprojekten und Gastvorträgen eine nennenswerte Ausnahme zu sein.

Mit mehreren hundert Lebensläufen haben sich in den vergangenen zwei Jahren drei Kommissionen beschäftigt. Da diese (Ehrenausschuß, Rehabilitierungskommission und Anhörungskommission) aber streng vertraulich arbeitete(n), konnte der Öffentlichkeit nur ein Bruchteil der Arbeitsergebnisse zur Kenntnis gegeben werden. Allein die Erstellung von Zahlenwerken, die auf der Einordnung von Lebensläufen in die Kategorien "zumutbar" und "unzumutbar" basierten, führen auf ein Problem hin, das bis heute nicht "gelöst" ist, und das mit wachsendem historischen Abstand wohl immer wieder neu formuliert werden muß: In welche *Strukturen* waren die Menschen eingebunden? Welch ein System von Macht und Einfluß muß zugrunde gelegt werden, um im Einzelfall damalige Handlungsweisen, Äußerungen und Entscheidungen heute bewerten zu können?

Mit der Motivation, sowohl Einzelschicksale als auch übergreifende Strukturen rekonstruieren zu können, begann die Arbeitsgruppe im Sommer 1991 ihre Arbeit. Ganz am Anfang stand der Versuch, umlaufende Gerüchte einerseits und die persönlichen, subjektiven Eindrücke andererseits zu bestimmten Problembereichen zusammenführen zu können. Stellvertretend wurden folgende formuliert:

- * Das Wechselspiel zwischen staatlicher Macht und Wissenschaft, die DDR-Geschichtswissenschaften als Legitimation, am Beispiel der Sektion Geschichte.
- * Zusammenarbeit der Verwaltungsorgane der HU mit den einzelnen Abteilungen des MfS.
- * Das MfS und die Sektion Physik.
- * Untersuchungen zur eventuellen Einflußnahme des MfS auf die Gründung und die Arbeit des Studentenrates sowie zu

den Ereignissen im Oktober '89 an der Universität.

* Die Kulturwissenschaften an der HU im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik.

Schon die ersten Gespräche zwischen der Arbeitsgruppe und Herrn Gauck sowie seinen Mitarbeitern machten deutlich, daß diese Themen zwar notwendig seien, aber zu Beginn der Akteneinsicht die Arbeit eher einengen statt beschleunigen und strukturieren würden.

Die Unterlagen des MfS zur Universität waren vom Berliner Bürgerkomitee aufgefunden und in mehr als hundert Pappkartons verstaut worden. Es existierten im Sommer/Herbst 1991 keine geordneten Akten, aus denen wie in einer Bibliothek nur die zum Thema passenden Unterlagen lediglich noch herausgezogen werden brauchten. Die Sichtung und Strukturierung der Unterlagen nahm eine Mitarbeiterin der Gauck-Behörde in mehr als einem Jahr Arbeit vor. Darauf konnten wir dann zum Beginn der Akteneinsicht in Ansätzen schon zurückgreifen.

Im Herbst 1991 begannen wir mit der Diskussion einer Arbeitsordnung, die den Umgang mit den gelesenen Akten und mit dem neu hinzukommenden Wissen regeln sollte. Festgelegt wurde u.a.:

- * Die Veröffentlichung von Ergebnissen muß durch die gesamte Gruppe abgestimmt sein.
 - * Bei bestimmten Fragen werden Wissenschaftler als Berater hinzugezogen.
 - * Vor der Akteneinsicht haben alle Studenten der Arbeitsgruppe ihre eigene Überprüfung bei der Gauck-Behörde erreicht.
 - * Der Universitätsöffentlichkeit werden in Abständen Ergebnisse vorgelegt.
- Die noch vor dem Beginn der Aktenein-

sicht fertiggestellte Arbeitsordnung hat sich bis heute als handhabbar erwiesen.

Die Kündigung des Rektors Heinrich Fink und die unmittelbar anschließende Debatte, die konträr und mit zunehmender Schärfe geführt wurde, um schließlich in den Extrempunkten der streitenden Parteien zu verharren, zeigte im November 1991 und in den nachfolgenden Monaten immer deutlicher, wie wenig eine differenzierte Betrachtung der Vergangenheit bisher stattgefunden hatte, und wie gering das Vermögen war, bei unterschiedlicher politischer Herkunft die andere Meinung zu akzeptieren.

Es mögen verschiedene Gründe gewesen sein, die neben der ständigen Präsenz der Universität in den Medien zum Beginn des Jahres 1992 dazu führten, daß wir noch im Januar als eine der ersten Arbeitsgruppen bei der sich damals in Gründung befindlichen Abteilung "Bildung und Forschung" der Gauck-Behörde Akteneinsicht erhielten, und zu diesem Zeitpunkt schon auf einige Arbeitsergebnisse der Behörde zurückgreifen konnten.

Nach wenigen Tagen angestrengten Aktenstudiums war klar, daß die Themen, die wir uns mehr spekulativ gesucht hatten, vorerst in dieser Form nicht zu bearbeiten waren. Auch heute noch sind uns in erster Linie die IM-Akten der Professoren zugänglich, denn diese sind durch die Personalüberprüfung zuerst aufgearbeitet worden. Außerdem sind uns die Maßnahme- und Jahresarbeitspläne der Hauptabteilung XX sowie Arbeitsbücher der hauptamtlichen Mitarbeiter und Aktenvorgänge zugänglich. "Operative Vorgänge", die die Beobachtung und die "operative Bearbeitung" bestimmter Universitätsangehöriger beinhalten, sind uns zum Teil von den Betroffenen, die privat Einsicht

beantragt hatten, zur Kenntnis gegeben worden.

Nach den Zahlen der Ehrenkommission waren von den ehemals 780 Professoren, die 1989 an der Universität tätig waren, 180 als inoffizielle oder gesellschaftliche Mitarbeiter des MfS tätig. Sie gaben Berichte, stellten ihre Wohnungen für konspirative Treffs oder ihren Hausbriefkasten zur Übermittlung von konspirativen Nachrichten zur Verfügung. Das Studium der IM-Akten liefert ein sehr differenziertes Bild.

Diejenigen, die bewußt Menschen ausgeliefert haben, um einen eigenen Vorteil zu erlangen, scheinen nicht die überwiegende Gruppe unter den 180 gewesen zu sein. Bei einigen Akten wird deutlich, wie schwer es ist, eine Grenze zwischen den Tatbeständen "als IM tätig gewesen" und "als IM geführt worden" zu ziehen.

Bei anderen ist die Lebenssituation ausgenutzt worden - kontaktarme Einzelgänger wurden durch Führungs-IM oder Führungsoffiziere oder hauptamtliche Mitarbeiter regelmäßig besucht, zum Geburtstag bedacht, hatten so wieder Anschluß und Kommunikation. Derart mögen ein elitäres Selbstbewußtsein ebenso wie das deutliche Empfinden der Abschottung von den Arbeitskollegen gleichermaßen dazu beigetragen haben, daß neben politischen und ideologischen Einschätzungen auch zwischenmenschliche Querelen, Animositäten - einfacher Klatsch also - eine nicht unerhebliche Rolle in den Berichten spielen.

Ein Professor aus der Charité hält es für mitteilenswert, daß in einer bestimmten Abteilung eine neue Sekretärin eingestellt sei, die "Westklamotten" trage, auffällig geschminkt sei sowie als aufsässig und faul erscheine. Im gleichen Bericht

tauchen aber auch andere, für einzelne folgenschwere Einzelheiten auf: "Im Dezember 79 erklärte Dr. ... gegenüber Dr. ... im Zusammenhang mit Äußerungen über seine Perspektive an der Universität, daß er bereit sei, einen Ausreiseantrag zu stellen, falls seinen Vorstellungen und Forderungen nicht nachgekommen werde." Aus dem weiteren Verlauf der Akte geht hervor, daß es bis zum Herbst '89 "gelungen" war, eine weitere berufliche Entwicklung des betreffenden Mitarbeiters aufzuhalten.

Das o.g. Zitat macht deutlich, welche Ambivalenzen uns beim Lesen immer wieder beschäftigen. Der Gesprächspartner, der dem IM von den Ausreiseabsichten berichtet hatte, ist vielleicht nie in irgendeiner Partei gewesen, hat nachweislich nicht als IM gearbeitet und rechnet heute zu den "unbelasteten" Arbeitskollegen, die Chancen auf eine Berufung oder ein Wahlamt in der akademischen Selbstverwaltung haben.

Es wird beim Lesen immer wieder deutlich, daß "die Stasi" nicht einfach ein streng zu lokalisierender Krebs im Organismus der Gesellschaft war, sondern "nur" ein, wenn auch sehr wesentlicher Faktor im Machtsystem der DDR war, zu dem sich jeder Bürger zu verhalten hatte, und hier sei die Verweigerung hinzuzurechnen.

Was in der Einleitung als Medienspektakel bezeichnet wurde, meint die hektischen Mitteilungen, wer denn von der alten Prominenz noch so alles dabei gewesen ist, und verkleistert den Blick auf die tieferliegenden Beziehungen. Die platte Mitteilung (oder Behauptung) des IM-Gewesenseins wird der Suche nach den "Hintergrundphänomenen" soziologischer, historischer, psychischer Art nicht gerecht. Ehemalige Mitglieder der Blockparteien, FDJ-Kreissekretäre und Mitglieder der Massenorga-

nisationen sind heute auch Mitglieder des Deutschen Bundestages und kämpfen für die Untersuchung des SED- und Stasi-Unrechtssystems. Das sei ein vermuteter Grund von mehreren dafür, warum mit der Rekonstruktion der Verbindungen der Blockparteien und Massenorganisationen bisher sehr viel weniger entschlossen begonnen wurde.

Auch die Zusammenarbeit amtlicher Stellen ohne Beteiligung des MfS sei hier genannt. In einer Reihe von öffentlichen Einrichtungen gehörte es zu den normalen Dienstpflichten der dort Angestellten, Informationen weiterzugeben. Ein Beispiel: "Im 1. Quartal 89 stellten 86 Angehörige der Humboldt Universität einen Antrag auf Ausreise... Die Zusammenarbeit mit den Abteilungen 'Genehmigungsangelegenheiten' der Stadtbezirke gestaltet sich gut. So wurden wir über alle Mitarbeiter, die die Absicht bekundeten, auszureisen, telefonisch informiert." Hier sind Informationen von den Stadtbezirksämtern an die Kreisparteileitung der Humboldt-Universität geflossen, ohne Konspiration. Welche persönliche Schuld trägt der Angestellte im Bezirksamt, zu dessen täglichen Pflichten es Ende der 80er Jahre gehörte, diese Telefonate zu führen?

Zu den strukturellen Fragen bleibt also bis hierher festzustellen, daß Blockparteien wie unbescholtene Bürger ihren Anteil ebenso zu verantworten hätten wie die ehemaligen öffentlichen Institutionen der DDR, die für sich schon direkte und indirekte Hilfe zur Auslieferung an das MfS gegeben haben. Nicht zuletzt trifft zu, daß einzelne Persönlichkeiten durch scheinbare Verweigerung eine Selbstzensur betrieben haben: "Prof. ... fragte nach, ob bei der APO etwas gegen den Doz. ... vorliege. für den Fall eines anstehenden Parteiverfah-

rens wolle er sich nicht in Verbindungen zu dem Doz. ... bringen."

Die grundlegenden Erfahrungen nach einem Jahr Akteneinsicht lassen sich also nicht auf einen Punkt bringen. Bei der "Ausgrabung von Strukturen" sind letztlich alle gesellschaftlichen Zusammenhänge der ehemaligen DDR einzubeziehen.

Als Korrektiv zum Aktenlesen hat die Arbeitsgruppe Gesprächsrunden eingerichtet. Bisher haben wir uns mit ehemaligen Universitätsangehörigen, die wegen IM-Tätigkeit gekündigt wurden, mit ehemaligen Angehörigen der Universitätsleitung, mit Vertretern des vormaligen Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, mit Parteisekretären, mit exmatrikulierten Studenten und mit heutigen Angehörigen der Universität unterhalten.

Zwei Hindernisse objektiver Art bestehen, in den Gesprächen Dinge genauer auf den Grund zu gehen. Wenn die Unterhaltung über die - auch eigene - Vergangenheit im Extremfall den Arbeitsplatz kosten kann, dann wird den Fragenden nur so viel gesagt, wie sie aufgrund ihrer Frage wahrscheinlich selbst schon wissen. Da im Stasi-Unterlagengesetz nicht geregelt ist, daß der Arbeitgeber neben der Auskunft über eine eventuell vorhandene Täterakte auch nach einer eventuell vorhandenen Opferakte fragen darf, bleibt diese Form der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eingeleig.

Ein Gespräch mit den Menschen, die sich hinter den von uns gelesenen IM-Akten verbergen, haben wir bisher nicht unternommen. Diese Frage weist auf ein aktuelles Problem hin. Welche Auswirkungen kann und soll das aus den Akten gewonnene Wissen auf die gegenwärtige Situation haben? Die Arbeitsgruppe hat sich pri-

mär zum Ziel gesetzt, Strukturen offenzulegen, aber diese sind ja erst durch Personen ausgefüllt worden. An der Kasse in der Mensa steht vor einem nicht nur die Person X aus einem beliebigen Fachbereich, sondern in Personalunion auch der IM Y an. Man besucht die Vorlesung eines Professors, von dem man aus den Akten weiß, daß er immer dann, wenn er sich von seiner schweren Krankheit erholt hatte, am ersten Arbeitstag wieder ein Parteiverfahren über das MfS "organisiert" bekam.

Diese Grenzfalldiskussion ist nur individuell auflösbar. Konfrontation mit der Vergangenheit kann nicht flächendeckend verordnet werden, sondern ist auch eine Frage des persönlichen Ermessens: Wenn der Betroffene ein Recht darauf hat, seine Akte auch *nicht* sehen zu wollen, inwieweit trifft dies für die Opfer *und* für die Täter zu?

Die Sprache der Akten, die oft einen sachlichen Wahnsinn dokumentiert, läßt diese Frage immer wieder aufkommen. Menschenverachtende Aussagen von Medizinern über ihre Arbeitskollegen sind ein krasses Beispiel. Man sollte sich aber auch vor der Vorstellung hüten, daß alle laufenden Meter Papier ausschließlich verbalen Sprengstoff beinhalten. Die Rekonstruktion von Verbindungen und Zusammenhängen wird erschwert durch eine Unmenge subjektiver, nichtssagender Behauptungen. Es hat den Anschein, als wären selbst mit modernster Kommunikationstechnik diese Informationen vom MfS nicht mehr "nutzbar" gewesen. Aber die Brisanz dieses Materials beruhte ja nicht zuletzt auf dem hohen Beliebigkeitsgrad, mit dem Informationen herausgegriffen und genutzt werden konnten. So wird heute noch mancher rätseln, warum er nur einmal und dann nie wieder eine Dienstreise in das nichtsozialistische Ausland antreten durfte,

und wohl nie darauf kommen, daß ein stiller Beobachter eine beliebige Blondine auf dem Abschlußball eines beliebigen Kongresses als Agentin eines feindlichen Geheimdienstes identifiziert haben wollte...

II.

Die Schwierigkeit der Gesellschaft in der gegenwärtigen Situation scheint auch darin zu bestehen, die verschiedensten Biographien aushalten zu können, sie sowohl als das Ergebnis einer persönlich so gewollten wie auch als das Ergebnis davon unabhängig wirkender gesellschaftlicher Umstände aufzufassen.

Der "altoppositionelle", 40jährige Student in der Arbeitsgruppe, den primär Vorgänge im Zusammenhang mit seinem ersten Studium an dieser Universität vor zwei Jahrzehnten interessieren, unterscheidet sich deutlich vom ehemaligen Abiturienten, der, ohne Probleme vor 1989 an die Universität gekommen, sich relativ emotionslos den Unterlagen zuwendet. Gleichfalls schwierig ist es, die selbstdefinierten Zuständigkeiten der Gruppe immer wieder neu zu bestimmen. Will man sich primär der Vergangenheit zuwenden, oder sich auch in die tagespolitische Diskussion einmischen?

Aus den verschiedenen Lebenswegen resultieren verschiedene Lesarten und andere Vorstellungen davon, was in der Gegenwart mit der Vergangenheit anzufangen ist.

Obwohl fast alle in der Arbeitsgruppe tätigen Studenten erst im Herbst '89 oder später an die Universität gekommen sind, ist die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner immer auch eine lange Auseinandersetzung, die aber Auffassungen einschließt, welche sich eher ergänzen als widersprechen. Zum kleinsten gemeinsamen Nenner zählt die Überzeugung, daß die Sicht in die Akte eines Unbekannten immer auch den Blick in den eigenen Lebenslauf impliziert, das gedankliche Durchspielen von Situationen immer auch die eigene Geschichte erinnert.

Uns fehlt der historische Abstand zur Beantwortung von Fragen, die heute dringend beantwortet werden müßten.

Ada Sasse und Markus Obstück studieren an der Humboldt-Universität zu Berlin Rehabilitationswissenschaften. Der Beitrag ist als Äußerung der gesamten "Unabhängigen Studentischen Arbeitsgruppe" zu verstehen.

Die Staatssicherheit und die Karl-Marx-Universität Leipzig Ein Interview mit Konrad Taut Die Fragen stellte Ulrich Schneckener

Mit dem Themenkomplex "Universität und Staatssicherheit" befaßte sich der Theologe Konrad Taut als Mitglied des Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi-Bezirksbehörde Leipzig. Bis August 1991 war er an der Leipziger Außenstelle der Gauck-Behörde mit den Überprüfungen von Uni-Angehörigen beschäftigt.

Wieviele Inoffizielle Mitarbeiter hat es nach Ihren Schätzungen an der Leipziger Universität gegeben?

Taut: In der Abteilung XII - dem Archiv - der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig waren etwa 200 Personen registriert, die als IMs bis 1989 im Dienst der Stasi standen. Weitere inoffizielle Mitarbeiter an der Universität wurden in der Abteilung XV (Auslandsauf-

klärung) geführt, sie erledigten allerdings im westlichen Ausland "Spionage-Aufträge", das heißt, sie sollten bestimmte Gesprächspartner "abschöpfen". Die Zahl der sogenannten abgelegten IMs, deren Zusammenarbeit mit der Stasi nicht bis 1989 andauerte, ist ungewiß.

Welche Abteilungen der MfS-Bezirksverwaltung "kümmerten" sich um die Universität?

Taut: Mit der KMU beschäftigten sich vor allem die Abteilungen XX/1 (Universitätskliniken und Medizin) und die XX/4, die auch für die Kirchen zuständig war. Die Deutsche Hochschule für Körperkultur

(DHFK) wurde von der Abteilung XX/8 "bearbeitet". Insgesamt dürften sich wohl ein Dutzend der insgesamt 96 Hauptamtlichen in der Abteilung XX mit der Uni befaßt haben.

Wie kann die Tätigkeit als IM rekonstruiert werden?

Taut: Um jemanden zu überführen, benötigt man genaues Aktenmaterial - Akten, die über den IM geführt wurden. Und hier ist das Problem: Gerade bei den "laufenden IMs" wurden Aktenbestände vernichtet, was dadurch erleichtert wurde, daß es nie eine geordnete Auflösung der Behörde gab. Über die Personen-Karteien F 16 und F 22 lassen sich erste Hinweise auf

eine Mitarbeiterschaft finden. Allerdings: Ein registrierter Name auf einer Karteikarte reicht als Beweis nicht aus. Juristisch gesehen muß dem Beschuldigten der Tatbestand der Denunziation - Weitergabe von Informationen zum möglichen Nachteil Dritter - nachgewiesen werden, damit man ihn aus dem öffentlichen Dienst entlassen kann.

Gab es unter den Studenten auch Informelle Mitarbeiter?

Taut: Darüber kann man nur wenig sagen, weil bei der Umgestaltung der Universität das Personal im Blickpunkt stand. Lediglich wenn ein Student in eine Personal- oder Fachkommission gewählt wurde, gab

es Überprüfungen. Mir sind allerdings Vorlauf-Akten bekannt, die auch über einzelne, für die Stasi interessante Studenten geführt wurden. Meistens hat sich aus solchen Akten aber keine Mitarbeit ergeben.

Wurde für alle damaligen KMU-Beschäftigten die Überprüfung bei der Gauck-Behörde beantragt?

Taut: Ja. Und zwar begann die eigentliche Auseinandersetzung mit der Stasi-Vergangenheit an der Universität auf dem Konzil am 2. Oktober 1990. Damals wurde beschlossen, einen zwölfköpfigen Vertrauensausschuß zu bilden. Dieser verlangte von den Dozenten, die in neue Ämter ka-

men, die ersten Ehrenerklärungen, und er erhielt auch die ersten Selbstbeichtigungen. Bis zum Frühjahr dieses Jahres waren 800 Personen von der Gauck-Behörde überprüft. Bei etwa zehn Prozent hat sich eine Stasi-Belastung herausgestellt.

War nicht jeder, der an der Universität eine Funktion bekleidete, quasi-automatisch für die Stasi tätig, weil er Berichte schreiben mußte, die eben auch beim MfS landen konnten?

Taut: Sicherlich. Das Berichtswesen wurde in der DDR ziemlich exzessiv gehandhabt. Allerdings unterscheiden sich diese Berichte deutlich von denjenigen, die von IMs geschrieben wurden. Sie enthalten selten genaue Angaben über bestimmte Personen. Die Berichte aus dem Rektorat stellten zum Beispiel meistens ein Idealbild dar. Auf dem Weg nach oben wurde schöngefärbt. Das Ganze war mehr eine Formalität,

bei der die Führung bestätigt werden sollte. Viel wichtiger waren für die Stasi die Akten der Kaderabteilung der Universität. In diese konnte man keinen Einblick nehmen. Sie dienten dem MfS oft als erste Information über jemanden. Im negativen Falle erhielten sie damit die Funktion von "schwarzen Listen" und bedeuteten somit das Ende mancher wissenschaftlichen Karriere.

Von bevorzugtem Interesse für die Stasi dürfte auch der Reisekader gewesen sein.

Taut: Allein schon bei dem rund einjährigen Vorgang, in den Reisekader - vor allem für das "nicht-sozialistische Wirtschaftsgebiet" - aufgenommen zu werden, war die Stasi beteiligt. Eine Art Sicherheitsprüfung wurde vorgenommen, worüber es auch Akten gibt. Dies erledigte die Abteilung XX. Sie gab die Informationen gegebenenfalls an die Auslandsaufklärung weiter, damit diese versuchen konnte, Mit-

glieder des Reisekadets für ihre Zwecke einzusetzen. Wenn jemand angeworben werden sollte, wurde er oft aufgefordert - zum Beispiel bei seiner zweiten Reise - doch einmal bestimmte Gesprächspartner aufzusuchen und deren Ansichten abzufragen. So konnte man in eine IM-Tätigkeit verwickelt werden. Das ging dann so weit, wie beispielsweise in dem Fall einer Dozentin, die auf ihren USA-Reisen ganz konkrete Aufträge für die Stasi erledigte.

Was interessierte die Stasi an der Universität besonders? Wie beeinflusste das MfS das Innenleben der Universität?

Taut: In der Schlußphase der DDR war die Stasi natürlich vor allem an den Ausreisewilligen unter den Dozenten und Studenten interessiert. Das MfS versuchte oftmals auch die Kaderentwicklung zu beeinflussen - konkrete Versuche gab es bei der Theologie, wo auch relativ viele IMs wirkten. Es sollten "negative Kräfte" zurückge-

drängt und Gefällige gefördert werden. Die Stasi nutzte aber auch ihre Drähte zu anderen Institutionen, zum Beispiel zur SED- oder FDJ-Kreisleitung an der Universität. Als disziplinierende Einrichtung galten die "Konfliktkommissionen", die sektionsübergreifend waren. Vor diese wurden Lehrende bei "Fehlverhalten" zitiert und zur "Selbstkritik" aufgefordert.

Verdiente die KMU ihren Ruf als Kaderschmiede?

Taut: Das würde ich schon sagen. Die Studenten der Uni stellten kein ernsthaftes Protestpotential dar. Ein Fall ist mir bekannt: Ausgerechnet an einer ML-Sektion gab es 1986 Ärger, weil Studenten aus

dieser Sektion Zitate von Rosa-Luxemburg im Innenhof der Uni an die Wände schrieben. Ansonsten waren die Jugendlichen seit der Erweiterten Oberschule, wo die scharfe politische Kontrolle ja bereits begann, eher ein gleichgeschalteter Haufen.

Als "Kissinger" bei der Stasi

Der "Fall Jacobsen" und der diskrete Charme der Macht

Ist die Politikwissenschaft genauso korrumpiert wie die Politik selbst? Können sich die Politologen von dem Schwefelgeruch freihalten, der momentan ihre Auftraggeber und Adressaten, die Politiker, überzieht? Oder sitzen sie mit im Boot allgemeiner "Politikverdrossenheit"? Haben sich die Wissenschaftler selbst abgeschafft, indem sie die Nähe zu den "Mächtigen" suchen? Sind durch "Gefälligkeitsgutachten", "Auftragsexpertisen" und "Geheimwissenschaft" nicht längst jene heren wissenschaftsethischen Ziele von "Wahrhaftigkeit" und "Offenheit" abhanden gekommen? Sind Politologen besonders anfällig für eine elegante Art, jemanden zum Schweigen zu bringen? Diese funktioniert

etwa so: Der Wissenschaftler erhält Informationen von der politischen Klasse, wird in "das Vertrauen" gezogen, fühlt sich damit an der Macht "teilhaftig", überschätzt seinen Einfluß und schlüpft langsam in die Rolle eines Akteurs, der glaubt, selbst (Welt-)Politik machen zu können: "Kissinger-Syndrom" nennt dies Ekkart Krippendorf.

Ein solches Beispiel von Selbstüberschätzung scheint die aufgedeckte MfS-Tätigkeit des Berliner Politologen Hanns-Dieter Jacobsen zu sein. Krippendorf nahm den Fall Jacobsen zum Anlaß, um in einem Artikel in der "Zeit" vom 11.12.1992 auf die subtilen Mechanismen der Korrumpierung in der Wissenschaft hinzuweisen.

Der Fall

Am 21. Oktober 1992 wurde Hanns-Dieter Jacobsen, Dekan am Otto-Suhr-Institut (OSI) der FU Berlin, verhaftet. Die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe hatte einen Haftbefehl wegen "geheimdienstlicher Agententätigkeit" erwirkt. Nach einigen Wochen Untersuchungshaft ist der C4-Prpfessor seit 4. November gegen eine Kaution von 35.000 Mark wieder auf freiem Fuß. Jacobsen hat seit 1968 für die Abteilung XI (Aufklärung der USA und ihrer Einrichtungen in Europa) der MfS-Hauptabteilung Aufklärung gearbeitet, wie er mittlerweile selbst zugibt.

Die Einzelheiten seiner IM-Arbeit klingen wie aus einem schlechten Groschenro-

man: Unter dem Decknamen "Hoffmann" lieferte er der Staatssicherheit Studien aus verschiedenen wissenschaftlichen Instituten oder Konferenzpapiere, sogenannte graue Literatur. Das "Verratsmaterial" (O-Ton Generalbundesanwalt) übergab Jacobsen bei konspirativen Treffen auf Mikrofilm - und zwar in von der Stasi präparierten Spezial-Spraydosen. Bis Ende 1989 war "Hoffmann" im Einsatz, der Agentenlohn hatte erst 600 DM monatlich, zuletzt 800 DM betragen.

Jacobsen, der seit 1987 am OSI internationale Politik mit Schwerpunkt Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen lehrte, trat noch am Tag seiner Verhaftung von seinem Amt als

Dekan des Fachbereichs zurück. Um die "allgemeine Atmosphäre des Verdachts", so seine Nachfolgerin Gesine Schwan, zu entschärfen, beschlossen 39 der 44 OSI-ProfessorInnen, ihre Überprüfung bei der Gauck-Behörde zu beantragen. Während sie darin eine "Vorwärtsstrategie" und ein Signal an die Öffentlichkeit" sahen, werden andere wie z.B. Wolf-Dieter Narr dieser vorausseilenden Aktion nicht folgen, da sie eine Wiedereinführung der "Regelanfrage" durch die Hintertür befürchten.

Im Fachschaftsblatt "OSI-Zeitung" (Februar 1993) gab Jacobsen Auskunft über seine Motive und seinen Weg zum IM. Dieser Artikel sollte eigentlich eine Antwort auf die Thesen von E. Krippendorf in der "Zeit" sein. Doch die Wochenzeitung lehnte den Abdruck von Jacobsens Replik ab. Während der Studentenbewegung hatten Mitarbeiter des MfS Kontakt zu Jacobsen aufgenommen. "Aus einer Mischung von Neugier und Schwäche aus einer möglicherweise mit meiner Herkunft zusammenhängenden Empathie für den im internationalen System unterprivilegierten "Underdog DDR", deren politisches System meinen Vorstellungen nie entsprach, habe ich eingewilligt", schreibt Jacobsen. Er sei später aus dieser Verwicklung nicht herausgekommen: "Ich habe seit den 70er Jahren auf meinen Fachgebieten Ost-West-Handel und internationale Beziehun-

gen, insbesondere USA, der Hauptverwaltung Aufklärung eine relativ guten Überblick über das, was an Veröffentlichungen und 'grauer Literatur' auf diesen Gebieten kursierte, verschafft."

Seine (nachträgliche?) Rationalisierung dieser Agententätigkeit klingt wie jene Begründung, die Manfred Stolpe für seine (wenngleich anders gelagerten) Kontakte mit der Stasi gab. Jacobsen sieht sich als Teil einer Art Informationspolitik, um gegenseitiges Verstehen zu erleichtern: "Ich war der Ansicht, daß eine bessere Kenntnis darüber, was im Westen auf diesen Gebieten gedacht wurde, von Nutzen sei. (...) wie im Westen Denkstruktur funktionierte, welche Interessenlagen bestanden und wie im Hinblick auf diese Forschungen sich auch das System der DDR und des Ostblocks zu verändern hätte."

Überspitzt ausgedrückt: Sein Ziel war demnach nichts Geringeres, als den Frieden ein Stück sicherer, die Mauer durchlässiger zu machen, und gleichzeitig dem Systemwandel in der DDR auf die Sprünge zu helfen. Der IM Jacobsen in Wirklichkeit also ein (unbezahlter) Agent der westdeutschen Entspannungspolitik? Jacobsen direkt zu Krippendorfs Vorwurf: "Wenn ich ein marginales 'Kissinger-Syndrom' gehabt hätte, dann vielleicht insoweit, als ich naiverweise mir vorstellte, durch meine Tätigkeit etwas verändern zu können."

Die Debatte

Krippendorf warf seinem enttarnten Kollegen zunächst in der "taz" vom 26.10.1992 und dann in dem erwähnten "Zeit"-Artikel "Verrat an der Wissenschaft" vor. Nicht weil Jacobsen der Stasi Papiere zuschob, sondern vielmehr, weil er zu jenem Typ von Politologen zählt, die nach Krippendorf Wissenschaft als Dienstleistung für die politische Klasse betreiben. Ihnen wurde

eine herrschaftskritische Distanz durch die Illusion, Mitglied im erlauchten Kreise einiger Insider zu sein, konsequent aberzogen. Darin liege "das schleichende Gift des Verrats".

Krippendorf in der "Zeit": "Indem man den 'Fall Jacobsen' auf den individuellen und strafrechtlichen Stasi-Apparat reduziert,

werden nämlich die ernsthafteren Fragen verdrängt - die nach der Anfälligkeit dieser Wissenschaft für die Kompromittierung ihres Ethos durch die Nähe zum politischen Establishment." Dieses Ethos besteht für Krippendorf aus zwei Prinzipien: Offenheit inklusive der Veröffentlichung der Ergebnisse sowie die "Verpflichtung auf das Wahrheits- und Aufklärungspostulat". Beides schließt eine "bewußte Orientierung von Erkenntnisinteressen an gesellschaftlichen oder politischen Herrschafts- bzw. Machtinteressen kategorisch" aus.

Der Symbolgehalt des "Falles Jacobsen" liege darin, daß es überhaupt möglich ist, etwas zu "verraten", wo es doch eigentlich gar nichts zu "verraten" geben dürfte, da Wissenschaft prinzipiell öffentlich sein müsse. Jacobsen sei, so Krippendorf, sowohl Mitglied als auch Produkt einer "Klasse von Sozialwissenschaftlern" des "privilegierten Mainstreams mit verinnerlichter Machtnähe", die auch quasi als "Machtzentrum der Disziplin" die wissenschaftlichen Standards setzen, nach denen das Nachwuchspersonal rekrutiert werde. Das Ergebnis: Eine Wissenschaft "ohne Profil und Engagement", die "handwerklich begabte Leute" produziere, die "mittels einer leicht erlernbaren Begrifflichkeit" und "etwas empirischem Fleiß" einsteigen. "Wenn sie dann noch zusätzlich kontaktfreudig sind und gepflegte Umgangsformen haben, dann sind die späteren Chancen für den Aufstieg in kissingersche Nähen nicht schlecht", schreibt Krippendorf sarkastisch.

Der "randständige Einzelkritiker" (Krippendorf über sich selbst) hat mit dieser Analyse am OSI sicherlich keine neuen Freunde gefunden, zumal er seinen Kritikern ("Schmierfink" titulierte ihn ein Kollege während einer OSI-Vollversammlung) eine einfache Angriffsfläche bot, indem er Ja-

cobsen zwar als "beliebten Kollegen" bezeichnete, ihm aber wissenschaftliche "Mittelmäßigkeit" bescheinigte, um noch hinzuzufügen, er sei gleich gegen Jacobsens Berufung an das OSI gewesen. Krippendorf war damals Vorsitzender der Berufungskommission.

Auch diese unnötigen Seitenhiebe vermitteln den Eindruck, daß Krippendorf seit seiner Kritik vor allem auf charakterliche Schwächen und fehlendes Bewußtsein der bereits korrumpierten Fachkollegen abzielt. Die Struktur, die sich hinter dieser Art von Wissenschaftsbetrieb verbirgt, läßt Krippendorf eher unangetastet, zumindest werden diese Aspekte nur ansatzweise genannt. Das Fazit Krippendorfs klingt ein wenig nach "zurück in den Elfenbeinturm", weil nur dieser Unabhängigkeit vor Machtinteressen garantiere.

Dabei wird vergessen, daß sich diese privilegierte, fast schon elitäre Stellung eigentlich nur ordentlich bestallte und verbeamtete Hochschullehrer leisten können. Die Karriereleitern in der Wissenschaft werden jedoch längst von externen Geldgebern gehalten. Ein junger Forscher braucht - besonders jetzt angesichts leerer staatlicher Kassen - in der Regel eine Förderung aus Drittmitteln. Die Vergabe dieser Gelder ist an bestimmte Kriterien (manchmal auch Beziehungen) gebunden, die sich an jenem "Mainstream" orientieren.

Krippendorf berücksichtigt nur am Rande die ökonomischen Gesetze, die mittlerweile auf dem Markt der Wissenschaft gelten, und bestimmte Ergebnisse präjudizieren. Und natürlich sind für den Nachwuchs insbesondere jene Wissenschaftler interessant, die aus verschiedenen Töpfen Drittmittel erhalten, um so Projekte zu finanzieren. Beginnt da bereits die Kompromittierung? Das schleichende Gift? In gewisser

Weise schon, weil dem jungen Wissenschaftler frühzeitig das Gefühl vermittelt wird, einem Zirkel anzugehören, der über vermeintlichen Einfluß auf Politiker verfügt.

Dies soll nicht bedeuten, daß das von Krippendorf angemahnte Ethos ein Luxusartikel ist. Sondern gerade im Wissenschaftsbetrieb spielen Eitelkeiten und Geltungsbedürfnisse eine Rolle, die mit dem Hauch von Exklusivität halbwegs befriedigt werden. Da Krippendorf selbst schreibt, daß in

solchen Kreisen die Resultate vor "affirmativen Belanglosigkeiten" nur so trüben, könnte man meinen, die "Geheimhaltung" von Banalitäten diene eher dem Selbstschutz, damit einige Wissenschaftler ihre Daseinsberechtigung nicht verlieren - vor allem jene, die sich als Uni-Professoren aus der Lehre so gut wie abgemeldet haben.

Ulrich Schneckener studiert Politikwissenschaft an der FU Berlin



Die folgenden vier Texte entnahmen wir der Universitätszeitung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dezemberausgabe 1992.

Ein Student als IM - wie weiter?

(Red.) Spätestens im August des Jahres, als die Listen ehemaliger Inoffizieller Mitarbeiter des MfS veröffentlicht wurden, wurde offensichtlich, was viele gewußt oder vermutet haben. Auch an der MLU und auch unter den Studierenden gab es Inoffizielle Mitarbeiter. Betraf dies Angestellte und Wissenschaftler, so ist in der Regel bereits vor der Veröffentlichung der Listen die vom Gesetzgeber festgelegte Maßnahme, Entfernung aus dem öffentlichen Dienst, vorgenommen worden.

Wie hingegen sollte nun mit studentischen IM umgegangen werden? Was ist zu tun, wenn es einen betrifft, der in den vergangenen Jahren im universitären Bereich hochschulpolitisch tätig gewesen ist? Hier sollte, über die Entfernung aus verschiedenen Gremien hinaus, mehr getan werden.

Ich studiere seit 1990 im Magisterstudiengang Geschichte, Kunstgeschichte und Historische Hilfswissenschaften. Zuvor studierte ich im Diplomlehrerstudiengang Geschichte und Staatsbürgerkunde. Insbesondere seit 1989 war ich in verschiedenen Funktionen und Gremien der Studierendenschaft und der MLU tätig. Seit Ende meiner Schulzeit 1983 bis zum Herbst 1989 war ich Inoffizieller Mitarbeiter des MfS bei den Grenztruppen der DDR, an der MLU und innerhalb der Stadt Halle.

Ich wurde kurz vor dem Armeedienst angeworben. Meine Aufgabe war, mögliche Grenzdurchbrüche bereits im Vorfeld zu verhindern. Für mich gab es damals eigentlich keine Diskussion über die Wichtigkeit und Richtigkeit dieser Aufgabe, da ich den Schutz der Staatsgrenze der DDR als politisch hochrangig und wertvoll angesehen habe. Nach der Armeezeit hat man mich gefragt, ob ich weiterhin für das MfS tätig sein wolle. Nun ging es um die Einschätzung der politisch-ideologischen Situation unter den Studierenden und die Haltung einzelner zu bestimmten politischen Belangen. Hier hatte ich wahrscheinlich die reale Möglichkeit "auszusteigen". Ich weiß heute ehrlich nicht, was mich bewogen hatte, weiterzumachen. Auch wenn ich des öfteren sehr ungute Gefühle bei meinen Berichten über einige Kommilitonen hatte, ja an deren Sinn zweifelte, habe ich nicht den notwendigen Schritt getan. Vielleicht war ich schon zu sehr verstrickt, so daß ich das Ganze nicht durchschauen konnte.

Mein Versuch, mit einer Kandidatur bei den Universitätswahlen eine öffentliche Diskussion über dieses Thema zu erreichen, wurde und wird unterschiedlich bewertet. So wird

mir insbesondere durch Angehörige des Mittelbaus und der Hochschullehrer geraten, "ruhig zu sein", "zur Besinnung zu kommen" und "nicht wieder nach öffentlichen Ämtern zu streben". Unter den Studierenden wird dies zum Teil anders gesehen. Von diesen wurde und wird nicht nur gewünscht, das bisher nie zur Diskussion stehende Thema studentische IM zu diskutieren. Vielfach wurde auch als positiv bewertet, daß ich mit meinem "Makel" für die Wahlen zum Konzil und für den Fachbereichsrat Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften kandidierte.

Gerade in den letzten Tagen vor der Wahl wurde deutlich, daß es ohne eine Kandidatur meinerseits keinerlei öffentliches Interesse gegeben hätte. Es stimmt, ich habe das Vertrauen von vielen verletzt. Auch wenn wahrscheinlich keinem etwas "passiert" ist, so habe ich immerhin dazu beigetragen, daß es zu irgendwelchen Repressalien hätte kommen können. Gerade dadurch, daß ich persönliche Dinge weitergegeben habe, ohne weiter Einfluß zu haben, was damit gemacht wird, habe ich mich in jedem Fall schuldig gegenüber meinen Bekannten gemacht. Später dann habe ich verschwiegen, was von öffentlichem Interesse war, da ich öffentlich tätig war. Unrichtig wäre jedoch jeder Vorwurf, ich hätte seitdem als "Seilschaft", vom "Stasi-Geist gelenkt" o.ä. gehandelt. Für mich war und ist oberstes Gebot nicht eigene Macht, Profilierungssucht und Karriere, sondern die Vertretung studentischer Interessen.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine substantielle Diskussion. Diese sollte, verbunden mit der Akzeptanz des mir neu ausgesprochenen Vertrauens, im Ergebnis ein Gewinn für die Studierendenschaft und die MLU darstellen.

Jens Stiehler (Halle/S.)

Ein Student als IM - und weiter wie bisher?

Es zeugt nicht von Einsicht und von Bedauern über denunziatorische Handlungen in der Vergangenheit, wenn die Kandidatur zu der Wahl in ein Studentenselbstverwaltungsgremium als Vehikel benutzt wird, um angeblich fehlendes Interesse an einer Diskussion über studentische IM zu überwinden. Im Gegensatz zu Universitätsangestellten, deren Stasi-Tätigkeit durch Akten-Auskunft der Gauck-Behörde auch dann öffentlich wird, wenn kein eigenes Bekenntnis vorliegt, müssen studentische IM ihre Tätigkeit selbst bekennen, um eine Diskussion zu ermöglichen. Diese hat auch nur dann Sinn, wenn vorbehaltlos die Art der Zusammenarbeit mit dem MfS, die Motive und Hintergründe dargestellt werden. Vage "Erklärungen" sind keine Basis für eine Aussprache. Stattdessen müssen schon konkrete Fragen beantwortet werden: Warum bedurfte es z.B. erst der Veröffentlichung der Stasi-Listen?

Sechsjährige Tätigkeit für das MfS sollte wohl Anlaß sein, erst einmal sich selbst gegenüber Klarheit zu gewinnen, ehe man den Anspruch erhebt, die Vertretung anderer, nämlich studentischer Interessen zu übernehmen.

Prof. Dr. Gunnar Winkler (Halle/S.)

Verliebt in die Vergangenheit?

Kaum zu glauben, aber wahr: Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter, die für die STASI tätig waren, mußten die Universität verlassen. Jens Stiehler aber, Student und bis vor kurzem noch informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit, kandidierte für die Universitätswahlen. Ich weiß noch, mit welcher Vehemenz er in verschiedenen Gremien gegen eine Überprüfung der Studierenden (bzw. Forschungsstudenten) durch die Personalkommission eintrat, und klar ist nun auch, warum. Herr Stiehler mag als Interessenvertreter ehemaliger IM glaubwürdig sein, aber als Vertreter studentischer Interessen? Ob es Zynismus oder Unbedarftheit ist, aus dieser Position um Vertrauen zu werben, oder ob er einfach seine Geschichte vermarkten will - betroffen ist man allemal. Die Antwort ist (zu) schnell bei der Hand: Genau dies habe er erreichen wollen. Eine solche Nachhilfe wird hoffentlich kaum jemand nötig haben. Trotzdem bezahlt Jens Stiehler einen hohen Preis. Denn um diese Rolle zu spielen, muß er bleiben, was er war.

Prof. Dr. Jan H. Olbertz (Halle/S.)

"STASI RAUS" Der "Fall Stiehler" als Denkanstoß

Die universitätsweiten Wahlen wurden von einem ungewöhnlichen Vorfall begleitet: Ein ehemaliger IM stellte sich zur Wahl. Und groß war das Geschrei, allerdings grundsätzlich destruktiv angelegt, denn kaum einer wollte etwas über Jens Stiehler erfahren. Es reichte ja das, was man wußte: Er war ein "Stasi-Schwein". Und von diesem wollte man sich die "weiße Weste" der universitären Gremien nicht beschmutzen lassen, so daß schon eine Kandidatur wohl recht bedenklich sei.

Doch hatte man vergessen: Jeder Bürger der BRD hat ein aktives und ein passives Wahlrecht. Auf diese Weise wurden vor Jahren in der früheren BRD auch Nazis Ministerpräsidenten. Und auch ein Herr Stolpe ist (berechtigt!) noch im Amt.

Jens Stiehler ist außerdem ein wirklich engagierter Student, der viel dazu beigetragen hat, daß es mit der Universität nicht weiter bergab ging. Denn er wirkte in vielen Gremien der Universität mit, konnte auch andere zur Arbeit mitreißen. So hatte er der StudentInnenrat mitbegründet und in seiner heutigen Form etabliert. Und er wollte jetzt beginnen, Vergangenes aufzuarbeiten.

Und trotzdem war ich gegen seine Kandidatur zu den universitären Gremien. Nicht nur, daß seine Tätigkeit für das MfS gering war. Viele Gesprächspartner der Universität - besonders das Ministerium für Wissenschaft und Forschung - hätten einen Vorwand gehabt, weiterhin Beschlüsse mißbachten, die in die Autonomie der Hochschule fallen. Etwas Schlimmeres kann jetzt, da die Aufbauphase der Universität und der Hochschulstruktur des Landes Sachsen-Anhalt erst so richtig beginnt, kaum passieren.

Ein anderer Grund gegen seine Kandidatur ist, daß er erst durch die Veröffentlichung der Listen enttarnt wurde, sich nicht selbst stellte. Und so kann seine Vergangenheitsbewältigung, die erst einen Monat vor der Wahl begann, nur der Anfang sein; auch sein Überdenken dieser Tätigkeit hatte erst jetzt begonnen, da er in die Öffentlichkeit ging. Eine gewisse "Denkpause" wäre dazu angemessen.

Dennoch: Bisher bestand die Bewältigung der Vergangenheit in der Universität nur in Rausschmiß und Verdrängung. Das konnte nicht alles sein. Vielleicht könnte die Diskussion zu Jens Stiehler ein Anfang für einen wirklichen Meinungs-austausch an der gesamten Universität sein. Gerade sein Fall zeigt mal wieder, daß die Relation "Stasi = Schwein" nicht so einfach aufgeht.

Arne Ring (Halle/S.)

Überlegungen der Gutachtergruppe Jena der Hans-Böckler-Stiftung zur Problematik Staatssicherheit bei Bewerbern um Aufnahme in die Studienförderung der Stiftung

Notwendig sind nachfolgende Überlegungen, da das Thema Staatssicherheit durchaus bei Gutachtergesprächen eine Rolle spielen kann. Bewerber sollten bei den Gutachtergesprächen u.a. auch nach Kontakten und Erfahrungen mit der Staatssicherheit befragt werden. Auch im Vorfeld möglicher genereller Lösungen seitens der Stiftung sind Meinungsäußerungen unsererseits wichtig.

Einig sind wir uns in der weitgehenden Unterstützung von Bewerbern, die offen oder verdeckt von der Staatssicherheit verfolgt wurden, da dies meist ein kritisches Engagement in der DDR dokumentiert. Dies sollte bei den Gutachten und Entscheidungen positiv berücksichtigt werden. Eingriffe der Staatssicherheit in das Leben anderer bedeutete meist auch eine Verweigerung oder Beeinträchtigung der Bildungschancen. Dies bedeutet z.B. die Unmöglichkeit, ein Abitur abzulegen, Ablehnung von Bewerbungen um einen Studienplatz, Zwangsexmatrikulationen, Studienunterbrechungen zur "Bewährung in der Produktion", Verweigerung von Promotionen etc. Diese damals verpaßten, verhinderten oder verzögerten Bildungswege sollten heute genutzt werden können. In diesem Sinne steht auch eine Unterstützung durch die Stiftung unserer Meinung nach außer Zweifel und bedarf keiner weiteren Diskussion. Die Opfer sollten hier zuerst genannt werden, da sie in der öffentlichen Diskussion oft hinter der weit ausführlicheren Besprechung möglicher Verstrickungen vergessen werden. Es sollte auch daraufhin verwiesen werden, daß aufgrund möglicher persönlicher Verletzungen in der Biographie dieser Betroffenen Gutachter- und Bewerbungsgespräche behutsam geführt werden sollten.

Kontroverser und komplizierter wird die Diskussion, wenn es um Bewerber geht, die angeben, auf verschiedene Art und Weisem mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet haben. Eine Mitarbeit *) bei der Staatssicherheit ist ein sehr negativer Punkt in der Beurteilung eines Bewerbers bzw. Bewerberin und ist entsprechend im Gutachten zu würdigen. Jedoch wird eine automatische Zurückweisung solcher Bewerber - von vielen bestimmt als konsequent empfunden - von uns nicht befürwortet. Dies wird nicht in jedem Fall der einzelnen Person gerecht. Über eine Unterstützung oder Nichtunterstützung der Bewerbung ist erst nach einem ausführlichen Gespräch unter Bewertung der dargelegten und bekannt gewordenen Fakten und Aussagen zu entscheiden, wobei auch die Gesamtpersönlichkeit in ihrer Entwicklung und die jetzige persönliche Lage berücksichtigt werden sollte.

Der Bewerber muß Auskunft geben über Einzelheiten seiner Tätigkeit für die Staatssicherheit. Insbesondere sind Auskünfte über Art und Weise der Zusammenarbeit, die Zeitdauer,

*) Das Papier wurde nicht für die eher hypothetischen Fälle erarbeitet, daß sich ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter oder Führungs-IM bewerben (dort bedarf es wohl kaum einer Diskussion), sondern für Fälle "normaler" IM-Tätigkeit, Dienst im Wachregiment u. ä.

er, Aufgabenstellung und Bereitschaft zu deren Erfüllung einholen. Unter Umständen positiv für den Bewerber kann sprechen, wenn von ihm der Kontakt zum MfS vor 1989 gelöst wurde. Mit Zurückhaltung sollte die Aussage aufgenommen werden: "Ich habe niemandem geschadet." Aufgrund der Abschöpfungsmethoden der Staatssicherheit können auch scheinbar unwichtige oder nicht belastenden Aussagen eine Bedeutung bekommen haben. Ob hinter dieser Aussage jedoch zumindest ein subjektives Wollen stand, ist von den Gutachtern im Gesprächsverlauf zu klären.

Wichtig ist die Klärung des biographischen und politischen Hintergrundes, der zur Entscheidung für eine StaSi-Mitarbeit geführt hat. (Elternhaus, Alter, Lebensumstände etc.) Auch ist nachzugehen, ob ein vorhandener oder selbstgesetzter Zwang dazu bestand. Kontakte zur Staatssicherheit vor dem vollendeten 18. Lebensjahr sollten vernachlässigt werden. (Diese berücksichtigt auch die Gauck-Behörde nicht.)

Mitentscheidend ist auch die Art und Weise, in der sich der Bewerber heute seiner Geschichte stellt, wie er sie aufarbeitet und ob er dazu steht. Dabei geht es nicht um verbale Schuldbekennnisse, sondern darum, ob ein Neuanfang wirklich gelebt wird und wirklich Entschuldigung gesucht wird. Inwieweit hat der Bewerber nach 1989 wirklich persönliche Brüche vollzogen und macht dies glaubwürdig?

Ein Aktenstudium ist in der Regel von den Gutachtern nicht zu leisten und ihnen auch nicht zumutbar. Anderweitig bekannt gewordene Fakten und Aussagen dritter sollten aber berücksichtigt werden.

Die erlangten Auskünfte sind mit den anderen Kriterien, die die HBS vorgibt bzw. von uns erarbeitet wurden, abzuwägen. Entschieden werden sollte von dem daraus gewonnenen Bild der Gesamtpersönlichkeit. Es wird letztlich den Gutachtern überlassen bleiben, welche Entscheidungen sie gegenüber der Stiftung und der Stipendiatengruppe verantworten können. Diese Urteilskraft und Verantwortung trauen wir uns und anderen, mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten Gutachtern zu.

Nach der erfolgreichen Vereinheitlichung der beiden deutschen Krisen zur gesamtdeutschen Krise auch im Hochschulbereich wird sich allerorten um Konzepte bemüht. Die Produktion hochschulpolitischer Grundsatzpapiere überschlägt sich nahezu. Den Überblick zu behalten, fällt immer schwerer.

In Ostdeutschland ist nach den Erfahrungen der letzten drei Jahre die Motivation zur Beteiligung an den Diskussionen denkbar gering. Der Verlust der hiesigen Partizipationseuphorie ist allerdings nur entschuldbar vor dem Hintergrund einer spezifischen Erinnerung: Daß es 1989/90 den Anschein hatte, als reiße nun die massenhafte Emanzipation ein, die dann einen angemessenen Rahmen für die Reformvorstellungen und deren Umsetzung biete. Der Verlust ist folglich nur entschuldbar mit der Erinnerung an eine Illusion.

Daß es nicht völlig unmöglich ist, gegen den herrschenden hochschulpolitischen Mainstream eigene Vorstellungen auch unter den gegenwärtigen Bedingungen zu entwickeln, zeigt ein Papier von ProfessorInnen der Freien Universität Berlin. Dieses veröffentlichen wir deshalb eingangs.

Anschließend dokumentieren wir Zusammenfassungen der beiden Grundsatzpapiere, die aufgrund ihrer Autoren die offizielle Debatte wesentlich bestimmen werden: Der Wissenschaftsrat legte im Januar "10 Thesen zur Hochschulpolitik" vor. Die Zusammensetzung des Wissenschaftsrates in Rechnung stellend, dokumentiert dieses Papier die Vereinheitlichung der Vorstellungen von SPD- und CDU-HochschulpolitikerInnen, Wissenschaftsministerialbürokratien, RektorInnen und Wirtschaft. Bundesbildungsminister Ortleb und Bundesforschungsminister Wissmann legten am 3. Februar dem Bundeskabinett ein "Grundsatzpapier zur Bildungs- und Forschungspolitik" vor. Es wurde von der Bundesregierung zustimmend zur Kenntnis genommen. Damit ist auch bestätigt, was in der Kabinettsbeschlusvorlage zur Funktion des Papiers formuliert worden war: "Auf der Basis dieser Grundsätze wird die Verhandlungslinie der Bundesvertreter in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe festgelegt, die das von den Regierungschefs von Bund und Ländern am 17. Dezember 1992 vereinbarte bildungspolitische Spitzengespräch vorbereiten soll."

Beide Papiere können in ihrer ausführlichen Fassung angefordert werden beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 200108, W-5300 Bonn 2, bzw. bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Str. 11, W-5000 Köln 51.

Wer sich einen darüberhinausgehenden Überblick zu den die offizielle Hochschulpolitik dominierenden Vorstellungen verschaffen möchte, sei auf folgende weitere Grundsatzpapiere verwiesen:

Differenzierung - Durchlässigkeit - Leistung. Bildungspolitische Position der Spitzenverbände der Wirtschaft, Januar 1992 (Bezug bei: Bundesverband der Deutschen Industrie, Adenauerallee 148, W-5300 Bonn 1); Hochschulrektorenkonferenz: Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland, 6.7.1992 (zu beziehen über: HRK, Ahrstr. 39, W-5300 Bonn 2); Bundesbildungsminister: Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht an das Bundeskabinett (Verschickung durch: BMWV, Anschrifts.o.); Finanzministerkonferenz/Kultusministerkonferenz: Vorschläge zur Hochschulreform, 8./9.10.1992 (Bestellungen an: KMK-Sekretariat, Postfach 2240, W-5300 Bonn 1);

0. Vorbemerkung

Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sind eine stumme Macht. Von ihnen ist fast nichts öffentlich zu hören. Punktuelle Vorschläge, wie die Universität "zweckrationaler" zu reformieren sei, jagen sich. Das Studium soll zweigeteilt werden. Zügiger soll hinfot studiert werden. Studiengebühren werden selbst vom Wissenschaftsrat erwogen. Usw., usf. Die Hochschullehrer bleiben indes weitgehend sprachlos.

In dieser Situation meldet sich eine Gruppe von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern zu Wort. Eine Debatte zur "Idee" der Hochschule soll angezettelt werden. Hierfür werden kurz-, mittel- und langfristige Perspektiven einer angemessenen Universitätsreform skizziert. Dieselben nehmen die Innenverhältnisse der Universität ernst und richten sich aus an ihren vornehmsten Aufgaben: Forschung und Lehre so zu betreiben, daß die Bedingungen von Selbstbewußtsein und Handlungsvermögen in der Gesellschaft verbessert werden.

Um die inner- und außeruniversitäre Diskussion, einen qualifizierten Streit anzuregen, unterbreiten wir erste Reformvorschläge. [...]

Nur wer sich mit kritischer Schärfe gegen interne Versäumnisse der Institution Universität ebenso wendet wie gegen die maßnahmenstarke Phantasielosigkeit der zuständigen politischen Instanzen, wird den gegenwärtigen Problemen gerecht. Gerade darum wäre es fahrlässig, eine einfache Generallösung anzubieten. Zu allererst ist Diskussion Trumpf.

1. Zur Krise der Universität

Die Angehörigen der Freien Universität müssen ihre Häupter nicht vor Scham verhüllen. Die Leistungen dieser lange Zeit einzigartigen deutschen Institution in Vergangenheit und Gegenwart sind beträchtlich. Sie stellen das feste Fundament aller Kritik dar. Dieselbe bezieht daraus ihren Sinn. Was hülfe es, katastrophisch zu jammern, wenn und wo es nichts mehr zu retten gibt. [...]

Dennoch gilt: Die gegenwärtigen Schwierigkeiten sind nicht gering. Werden sie nicht adäquat angegangen, besteht die Gefahr der Verschleuderung über Jahrzehnte hinweg angereicherter Substanz.

Die hauptsächlichen Probleme der Freien Universität bestehen analog zu denen der meisten anderen westdeutschen Universi-

täten unbeschadet ihrer eigenartigen Gründungsgeschichte, des starken Einflusses der studentischen Reformbewegung und später der besonderen Berliner Vermittlungen der sich restriktiv verengenden Hochschulrahmengesetze.

Die Probleme der Universität(en) sind u. a. durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- die Größe des Gesamtkomplexes Universität, einzelner Fächer, und insbesondere die Zahl der Studierenden;
- eine der Größe folgende, allzu selbstläufig gewachsene doppelte Bürokratie: einer universitätseigenen und einer kultusministeriellen;
- einen Mangel an institutioneller Autono-

mie und einen Mangel an zureichend konzipierter und installierter professioneller und akademischer Selbstverwaltung;

- die Widerstände und Vorurteile vieler männlicher Hochschulangehöriger gegen die Gleichstellung und Gleichbehandlung der Frauen herrschen praktisch immer noch vor und unterlaufen aggressiv die anderslautenden Erklärungen, Richtlinien und Programme. Ein offener, gerechter und historisch angemessener Ausgleich der Interessen der Geschlechter fehlt;

- eine grassierende Departmentalisierung, die durch eine innere Aufsplitterung der Departments fortgesetzt wird. Die Medizin bietet dafür das hervorstechendste Beispiel;

- eine Forschungs- und Lehr/Lernersplitterung; ein eklatantes Mißverhältnis von Lehre und Forschung; beide werden allzu oft als Privatangelegenheit mit öffentlicher Subvention und Reputation verstanden;

- eine hörsaalzentrierte Lehr- und Lernkonstellation, die die studentischen Arbeits- und Lernprozesse bestenfalls begleitet und die Studierenden kommunikativ und sozial isoliert. Studierende erleben ihre Situation so, als ob es gleichgültig sei, ob sie an- oder abwesend sind. Sie fühlen sich nicht ernstgenommen. Diese Mißachtung bildet einen der Gründe, warum die nominellen und die realen Zahlen der Studierenden um 20 - 60 % differieren. Studierten alle Immatrikulierten, kollabierte die Universität;

- eine schlechte Konvention der Lehr-Lernformen. Wenige Curricula entsprechen in Form und Inhalt dem Erfahrungswissen über angemessenere Formen und Inhalte der Lehre und des Lernens, indem sie zugleich den veränderten Ansprüchen in quantitativer und qualitativer Hinsicht antworten;

- in nicht wenigen Fächern einem Übergewicht der beruflich-praktischen Ausbildungsziele gegenüber der Wissens- und Urteilsbildung ohne direkt erkenntlichen

praktischen Zweck (in Kants Worten: einer Durchsetzung der oberen zuungunsten der unteren Fakultäten; auf die unteren, "zweckfreien" Fakultäten bezog sich Humboldts Universitätsidee). Dort, wo die Praxisanbindung locker ist, werden die Fächer von außen entsprechend zu orientieren gesucht oder sind oft nicht in der Lage, sich eine eigene angemessene Struktur zu geben;

- eine Tendenz zur Auslagerung der Forschung an An-Institute, zusätzliche Zentren und zur Kooperation mit Dritten. Hinzu kommt eine Ausverlagerung an außeruniversitäre Einrichtungen oder inneruniversitäre Forschungszentren mit großem Abstand zum lehrend-lernenden Alltag;

- ein geradezu katastrophales Versäumnis, den wissenschaftlichen Nachwuchs in angemessenem Umfang, unter akzeptablen Konditionen und mit ausreichender Qualität heranwachsen zu lassen. Das lehrend-forschende Dauerpersonal an den Hochschulen ist längst überaltert. Kreativität und Konkurrenz, aber auch Erfahrungsaustausch und eine vernünftige Mischung von Tradition und Innovation wurden dadurch erheblich behindert. Die zwischen Studierenden und etablierten Hochschullehrern vermittelnde, nach "unten" und "oben" offene Zwischengruppe der Assistentinnen und Assistenten wurde sträflich vernachlässigt. Für Habilitierte werden Hochschuldozenturen überhaupt nicht, Oberassistentenstellen nur für wenige eingerichtet;

- eine unheilvolle Verquickung von sich verschlechternden Wohn-, Job- und Studienbedingungen. Studien- und Lebenssituation fallen auseinander. Im Studium überwiegen konsequent nicht selten heteronome Motive und Interessen;

- eine "Opferrolle" der Studierenden. Sie werden ins Dickicht der Fachbereiche und ihre oft schwer übersehbaren Angebote und Anforderungen gelockt, ohne daß sie von den Fachbereichen mit Vorkehrun-

gen kognitiv-sozialer Art zureichend unterstützt würden. Ihr Selbstbewußtsein und ihre Fähigkeit zum Selbsthandeln, zur Urteilsfähigkeit im Fach müßten gestärkt werden;

- summa summarum: Die Humboldt'sche Universitätsidee läßt sich bestenfalls noch in disparaten Spurenelementen entdecken. Die "Trift" der Zeit spricht nicht für ihre Erneuerung als "geprägte Form, die lebend sich entwickelt". Es fehlt an einer

II. Mängel der Reformdebatte

Die universitätspolitischen Debatten setzen mit gutem Grund an der unhandhabbar gewordenen Größe an. Darum wird immer noch die im Prinzip verfassungswidrige Einrichtung des Numerus Clausus geduldet, ja z. T. noch ausgeweitet. Dennoch leiden die meisten Vorschläge an erheblichen Mängeln:

- Sie bleiben punktuell. Hinter ihnen steht kein bildungspolitisches Konzept, das die Universitäten als tertiären Sektor darin ortete. Nicht einmal eine Diskussion über den gesellschaftlichen und ökonomischen Nutzen von Bildung findet statt. Wie fahrlässig kann eine Gesellschaft mit sich, ihren Studierenden und ihrer Zukunft umgehen? Weil eine Bildungsidee fehlt, mangeln Vorstellungen, wie mit der gewachsenen Zahl der Studierenden umzugehen sei. Entsprechend bleibt man bei hilflosen oder allein sozial diskriminierenden Restriktionen stehen.

- Äußerliche Effizienzvorstellungen dominieren. Die Universitäten werden hierbei fast wie abhängige Variable behandelt, die dem allgemeinen, neuerdings vor allem an der EG orientierten Beschleunigungs-postulat unterworfen werden sollen: raschere Durchlaufgeschwindigkeiten der Studiengänge; mehr "output"; schärfere Prüfungen, um stärker "selegieren" zu können; usw.

- In diesem Zusammenhang versteht sich

"Idee" der Universität heute. Der gegenwärtige Zustand stellt eine Mischung aus alten Formen dar, die noch ins 19. Jahrhundert zurückreichen, aus blockierten Reformen der studentenbewegten Zeit, einer im letzten Jahrzehnt verstärkten Ökonomisierung im Sinne einer Ausrichtung auf die Bedürfnisse des "Standorts" Deutschland und eines treibhausartigen, institutionell und konzeptionell nie begriffenen Wachstums der Zahl der Studierenden.

nicht nur die vom Wissenschaftsrat u. a. empfohlene Bevorzugung der Fachhochschulen (ohne daß deren und der Universitäten gemeinsamen und getrennten Reformnöte qualitativ erörtert würden). In diesem Kontext wird der Vorschlag verständlich, die Universität aufzuteilen: kürzere Studiengänge für die große Masse und aufbauende Studiengänge für eine Elite. Kennzeichnenderweise wurde nur diese äußerliche Teilung vorgeschlagen, ohne die innere Bildungsqualität der zwei vorgesehenen Studiengänge, ihre Zusammenhänge, ihre Übergänge und ihre Folgen wenigstens anzudenken. Es sieht so aus, als ob ein "Oberhaus de luxe" eingerichtet werden solle. Das "Unterhaus Massenuniversität" kann dann wohlfeil einem unaufwendigen Trimm-dich-Duchgang geöffnet werden.

- Die veränderte soziale und arbeitsmarktbezogene Situation der Studierenden wird in den öffentlichen Reformvorschlägen ausgespart. Entsprechend kontraproduktiv fallen diverse Lösungsfinten aus. Wenn das Studium immer mehr selbst finanziert wird, läuft der Vorschlag, Studiengebühren einzuführen, darauf hinaus, die Studienzeiten zu verlängern (oder ein grundrechtswidriges Studierprivileg einzuführen).

- Die große Chance zu kräftigeren Schritten einer längst überfälligen Universitätsreform

wurde versäumt, als auf die fünf neuen Bundesländer das westdeutsche Muster allenfalls modifiziert ausgedehnt worden ist. Eine problemgemäße Reform könnte aus der Fülle der gescheiterten, blockierten und der versäumten Reformansätze seit dem heterogenen Reformabbruch Mitte der 60er Jahre lernen. Die Lücke einer angemessenen Konzeption der Universität im Rahmen einer umfassenderen Bildungsidee wird gerade am Beispiel

III. Unser eigener Ansatz: Demokratische Hochschule in der Demokratie

Am Anfang steht eine Wertentscheidung.

1. Die Hochschule hat ihren Ort in der Demokratie. Daraus erwachsen ihre Hauptaufgaben. Hieraus empfängt sie ihre gesellschaftliche Bedeutung. Schon um diese Aufgaben angemessen wahrzunehmen, ist das erforderlich, was Max Weber ein Adäquanzverhältnis genannt hat. Sprich: Aufgaben für eine demokratisch Gesellschaft müssen von einer Organisation erfüllt werden, die ihrerseits prinzipiell demokratisch eingerichtet ist. Das Demokratiepостulat ergibt sich darüber hinaus aus Ziel und Methode von aufklärungsverpflichteter Wissenschaft selbst.

2. Wissenschaft erfährt ihre Dignität und Legitimität daraus, daß sie in ihren Fächern prinzipiell öffentlich einseh- und nachvollziehbare Wege zur richtigen Erkenntnis "der" natürlich vorgegebenen und kulturell unveränderten Wirklichkeit sucht. Aus dieser Orientierung an triftiger, anderen Menschen überzeugend mitteilbarer Erkenntnis folgt: Jede kanonische Methode und jedes vorgegebene Dogma scheiden aus. Offenheit, Kriterienklarheit, entsprechend ausgewiesene Wirklichkeits(re-)konstruktionen, Diskutierbarkeit, Widerlegbarkeit und Veränderbarkeit gehören zu den wesentlichen Modi wissenschaftlicher Methoden und Resultate.

Dementsprechend ist Wissensproduktion und die Wissensvermittlung sozial zu organisieren. Sie bedürfen fundamental demo-

dieser stagnierten und versäumten Reformen schmerzlich bewußt. Welcher Art von Bildung ihrer Mitglieder bedarf eine demokratische Gesellschaft an der Wende zum 3. Jahrtausend unserer Zeitrechnung? Welche spezifische Rolle fällt hierbei der Universität zu? Wie wäre diese Rolle institutionell und inhaltlich zu gestalten, so daß das aktuelle Wechselspiel zwischen Illusionen und Restriktionen beendet werden könnte?

kratischer Sozialisationsmuster und Umformungsformen. Der Geist solcher Wissenschaft weht nur dann, wenn die jüngeren und die älteren Studierenden an den Universitäten, ihrer jeweiligen Aufgabe und ihrem Lebensabschnitt entsprechend, Kant's Aufklärungsmotto für sich und damit auch für andere zu verwirklichen vermögen: Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen. Um diesen Mut des Erkennens, das, was Max Weber die "Leidenschaft zur Sache" genannt hat, auszubilden, einüben und dauernd praktizieren zu können, bedarf es einer Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, bedarf es einer Organisation der Universität insgesamt, die prinzipiell demokratischen Charakter besitzen.

3. Gerade eine Gesellschaft, die aus guten Gründen sparen und zusammenrücken muß, darf mit Wissenschaft und Bildung der angedeuteten Art nicht knausern. Solange Hochschulen als elitäre Anstalten angesehen werden und sozial elitäre Eigenarten erhalten bleiben sollen, ist nicht einzusehen, daß für diese Hochschulen zuungunsten der Ärmsten der Armen gespart wird. Dann würden Hochschulen zu Komplizen wachsender Vorurteile und Aggressionen. Wenn aber im Rahmen eines demokratischen Bildungssystems möglichst viele Jugendliche zum Studium befähigt werden und studieren können sollen, dienen sie mittel- und langfristig

dazu, Ungleichheiten zu mildern und Aggressionen abzubauen. Vor allem: Sie sind als Orte des intensiven Lernens und Nachdenkens unabdingbar, damit der trügerische und kostenreiche Selbstlauf einer Konkurrenzgesellschaft mit seinen negativen ökologischen und sozialen Folgen gestoppt werde. Nur wenn ein schonenderer Umgang mit den Naturgrundlagen, nota bene auch und gerade im Rahmen der Wissenschaften eingeübt und praktiziert wird, nur wenn gewaltfreie Formen, Konflikte auszutragen, phantasievoll erdacht und universitär gleichfalls praktiziert werden, läßt sich verantwortliche Wissenschaft lernen und betreiben. Dann aber dürfen Universitäten nicht eingeengt, sie müssen in angemessenen Formen erweitert werden.

4. Die hypertroph entwickelte Technik der Naturbeherrschung macht auf Seiten der Subjekte, die diese gewaltigen Kräfte in der Hand haben, Anstrengungen nötig, mit diesen Fortschritten geistig und sozial mitzuhalten. Neue Muster des Verstehens und der Übereinkunft sind vonnöten, um dem ökologischen und sozialen Raubbau Einhalt zu gebieten. Diesem Ziel kann man sich nur nähern, wenn es u. a. gelingt, die verlorene Einheit der Universität ohne falsche Reduktion in wissenschaftlicher Kooperation und entsprechendem Austausch ein Stück weit neu zu realisieren. Die natur-, die sozial- und die geisteswissenschaftlichen Fächer müssen sich wechselseitig befruchten und geradezu zur Verantwortung zwingen. Wissenschaft erreichte auf diese Weise eine neue Form ausgewiesener Selbstverantwortung und entspräche ihrem gesellschaftlichen Auftrag.

5. Die wachsende Internationalität der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse sowie die weltweite Migration verlangen vor allem von den Sozial- und Geisteswissenschaften zusätzliche Anstrengungen. Die herkömmliche Art, Phänomene zu identifizieren, ist zu ergänzen. Ambi-

valenzen sind stärker zu berücksichtigen. Andersartigkeiten sind in ihrem eigenen Wert anzuerkennen. Entsprechend ist es angezeigt, vorsichtiger zu verallgemeinern und darauf zu achten, Abstraktionen nicht unvermittelt anzuwenden. Selbst die Menschenrechte sind nicht selten in Gefahr, in Form "angewandter Abstraktionen" verkürzend mißbraucht zu werden. Am meisten sozial- und geisteswissenschaftlich geförderter und informierter Phantasie bedarf es, um Organisations-, Umgangs- und Kulturformen aus herkömmlichen Ansätzen und überlieferter Erfahrung heraus zu entwickeln, die die globale Ausweitung des gesellschaftlichen Terrains und die die gewachsenen Geschwindigkeiten sozial und demokratisch bewältigen lassen. Hierbei stellt sich dann die entscheidende Frage, wieviel an Pluralität ohne negative Effekte für andere möglich ist oder umgekehrt: welche Formen der Allgemeinheit die Besonderheiten menschlicher Gesellung gefährden. Der dünne Firnis der Zivilisation muß die Hochschulen insbesondere herausfordern, weil Fremdenhaß und Gewalt u. a. nur durch Inhalte und Formen der Ausbildung begrenzt werden können, die reflektiertes Wissen in sozialer Kommunikation und wechselseitiger Anerkennung vermitteln lassen.

6. Erziehung findet immer weniger in der "primären Agentur", der Familie statt. Sie wird auf soziale Instanzen übertragen. Damit sind die Erziehungs- und alle Sozialwissenschaften gefordert, diese Entwicklung mit kritischer Reflexion einzuholen und darüber nachzudenken, wie der "Ausfall" der Familie und traditionaler Arbeits- und Kommunikationsformen überlegt "kompensiert" werden können.

7. Kein denkender Mensch kann mit dem Zustand der Gesellschaft und den Leistungen ihrer Wissenschaft zufrieden sein. Über 40 Jahre lebte die Mehrheit in einem liberaldemokratisch verfaßten politischen System. Über 40 Jahre wurden Internationa-

lismus gepredigt und Mobilität praktiziert. Auslandsreisen noch und noch. All diese Gegebenheiten konnten nicht verhindern, daß bei der ersten größeren Belastungsprobe wirtschaftlicher Egoismus von einzelnen, Firmen und ganzen Branchen, daß Konkurrenz und Feindseligkeit gegen Fremde das Feld behaupten. Die Wissenschaften, insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften müssen problem- und verantwortungsbewußter, ja eingreifender werden. Lehrende, Forschende und Studierende müssen sich einzeln und gemeinsam dieser Verantwortung stellen. Sie sind gehalten, darüber nachzudenken, was ihre jeweilige wissenschaftliche Praxis angesichts der gegebenen aktuellen Probleme und ihrer tieferen Hintergründe zu bieten vermag. Bei der z. Z. dringend gebotenen Veränderungen der Wissenschaften und ihrer universitären Organisation dürfen finanzielle Engpässe nicht mißachtet werden. Sie dürfen jedoch im Hinblick auf die nötigen strukturellen Veränderungen nicht an erster Stelle stehen. Die Desiderate der Fortentwicklung einer nicht mehr fraglos demokratischen Zivilisation, der Gleichbehandlung aller Menschen, der Achtung von Fremden, der interkulturellen Erziehung, der Zurückdrängung des auch in den Wissenschaften tiefsetzenden Patriarchats dürfen nicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

8. Eine Hochschule in der Demokratie, die selbst demokratisch organisiert ist, bedarf, gerade um ihrer gesellschaftlichen Aufgaben willen, der institutionell gewährleisteten Distanz zu anderen gesellschaftlichen Institutionen. Ohne diese Distanz sind Forschung und Lehre mit den Merkmalen

IV. Reformansätze - allgemein

Wenn man die Zahl der Studierenden nicht mindern will, dann bedarf es erheblicher Konsequenzen, um den Studierenden eine angemessene Ausbildung bieten zu können.

Kritik und Phantasie auf die Dauer nicht möglich. Darum sind die institutionell gewährleistete Autonomie und die dafür notwendige selbstständige Verfügung über Ressourcen notwendig. Die Praxisrelevanz von Forschung und Lehre ist nur in Distanz zur unmittelbaren Verwertung zu erzielen. Sonst lernte die Gesellschaft von den Universitäten nur, was sie ohnehin schon weiß.

9. Die demokratische Bestimmung der Universität hat zur Folge, daß wir die Expansion der Zahl der Studierenden begrüßen. Gerade weil die Kompliziertheit "der" Wirklichkeit zugenommen hat und wächst, nicht zuletzt infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, gerade darum kommt es darauf an, den Menschen die jeweils beste Bildung zu vermitteln. Dieses Ziel gilt in jedem Fall so lange, wie menschenrechtliche und demokratische Zustände angestrebt werden. Es ist u. E. falsch, die Zahl der Studierenden vom Blickwinkel einer einseitigen Effizienz aus zu reduzieren zu suchen. Es sei denn, man könne mit valider Urteilsbasis und aufgrund verlässlicher Information nachweisen, daß ein Gutteil der Studierenden durch das Studium an sich überfordert sei und es ihm biographisch zum Nachteil gereiche. Selbst die traditionelle Arbeitsmarktforschung hat sich inzwischen angesichts der nicht dramatischen Zahlen der Akademikerarbeitslosigkeit entwarnend geäußert. Allerdings bedarf die große Zahl der Studierenden anderer Organisationsformen. Werden die gewachsenen Quantitäten nur in die herkömmlichen Universitäten und ihre Formen gepresst, entstehen die Monsterinstitutionen heutiger Universitäten, die so niemand gewollt hat.

1. Erforderlich ist es, die Studiengänge in Form und Inhalt so zu konzipieren, daß die Studierenden am Ende ihrer Universitätszeit über eine eigene, mit fachlichem Schwerpunkt versehene Urteilskraft verfügen.

2. Die konglomeratartig geratene Massenuniversität muß anders organisiert werden. Die "äußere" kulturministerielle Verwaltung ist auf eine auf zentrale Vorgänge beschränkte Kontroll- und Koordinationsverwaltung zurückzustützen. Sie würde auf diese Weise nicht nur schlanker, sondern ungleich effektiver. Auch die Präsidialamtsverwaltung ist eher zu verkleinern.

Im Binnenbereich der Universität bedarf es eines Globaletats zusammen mit einer handlungskompetenten, demokratisch konstituierten und kontrollierten Universitätsspitze. Die Selbstverwaltungsgremien der Fachbereiche müssen korrespondierend gestärkt werden und über eigene Etatmittel für die Forschungs- und vor allem für die Lehrorganisation verfügen. Zwischengewalten, wie die Versammlung der Fachbereichsvorsitzenden, sind mit koordinierenden und initierenden Kompetenzen auszustatten. Die Orte der hauptsächlichlichen Entscheidungen sind die Fachbereiche. Es gilt ein demokratisches Subsidiaritätsprinzip, das auch bedeutet, daß es keine sich abschottenden Fachherzogtümer geben darf. Alle Gremien werden demokratisch gewählt. Die Paritäten sind ohne vorrangige Bedeutung. Allerdings kann das Bundesverfassungsgerichtsurteil mit seiner wissenschaftlich unhaltbaren Statustheorie der Wahrheit und der entsprechenden Folge "natürlicher" Professorenmehrheiten nicht akzeptiert werden. Mitglieder aller Gruppen sollen in allen Gremien entscheidungsberechtigt beteiligt sein.

3. Wir treten ein für neue Lehr- und Lernformen. In allen Fächern stehen damit verbundene inhaltliche Generalrevisionen an. Ziele und Elemente solcher Lehr- und Lernformen sind u. a. :

- die Bündelung oder Konzentration der Lehr- und Lernprozesse in blockartigen Veranstaltungen;

- regelmäßige Bewertungen von Lehrveranstaltungen in der Autonomie der Studie-

renden. Von Studierenden selbst organisierte Projekte sind zu fördern;

- die für ein oder zwei Semester geltende thematische Konzentration, die es ermöglichen soll, ein Thema methodisch und material von mehreren Zugängen her zu bearbeiten, sodaß sich ein Zusammenhangswissen bilden kann. Team-teaching wird oftmals angebracht sein. In jedem Fall ist eine gemeinsame Semesterplanung durch die Lehrenden nötig;

- Tutorien sollen die Betreuung in kleinen Gruppen ermöglichen und außerdem für das Nötigste, aber überaus Rare an der Universität sorgen: die Zusammenarbeit in Gruppen.

4. Alle Studiengänge sollen Elemente eines studium generale enthalten. Allerdings sollte, Hermann Heimpel folgend, aus den z. T. negativen Erfahrungen mit dem studium generale nach 1945 gelernt werden. Statt das studium generale dem fachlichen Normalstudium vorwegzuschalten, sodaß das Gelernte in der Regel wolkiges Wissen bleibt, das mit dem späteren Fach unverbunden ist, sollte das studium generale in den Normalstudiengang eingeflochten und aus ihm, denselben weitend, herausentwickelt werden. Dann besteht die Chance, daß Interdisziplinarität mehr wird als ein wohlfeiles Gerede.

Neben dem Studium zum ersten Studienabschluß ist ein spezielles Graduiertenstudium für Doktorandinnen und Doktoranden vorzusehen. Dasselbe soll den Prozeß des Promovierens nicht stören, sondern fördern. Es soll, vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften, die dortige A-Sozialität der Arbeit an der Dissertation jedenfalls beträchtlich mildern. Die Rate des Erfolgs dürfte dadurch gesteigert, die Zeitdauer der Arbeit an der Dissertation verkürzt werden.

5. Quantitative Änderungen sind notwendig. Das gegenwärtige Unverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden ist nicht zu halten. Allein quantitativ haben sich die

Zahlen beider Gruppen geradezu scheffelförmig auseinanderentwickelt. Umgekehrt gilt: Nur wenn dieses Verhältnis verbessert wird und die Studienreformen in der angedeuteten Richtung erfolgen, läßt sich annehmen, daß sich das Problem überlangen Studierens erheblich mindern wird. Nicht isolierte negative Sanktionen verbessern die Qualität des Studiums und sorgen für eine akzeptable Verweildauer. Durchsichtige, gut aufgebaute Kernstudiengänge, die die Lehrenden gemeinsam verwirklichen und deren konzentrierte Formen die Studierenden weder kognitiv noch sozial "ins Loch" fallen lassen, bieten die Chance, Qualität "on time" zu gewährleisten.

6. Von dem, was mit dem unschönen Ausdruck "Lehrkörperstruktur" genannt wird, ist in dieser Skizze, wie von einer Reihe anderer gewichtiger universitärer Probleme, fast nicht die Rede gewesen. Diese Lücke sei hier eigens markiert. Damit sie später aufgefüllt werde. Wie oben schon angedeutet, kommt es auf veränderte Karrieremechanismen und auf eine Neuinstal-

V. Sofort nötige und mögliche Schritte

Folgende konkrete Reformschritte, die unsystematisch präsentiert werden, aber innerlich zusammenhängen, könnten von der Freien Universität zu Berlin ohne Warten auf Godot getan oder initiiert werden:

1. Differenzierte Kürzungen: Kooperation und Dezentralisierung

Über Geld, Stellen und Räume zu reden, ist wichtig. Allerdings muß die Auseinandersetzung vor allem der Frage gelten, wieviel dieser Gesellschaft welche Art von Bildung für wen wert ist. Man kann nicht über das "humane Kapital", das hohe Qualifikationsniveau und wissenschaftliche Weltgeltung sprechen und gleichzeitig die Universitäten wie eine heruntergekommene Sozialbehörde führen.

Daß die deutsche Einigung, die in Berlin die Einigung Berlins bedeutet, nicht spur-

lierung dessen entscheidend an, was man seit Ende der 60er Jahre den "Mittelbau" zu nennen pflegte.

7. Auch die Forschungsorganisation an der Universität bedarf gründlicher Änderungen. Zum einen sind Lehr/Lernplan und Forschung periodisch auf ihre Kompatibilität zu überprüfen. Zum zweiten ist spätestens im Hauptstudium darauf zu achten, daß forschendes Lernen geübt werde. Zum dritten ist Forschung an den Fachbereichen zu koordinieren und sind regelmäßige, interdisziplinär erweiterte Forschungscolloquia einzurichten. Insgesamt kommt es darauf an, unaufwendig, aber verbindlich eine Hochschulöffentlichkeit der Forschung an der Universität zu schaffen. Die Universität selbst muß anheben, beispielsweise die Probleme, die sich aus den neuen Technologien, also aus ihrem "Forschungsbauch" ergeben, zu erörtern und wissenschaftlich informierte Kriterien und Verfahren des Urteilens vorzugeben. Dazu bedarf es eines eigenen universitären Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses in Sachen Forschung.

los an der Freien Universität vorbeigehen kann, versteht sich. Allerdings sind die teilweise massiven und insgesamt schematischen Kürzungen nicht akzeptabel. Denselben muß die Universität widerstehen.

Wir halten ein Doppeltes für geboten:

Zum einen sollten die Berliner Universitäten darauf ausgehen, sich selbst in ihrer Autonomie miteinander abzustimmen und zu koordinieren. Ihre Nähe und ihre der Sache nach gemeinsamen Ziele, ja ihre vergleichbaren Nöte sollten einen belebenden Austausch in Forschung und Lehre ermöglichen.

Zum anderen sollte die FU selbst ihre Fachbereiche und ihre Gesamtorganisation evaluieren. Hierzu wäre es erforderlich, den Prozeß der Evaluierung mit möglichst expliziten Kriterien so zu gestalten, daß die

Fachbereiche zu Diskussions- und Mitentscheidungsarten werden

Voraussetzung dafür, daß solche Selbstevaluierungen klappen und nicht zu ängstlichen Abschottungsversuchen und/oder aggressiven Besitzstandsverteidigungen führen, sind durchsichtige Verfahren und das Absehen von allen pauschalen Kürzungen. Vernünftige Lehre und Forschung dürfen nicht durch einen blinden Stellenstopp blockiert werden. Zwischen den Fachbereichen einzeln und insgesamt und der Universitätsspitze bedarf es geregelter Prozesse des konzeptionsgebundenen Aushandelns.

Die Kürzungen in Bibliothekshaushalten und Öffnungszeiten der Bibliotheken sind fatal. Sie sind zurückzunehmen. Die ausfallenden Aufsichtszeiten könnten durch studentische Mitarbeiter sogleich ausgeglichen werden.

Angesichts der allseitigen Kürzungen erscheinen Einrichtungen von Berufsakademien wie Spielzeuge eines Senators. Sie antworten auf kein dringendes Erfordernis.

Den Präsidenten der FU B fordern wir auf, einen Bericht zu den "Perspektiven der An-Institute" vorzulegen, um möglicherweise ein Mißverhältnis zwischen Forschungs- und Lehrinvestitionen zu korrigieren.

2. 800 neue Tutoren für das Grundstudium an der FU

Vor allem im Grundstudium ist die Lernsituation bedrückend. Hier fehlt es trotz einzelner Anstrengungen an einem differenzierten Tutorensystem für Studieneingangsphasen, Lehrveranstaltungen, Arbeitsgruppen, sowie soziale Arbeits- und Lebenszusammenhänge. Ein Tutorenprogramm wäre für die Fachbereiche am ehesten finanzierbar und böte den nachhaltigsten Effekt. Neue Tutorienstellen müssen tatsächlich der Lehre zugutekommen; sie dürfen nicht als Hilfskräfte der Professoren für die Forschung mißbraucht werden.

Es ließe sich vorstellen, daß die Professoren durch eine 3%ige Tutorenabgabe das Projekt mitfinanzieren, wenn Senat und Universität sich entsprechend daran beteiligten.

3. Lehrevaluierungen durch Studierende und Mentorensystem

Die Studierenden klagen über die "schlechte, anonyme und arrogant-distanzierte Lehre" (vgl. die 13. Sozialerhebung des Studentenwerks, Bonn 1992). Dieser Durchschnittseindruck fordert zu einer Debatte über Lehr- und Lernprozesse innerhalb und außerhalb des Hörsaals heraus. Die Zeitökonomie der Lehrenden wie auch der Studierenden ist hierbei zu erörtern.

Längst wären Evaluierungen der Lehrveranstaltungen durch die Studierenden fällig. Leider gibt es nur wenige Ansätze dafür.

Nach angelsächsischem Vorbild ist es rätlich, daß Hochschullehrer jeweils für eine Gruppe von 6 - 10 Studierenden als Mentor fungieren und somit die schmale und punktuelle Kommunikation zwischen Lehrenden und Lernenden verbreitern.

4. Projektstudien als autonome studentische Arbeitsform

Als Spur aus der Reformdiskussion der Jahre 1988/89 ist vor allem die Einrichtung der Projektstudien geblieben. Alles in allem haben sich dieselben ausgesprochen bewährt. Sie belegen, wie sehr es sich lohnte, studentischen Tutorinnen und Tutoren ungleich mehr Lehraufgaben weitgehend selbständig zu überlassen und das "Lernen ohne Prof." als Element des Studiums auszubauen.

5. Projektstudium ausweiten

In einigen Fachbereichen hat sich der Typus des Projektstudiums als eine erste, eher vorsichtige Form der Konzentration im Hauptstudium bewährt.

Zusätzlich zu diesem Kurstyp wird in einigen Fachbereichen mit Blockkursen gear-

beitet und darüberhinaus versucht, die isoliert-punktuale Lehr-Lernform durch auf ein Problem hin angelegtes kooperatives Lehren und Lernen zu überwinden. Diese Versuche gilt es von der Ausnahme zu einer Regel zu erheben.

6. Die Wohn-, Lebens- und Kommunikationssituation verbessern

Die FU leidet unter ihrem geographisch disparaten Charakter. Derselbe geht auf ihre Gründung und die begrenzten Vereinbarungen mit dem Stadtteil Dahlem zurück. Es lohnte sich, alles dafür Mögliche zu tun, um in Dahlem einen dichteren Zusammenhang herzustellen und außerdem eine "Infrastruktur" auch nichtakademischer Art anzubieten. Die FU muß sich entsprechend dafür einsetzen, daß ehemals militärische Anlagen und Wohnungen in und um Dahlem entsprechend universitär genutzt werden können.

Auch eine gewisse Präsenz der FU in Kreuzberg oder in Prenzlauer Berg könnte das kommunikative Loch und die A-Sozialität der FU beheben helfen. Ein Studentenheim, in dem studentisches Wohnen, Lernen und Forschen stattfinden, könnte ein sozialer Kristallisationsort werden.

Die Studierenden der FU leiden besonders unter der Wohnungssituation in der Stadt. Diese Wohnungssituation hat u. a. zur Folge,

- daß sich die Studienzeiten verlängern (allein die Fahrzeiten verschlingen wichtige Studierzeit),
- daß fachübergreifendes Studieren erschwert wird,
- daß die soziale Isolierung unter den Studierenden größer wird, als dies ohnehin gesellschaftlich bedingt der Fall wäre. Entsprechend zahlreich sind die auftretenden Verhaltensprobleme.

Jede Reform muß hier mit ansetzen. Studentinnen und Studenten sind ein lebendiger und belebender Teil der Metropole Berlin. Stadtpolitische Innovationen sind

während der letzten 20 Jahre oft von Studierenden inspiriert und mitgetragen worden. Daß dieselben jetzt unter den segmentalisierenden Bedingungen der "Global City" an den Rand gedrängt werden, verschlechtert den kulturellen und intellektuellen Status Berlins.

7. Examensgehalt als mittelfristige Perspektive

Wenn der Gesellschaft an möglichst gut ausgebildeten Hochschulabsolventen liegt, dann muß ihr ein Student so viel wert sein wie andere Auszubildende. Für einen Lehrling gibt die Gesellschaft das Fünffache dessen aus, was sie einem Studenten der Geistes- und Sozialwissenschaften bereitstellt. Deshalb ist ein 8 - 12 monatiges Examensgehalt von jeweils 1.000 DM zu fordern. Die schon bestehenden Darlehensmöglichkeiten sollen damit verbunden werden. Diese Regelung entspräche nicht nur dem grundrechtlich und wissenschaftlich geforderten Selbstständigkeitsanspruch der Studierenden. Sie milderte die das Studieren stark beeinträchtigende Jobberei. Sie sorgte vor allem mehr als andere Maßnahmen kostengünstig dafür, daß sich die Studienzeiten drastisch verkürzten. Nur mit einem solchen positiven Anreiz, in der "Regelstudienzeit und maximal 4 Semestern" ein Examen mit Examensgehalt machen zu können, ließen sich Studiengebühren und Rausschmisse für "ewige Studenten" rechtfertigen.

8. Neue Kommunikationsversuche mit Langzeitstudenten

Einige Fachbereiche versuchen, mit Langzeitstudierenden zu reden. Die ersten Ergebnisse zeigen, daß die direkte Ansprache - im Seminar, anläßlich der Besprechung einer Hausarbeit, durch gezielte Einladung - den Prozeß begünstigen können, sich zur Anmeldung fürs Examen zu entscheiden. Das "Durch-die-Finger-Laufen" des Studiums wird zu einer produktiven Entscheidungssituation transformiert. Hier böte sich an, zusammen mit der Zen-

tralen Studienberatung, eine tragfähige Umgangsform zu entwickeln.

9. Mittelbau bewahren und Teilzeitprofessuren mit Aufstockungsgarantie schaffen
Soll die Universität nicht zu einem periodischen professoralen "Altenheim" verkommen, ist eine weitere Kürzung der Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs nicht akzeptabel. Das Gegenteil, nämlich die Ausweitung der Stellen müßte angestrebt werden. Daß manche Fachbereiche möglicherweise über Jahre keine wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen können, verdimmt die Universität.

Auch für längerfristige wissenschaftliche Nachwuchsförderung müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, will man Höchstqualifizierte nicht aus der Universität zwingen und damit der Universität nicht wieder gut zu machenden Schaden hinzufügen. Qualifizierte Personen, das weiß man gerade in der effizienzfixierten Wirtschaft, stellen die am meisten sorgsam zu behandelnden rarissima dar. Da die Erfahrungen mit "Professoren auf Zeit" und mit "Hochschuldozenten" nicht grundsätzlich für Hochschuldozenturen sprechen, schlagen wir vor, einen beträchtlichen Anteil der zu besetzenden Hochschullehrerstellen als "Teilzeithochschullehrer im Beamtenverhältnis" (C3) auszuscheiden und vertraglich vorzusehen, diese Stellen in 4 bis 5 Jahren zu Voll-Professuren aufzu-

An den konkreten Vorschlägen wird am meisten deutlich, daß diese Wortmeldung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern der FU nicht deren "letztes", sondern aktuell deren "erstes" Wort darstellt. Dieser Text und die mit ihm verbundenen Veranstaltungen soll dazu dienen, die Universitätsangehörigen aus ihrer vereinzelt Aktivität und aus ihrer Lähmung herauszuholen, um sie dazu zu bringen, sich zusammen mit den Studierenden für die Sache der Freien Universität als der ihren einzusetzen. Gerade in reformdürftigen Zeiten muß der Geist nötiger Reform wachgehalten werden. Sonst gelingt nicht einmal das Wenige, das auch heute möglich wäre. Und dieses Wenige, diese minima moralia der Universität heute, lohnt unser aller Anstrengung.

gez. Gerhard Bauer (Germanistik), Anke Bennholdt-Thomsen (Germanistik), Peter Grottian (Politikwissenschaft), Thomas Kotschi (Romanische Philologie), Eberhard Lämmert (Germanistik), Ernst-Randolf Lochmann (Biologie), Wolf-Dieter Narr (Politikwissenschaft), Uwe Wesel (Rechtswissenschaft)

10 Thesen des Wissenschaftsrates zur Hochschulpolitik

Der Wissenschaftsrat hat am 26. Januar 1993 "10 Thesen zur Hochschulpolitik" verabschiedet.

Im Wissenschaftsrat kommen vom Bundespräsidenten ernannte Repräsentanten aus Wissenschaft und öffentlichem Leben mit den Wissenschaftsministern von Bund und Ländern zusammen, um die Regierungen in allen Fragen der Hochschul- und Forschungspolitik zu beraten. Mit den 10 Thesen, die sich auch an die Hochschulen richten, will der Wissenschaftsrat gezielt Impulse für den weiteren Ausbau und die überfällige Reform der Hochschulen geben. "Die Gesellschaft ist besorgt über lange Studienzeiten, häufigen Studienfachwechsel und immer mehr Studienabbrecher. Die Studenten sind unzufrieden mit den Bedingungen der Massenhochschule und beklagen eine Vernachlässigung der Lehre. Wir können nicht so weitermachen wie bisher und einfach die Augen verschließen vor der Überlast, der schleichenden Auszehrung der Infrastruktur unserer Hochschulen und der drohenden Erosion der Qualität in Forschung und Lehre. Es muß Schluß sein mit dem Schwarzer-Peter-Spiel, bei dem die Hochschulen vom Staat mehr Geld fordern, der seinerseits von den Hochschulen zuerst Strukturreformen verlangt. Die Reformblockade wird auf dem Rücken der Studenten ausgetragen, so der scheidende Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Prof. Simon, auf einer Pressekonferenz in Bonn.

Mit den 10 Thesen legt der Wissenschaftsrat ein Gesamtkonzept zur Strukturreform des Hochschulsystems vor. Die wichtigsten Vorschläge des Bündels aufeinander abgestimmter Maßnahmen sind:

- Grundlage der Hochschulzulassung soll weiterhin die Hochschulzugangsberechtigung bleiben. Bei den Auswahlentscheidungen in zulassungsbeschränkten Studiengängen sollen Leistungskriterien ein stärkeres Gewicht erhalten. In geeigneten Studiengängen mit numerus clausus sollen die Hochschulen die Möglichkeit erhalten, die Bewerber nach studiengangsspezifischen Anforderungen auszuwählen.
- Die Fachhochschulen sollen gezielt ausgebaut werden und ihr Fächerspektrum erweitern. Vorgeschlagen werden unter anderem Studiengänge für angewandte Naturwissenschaften, Rechtswissenschaft, Sprachen kombiniert mit Landeskunde und Wirtschaftswissenschaften sowie neuartige FH-Studiengänge für nichtärztliche Gesundheitsberufe.
- Die Studiengänger der Verwaltungsfachhochschulen sollen über den Bedarf des öffentlichen Dienstes hinaus für weitere Bewerber geöffnet werden. Diese bislang ressortinternen Hochschulen sollen in das allgemeine Hochschulwesen überführt werden. In geeigneten Fächern sollen spezifische Teilzeitstudiengänge für Studenten angeboten werden, die Berufsausbildung und Berufstätigkeit mit einem Studium mitein-

ander kombinieren wollen. Ein Modell sind die berufsintegrierenden Studiengänge an Fachhochschulen, die gezielt ausgebaut werden sollen.

- An den Universitäten soll das Studienangebot in zwei Phasen strukturiert werden. Eine verschlankte erste Phase soll in einer Planstudienzeit von acht bis neun Semestern, in Ausnahmefällen in zehn Semestern, studierbar sein und mit dem Diplom, dem Magister oder dem Staatsexamen abschließen. In der nachfolgenden zweiten Phase des Universitätsstudiums soll der wissenschaftliche Nachwuchs für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft durch aktive Beteiligung der Graduierten an der Forschung ausgebildet werden. Diese zweite Phase soll mit der Promotion abschließen.

- Für die Studenten des ersten bis vierten Semesters sollen begleitend zu den Vorlesungen vermehrt Tutorien angeboten werden. Zur Behebung von Engpässen im Lehrbetrieb sollen vermehrt Lehrbeauftragte beschäftigt werden. Außerdem sollen zusätzliche Lehraufträge an Professoren und Assistenten vergeben werden, die hierfür Überstundenvergütungen erhalten sollen. Frühestens nach dem zweiten und spätestens nach dem vierten Semester sollen alle Studenten eine Zwischenprüfung ablegen.

- Die Fachbereiche sollen auf die Studierbarkeit der Studienordnungen verpflichtet werden. Studieninhalte und -organisation sollen ebenso wie die Zahl der Prüfungsleistungen und die Anforderungen an die Examensarbeit auf die Planstudienzeit abgestimmt werden. Wenn die studienorganisatorischen Bedingungen ein Studium in der Planstudienzeit gewährleisten, kommen bei Überschreitung der Planstudienzeit um zwei Semester Studiengebühren in Betracht. Für ein Zweitstudium soll die Einführung von Studiengebühren geprüft werden.

- Zur Begleitung der Forschungsarbeit der Graduierten sollen die Fachbereiche ein strukturiertes Graduiertenstudium anbieten, das teilweise durch Verlagerung aus den heutigen Diplom- und Magisterstudiengängen, teilweise durch neue, dem Graduiertenstudium angemessene Kurse, Seminare und Kolloquien entsteht. Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft durchgeführte Programm zur Förderung von Graduiertenkollegs soll von bisher 200 auf 600 Graduiertenkollegs aufgestockt werden. Fachbereiche, die ein Graduiertenkolleg einrichten, sollen sich zur Reform des Studiums verpflichten. Die jeweils auf Zeit eingerichteten Graduiertenkollegs sollen nur dann verlängert werden, wenn die Planstudienzeit für die erste Phase des Universitätsstudiums und die Drei-Jahres-Frist für das Graduiertenstudium eingehalten werden.

- Zur Information der Öffentlichkeit sollen die Fachbereiche regelmäßig Lehrberichte mit den wichtigsten statistischen Daten über die Bedingungen und Leistungen in der Lehre vorlegen. Dazu gehören auch Ergebnisse der Bewertung der Studienziele, der Studienorganisation und der Lehre durch die Studenten und Absolventen.

- Die hochschulinterne Evaluation soll durch eine hochschulexterne Evaluation durch einen beim Wissenschaftsrat eingerichteten "Ausschuß Lehre" aus Mitgliedern des Wissenschaftsrates und Sachverständigen aus Hochschulen und Berufspraxis ergänzt werden. Als besonders dringlich wird die Evaluation der inzwischen in großer Zahl an

Universitäten und Fachhochschulen eingerichteten Aufbaustudiengänge eingeschätzt, die die Gesamtstudienzeit verlängern und Ressourcen binden.

- Die Stellung der Hochschulleitungen und der Dekane soll durch längere Amtszeiten, attraktive Amtszulagen, mehr Kompetenzen bei der Mittelvergabe und eine angemessene Personalausstattung der Dekanate gestärkt werden. Die Dekane sollen für die Organisation der Lehre und der Prüfungen, die Prüfungsämter, die Lehrberichte und die Studienberatung zuständig sein.

- Die Finanzierung der Hochschulen und Fachbereiche soll sich stärker an den Leistungen in der Lehre orientieren. Kriterien hierfür sind unter anderem die Zahl der Studenten in der Planstudienzeit, die Zahl der Examina und die Ergebnisse der Evaluationen.

Mit diesem Gesamtkonzept spricht sich der Wissenschaftsrat für die Verbesserung der Studienbedingungen und den gezielten Ausbau der Fachhochschulen aus. "Unser Land braucht nicht weniger, sondern mehr qualifiziert ausgebildete junge Menschen. Die Hochschulen sind ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur für eine moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft." Die Thesen betonen die Verantwortung der Hochschulen und ihrer Professoren für die Lehre. Das Bündel an Ausbau- und Reformmaßnahmen soll angemessene Strukturen für die qualifizierte Ausbildung von 30% eines Altersjahrganges an den deutschen Hochschulen schaffen. "Die Lehre muß an unseren Hochschulen wieder einen höheren Stellenwert bekommen", kommentierte Simon das Konzept.

Der Wissenschaftsrat läßt keinen Zweifel daran, daß die Hochschulen seit Jahren unterfinanziert sind. Er verweist auf die Kalkulationen von Kultusministerkonferenz und Finanzminister-Konferenz vom Herbst vergangenen Jahres, wonach allein an den Hochschulen der alten Länder jährlich drei bis vier Milliarden DM fehlen. Es sei ein Irrtum zu glauben, die fehlenden Mittel ließen sich allein durch interne Reformen der Hochschulen und die Reorganisation des Studienbetriebes gewinnen.

Ein Entwurf der "Thesen zur Hochschulpolitik" war im Dezember 1992 der Presse zugespielt worden und hatte viel Resonanz hervorgerufen, weil darin als Teil des Gesamtkonzepts zur Finanzierung der fehlenden Milliarden auch Studiengebühren vorgeschlagen wurden. Die Vollversammlung des Wissenschaftsrates hat diesen Vorschlag nicht aufgegriffen und fordert "einen höheren Stellenwert für die Hochschulen in der staatlichen Finanzpolitik". Nachdem die Politiker aller Parteien sich gegen die Einführung von Studiengebühren ausgesprochen haben, sind jetzt also die Parlamente von Bund und Ländern am Zuge, die Hochschulen finanziell besser auszustatten. Auf diesen Punkt angesprochen, ließ Simon Skepsis anklingen: "Die Politik hat von den Hochschulen ein Konzept für Strukturreformen gefordert. Dieses Konzept liegt hiermit vor. Die Hochschulen müssen jetzt auf die Einlösung der in den letzten Wochen gegebenen Versprechen drängen, daß es Aufgabe der Politik sei, die Unterfinanzierung der Hochschulen zu beseitigen. Wir werden bald sehen, ob die Parlamente bereit sind, die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Wenn nicht, wird das Thema Gebühren rasch wieder auf der Tagesordnung sein."

Simon sprach sich dafür aus, die Diskussion um die Finanzierung des Milliardenlochs in den Hochschulhaushalten vorurteilsfrei zu führen. Die Frage sei, ob die Milliarden zusätzlich durch den Steuerzahler oder durch Umverteilung aufgebracht werden oder ob diejenigen beteiligt werden sollten, die den Nutzen davon hätten.

(Der vollständige Text der "10 Thesen zur Hochschulpolitik" kann von der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates angefordert werden. Bitte nur schriftliche Anforderungen zu Händen von Frau Korn.)

(WiRa-Pl)

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft/ Bundesministerium für Forschung und Technologie:

Grundsätze der Bildungs- und Forschungspolitik Kabinett beschließt Leitlinien für Verhandlungen mit den Ländern

Eine Zerteilung des Universitätsstudiums, der vorrangige Ausbau der Fachhochschulen, die Absage an generelle Studiengebühren, aber auch die Verbesserung der Lehre und der Forschung, der Personal- und Sachausstattung der Hochschulen, eine engere Verzahnung der außeruniversitären mit der universitären Forschung gehören zu den Hauptzielen, die in einem bildungspolitischen Spitzengespräch der Regierungschefs von Bund und Ländern erreicht werden sollen. Für die Vorbereitung dieses Treffens hat das Bundeskabinett am Mittwoch (3. Februar 1993) seine Marschroute festgelegt. Mit den Grundsätzen zur Bildungs- und Forschungspolitik von Bundesminister Prof. Dr. Rainer Ortleb und Bundesforschungsminister Matthias Wissmann, denen das Kabinett zugestimmt hat, wird eine umfassende Universitätsreform in der Bundesrepublik Deutschland anvisiert. Die Bundesregierung setzt sich auch für eine Verbesserung der Forschungsrahmenbedingungen ein und wirbt für eine institutionenübergreifende Begutachtung der wichtigsten Forschungsthemen durch den Wissenschaftsrat.

I. Bildungspolitik

Nach dem Öffnungsbeschluß der Regierungschefs aus dem Jahr 1977 ist die Nachfrage nach einem Hochschulstudium kontinuierlich gestiegen. Dies entspricht nach dem Grundsatzpapier der Entwicklung in vergleichbaren Industrienationen. Die Hochschulen

würden mit ihrer derzeitigen Leistungsfähigkeit dieser Situation allerdings nicht mehr gerecht. Die Regierungschefs hätten gleichwohl wiederholt ihre Absicht bekräftigt, auch der nächsten Generation die Hochschulen offenhalten zu wollen. Dafür müßten jedoch einige Voraussetzungen erfüllt werden.

Um die Studierfähigkeit zu verbessern, strebt der Bund einen **obligatorischen Fächerkanon zum Abitur** an, der mindestens Deutsch, eine Fremdsprache, Mathematik und ein naturwissenschaftliches Fach umfassen soll. Außerdem wird die Einführung eines **Zentralabiturs auf Landesebene** und die Verkürzung der Schulzeit bis zum **Abitur auf 12 Jahre** empfohlen. Um diese Ziele zu realisieren, sollten die Länder gemeinsame Regelungen treffen.

Der Bund strebt eine **Senkung** der zu hohen **Studienabbrecherquote** von durchschnittlich 27 Prozent an sowie eine **Verkürzung der überlangen Studienzeiten**. Außerdem sollen die Möglichkeiten für Studienbewerber und Studierende verbessert werden, ihre Eignung für das Studium möglichst frühzeitig beurteilen zu können. Der Bund hält hierfür strukturelle, organisatorische und inhaltliche Reformen für notwendig.

Zu der dringend erforderlichen Strukturanpassung gehören nach den vom Bundeskabinett gebilligten Vorstellungen der beiden Bundesminister die folgenden vier wesentlichen Elemente:

- In Universitätsstudium soll zwischen einem **berufsfähigen Grundstudium** einerseits und **darauf aufbauend der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses** für wissenschaftliche Berufstätigkeit andererseits unterschieden werden.
- Der Anteil von Studienplatzkapazitäten an **Fachhochschulen** soll auf **mindestens 40 Prozent** erhöht werden. Neben einem weiteren Ausbau der Fachhochschulen ist in diesem Zusammenhang auch an die teilweise Überführung universitärer Ressourcen in die Fachhochschulen gedacht.
- Um den Bedarf an Professoren an den Fachhochschulen quantitativ und qualitativ zu sichern, soll geprüft werden, welche **dienst- und besoldungsrechtlichen** Veränderungen vorgenommen werden können.
- Um die gleichwertige Stellung der öffentlichen Fachhochschulen zu sichern, werden in dem gemeinsamen Bericht von Ortleb und Wissmann verbesserte Perspektiven für die berufliche Entwicklung von **Fachhochschulabsolventen im öffentlichen Dienst** gehalten.

Zur inhaltlichen Reform des Studiums wird folgendes vorgeschlagen: Das **berufsbefähigende Studium** an Universitäten soll so gestaltet werden, daß es innerhalb der für die einzelnen Studiengänge in den Prüfungsordnungen festgelegten Studienzeiten **von acht bis zehn Semestern** abgeschlossen werden kann. Um diese Reform verwirklichen zu können, hält der Bund eine Reihe aufeinander abgestimmter Maßnahmen, die für Hochschulen und Studierende verpflichtend sein sollen, für erforderlich.

- Die **Neuordnung des Studiums** bis zum ersten berufsqualifizierten Abschluß soll **durch eine Novellierung der Hochschulgesetze** sichergestellt werden. Soweit der Bund für das Ausbildungsrecht bestimmter Berufe zuständig ist, sind hier entsprechende Regelungen vorzunehmen.

- Um die Effizienz des Studiums zu steigern, sind für die Eingangsphase des Studiums **Tutorenprogramme** und für die Prüfungsvorbereitung ein **Mentorensystem** vorgesehen.

- Für die **Ablegung und Wiederholung von Prüfungen** sollen **Fristen eingeführt** werden. Werden diese Fristen nicht eingehalten, sollen Studierende, die sich beispielsweise nach vier Semestern aus von ihnen zu vertretenden Gründen nicht zur Zwischenprüfung und nach Ablauf der Regelstudienzeit nicht zur Diplomprüfung gemeldet haben, als geprüft und zum ersten Mal durchgefallen gelten.

- Die Hochschulen sollen zur regelmäßigen Vorlage von **Berichten über die Qualität der Lehre** verpflichtet werden. Zusätzlich sollen Verfahren zur vergleichenden Bewertung von Lehrleistungen entwickelt und eingeführt werden.

- Das **Dienstrecht für Hochschullehrer** soll unter Leistungsgesichtspunkten aktualisiert werden (z. B.: Gewährleistung des Lehrangebots ad personam, Regelung der Präsenzpflicht, Überprüfung des Lehrdeputats von Professoren an Universitäten, leistungsabhängige Gewährung von Forschungsfreisemestern, Reduzierung der Genehmigung von Nebentätigkeiten, Berücksichtigung der Leistungen in der Lehre bei Bleibebehandlungen).

Nach Abschluß des grundständigen Studiums soll die **Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses** für die Forschung in einem reformierten Promotionsstudium erfolgen. Eine Promotion soll danach zukünftig in folgenden drei Formen möglich sein:

- Promotion mit Betreuung durch einen Doktorvater (wie bisher),
- Promotion in einem von der Hochschule eingerichteten Graduiertenstudium, insbesondere in größeren Fächern,
- Promotion im Graduiertenkolleg.

Die Hochschulen sollen nach den vom Kabinett verabschiedeten Grundsätzen die notwendigen Maßnahmen zur Neuorganisation des Studiums in eigener Verantwortung vornehmen und hierbei weitgehenden Gestaltungsspielraum erhalten. Von den Hochschulen wird allerdings erwartet, daß die in dem Grundsatzpapier vorgesehenen Maßnahmen zügig umgesetzt werden, nachdem sich die Hochschulrektorenkonferenz bereits einstimmig für eine solche grundlegende Hochschulreform ausgesprochen hat.

Bund und Länder sollen sich darauf beschränken, die wesentlichen Eckdaten hochschulrechtlich und durch Verwaltungsmaßnahmen vorzugeben. So sollen zum Beispiel Anreize gegeben werden, die die Hochschulen zur Umsetzung der Maßnahmen motivieren und zu einem erhöhten Wettbewerb der Hochschulen untereinander führen.

Nach dem Grundsatzpapier der Bundesminister Ortleb und Wissmann sind dabei folgende Maßnahmen vorrangig:

- **Stärkung der Dekane** im Hinblick auf die Organisation des Studiums, den Einsatz der Hochschullehrer in der Lehre und die Verteilung zusätzlicher Mittel.
- **Festlegung** des regelmäßig vorzugebenden **Zeitpunkts** einer ersten **Zwischenprüfung** als frühzeitige Studienerfolgskontrolle, des Zeitpunktes der Meldung zur **Abschlußprüfung** sowie des für die Studiengänge maximal zugrunde zu legenden Lehrdeputats in Semesterwochenstunden.

- Interne und externe **Evaluation der Studienangebote und der Lehr- und Forschungsleistungen** zur Erhöhung der Transparenz ihrer Fachleistung und zum wettbewerbsfördernden Vergleich der Hochschulen untereinander.

- **Stärkung der Finanzautonomie** der Hochschulen durch Globalisierung und Flexibilisierung der Hochschulhaushalte.

- **Zuweisung der Grundausrüstung** an Stellen und Sachmitteln für die Lehre nach den **Lehrleistungen der Hochschule** (z. B.: durch Orientierung der Zuweisung an der Zahl der Absolventen oder an der durchschnittlichen Studiendauer).

Eine zügige Umsetzung der Hochschulreform durch die Hochschulen selbst und eine Verbesserung der Personal- und Sachausstattung durch die Länder sind laut Grundsatzpapier für ein weitgehendes finanzielles Engagement des Bundes unabdingbar.

II. Forschungspolitik

Das **deutsche Forschungssystem** hat sich national und international bewährt. Ergebnisse der Forschung sind für den Standort Deutschland, die Verbesserung der Lebensverhältnisse, die langfristige Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Erhaltung der Umwelt wesentlich. Die Entwicklung neuer Techniken erfordert gemeinsame Anstrengungen von Wissenschaft und Wirtschaft. Die intensive Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe, im Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Staat zu einem gemeinsamen Verständnis über die Bedeutung langfristiger Forschungsziele zu gelangen. Die Ergebnisse der Forschung müssen rascher in die industrielle Anwendung umgesetzt werden.

Die besonderen strukturellen Probleme im Hochschulbereich wirken sich auch auf die **Hochschulforschung** aus. Das BMFT fördert die Hochschulforschung nachhaltig mit zur Zeit rund 772 Mio DM pro Jahr durch direkte Projektförderung. Durch Nutzungsmöglichkeiten der vom Bund finanzierten Großgeräte und andere Serviceleistungen erhalten die Hochschulen zusätzliche Leistungen, deren Wert zur Zeit auf ca. 1 Mrd. DM jährlich beziffert werden kann. Die Projekte des BMFT sollen künftig verstärkt als zeitlich begrenzte Initialförderung für neue Strukturen (wie z. B. bei den klinischen Forschergruppen) und neue Themen (z. B. Ökosystemforschung, Mikrosystemtechnik, Informatik) eingesetzt werden. Sie können die Grundfinanzierung durch die Länder nicht ersetzen, sondern setzen umgekehrt ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulforschung voraus. Folgende Maßnahmen sehen die Minister Wissmann und Ortleb als vordringlich an:

- Wiederherstellung der notwendigen Grundfinanzierung für die Hochschulforschung durch die Länder;
- Weiterführung der vom Bund initiativ und zeitlich begrenzt geförderten neuen Forschungseinrichtungen durch die Hochschulen und Länder;
- Erweiterter Spielraum für die Erforschung multidisziplinärer Themen über die Grenzen der klassischen Einzelwissenschaften hinweg;

- Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten der Bibliotheken, insbesondere Verlängerung der Öffnungszeiten; hierzu gehört die Bereitstellung ausreichender Mittel zur Nutzung des Informationsangebotes von Datenbanken;

- Verbesserung der Hochschulstatistiken, um einen besseren Ausweis der jeweiligen Mittel für Lehre, Forschung und Entwicklung sowie für die Patientenversorgung in den Hochschulkliniken zu ermöglichen; zu diesem Zweck Durchführung von Projekten der Kostenrechnung.

Die Minister werden sich dafür einsetzen, die **Rahmenbedingungen des deutschen Forschungssystems** zu erhalten und, wo nötig, zu verbessern. Dazu halten sie weitere institutionsübergreifende Begutachtungen der wichtigsten Forschungsfelder, wie z. B. Materialforschung, Gesundheitsforschung, Biotechnologie, Energieforschung, Informationstechnik, durch den Wissenschaftsrat in ganz Deutschland für erforderlich. Die Förderung der Spitzenforschung im Rahmen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) ist auch künftig unabdingbar. Im Rechtssetzungsverfahren ist künftig verstärkt zu prüfen, ob neue Gesetze und Verordnungen forschungsbeeinträchtigende Nebenwirkungen haben (z. B. Gentechnikgesetz, Tierschutzgesetz, Verordnungen auf Gebieten wie Gefahrstoffe, Arbeitszeit), mit anderen Worten, ob sie innovationsfördernd oder -hemmend sind. Besonders qualifizierten Wehrpflichtigen und Ersatzdienstleistenden sollte nach dem Beispiel Frankreichs die Möglichkeit gegeben werden, einen Teil ihrer Dienstzeit zur Tätigkeit in forschungsnahen Tätigkeitsbereichen zu verwenden.

Die **außeruniversitären Forschungseinrichtungen** sind eine wesentliche Ergänzung der Hochschulen. Die Zusammenarbeit ist durch eine stärkere personelle Verflechtung sowie die Bereitstellung ausreichender Mittel der Grundfinanzierung für die Nutzung von Großgeräten durch Hochschulpersonal zu verbessern. Bei den **Großforschungseinrichtungen** ist das Konzept zur Konzentrierung der Aufgaben nach wissenschaftlichen Prioritäten umzusetzen; Struktur und inhaltliche Ausgestaltung der **Institute der Blauen Liste** sind zu überprüfen.

Der **Aufbau der Bildungs- und Forschungsstruktur** in den neuen Ländern muß fortgesetzt werden und - wo immer möglich - Priorität genießen. Dabei soll das aus dem Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) finanzierte Akademiepersonal und das Personal von der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) betreuter geisteswissenschaftlicher Zentren voll integriert werden.

Internationale Zusammenarbeit ist für die Forschung entscheidend. Hier sind die Möglichkeiten einer verstärkten Nutzung der Programme der EG sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit internationaler Forschungszentren zu verbessern. Europäische Forschungsstrukturen müssen wissenschaftsgerecht sein.

Den **Forschungsaufgaben** ist in den Haushalten von Bund und Ländern ein ihrer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands entsprechender Stellenwert einzuräumen. Für den Beschluß der Regierungschefs zur Anhebung der Mittel für DFG und MPG um jährlich 5 Prozent in den Jahren 1991 bis 1995 ist zu gegebener Zeit eine geeignete Folgeregulierung anzustreben.

(BMBW-/BMFT-PI)

Hans-Heinz Emons, Chemieprofessor, wurde im November 1989 gleichsam über Nacht und auf einen Schlag Nachfolger zweier Minister und eines Staatssekretärs: Ministerpräsident Modrow berief ihn in die vorletzte Regierung der DDR als Bildungsminister, die Volkskammer bestätigte die Berufung und damit stand Emons an der Spitze der Apparate des vormaligen Ministeriums für Volksbildung (Nachfolge Margot Honecker), des vormaligen Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (Nachfolge Hans-Joachim Böhme) und des vormaligen Staatssekretariats für Berufsbildung. hochschule ost sprach mit Hans-Heinz Emons im September 1992 in Leipzig und im Februar 1993 in Goslar. Die Fragen stellten Sonja Brentjes und Matthias Middell.

Interview mit Hans-Heinz Emons, DDR-Bildungsminister von November 1989 bis April 1990

Herr Professor Emons, wir möchten Sie zu Ihrer Arbeit als Minister in der Modrow-Regierung interviewen. Angenehm wäre, wenn Sie sich zunächst vorzustellen könnten, uns sagen, wer Sie sind, in welcher Disziplin Sie arbeiten oder gearbeitet haben, bevor Sie Minister wurden, und wo Sie heute arbeiten.

Emons: Mein Name ist Hans Heinz Emons, Jahrgang 1930. Von Haus aus bin ich Chemiker, speziell für die Gebiete der anorganischen und anorganisch-technischen Chemie. Nach einer kurzen Lehre studierte ich an der damaligen TH in Dresden, wobei ich das Studium eine gewisse Zeit unterbrechen mußte und in einem Betrieb in Götzau gearbeitet habe. Ich war dann zunächst in Dresden Assistent, promovierte 1957 und war anschließend kurze Zeit in Dresden Oberassistent am Anorganischen Institut sowie Abteilungsleiter des Fernstudiums Chemie der TH. Am 1.1.1959 ging ich an die damals ja noch recht junge TH

Leuna-Merseburg. Dort habe ich mich 1962 habilitiert und wurde im gleichen Jahr Dozent für anorganische Chemie. Dann wurde das Gebiet Chemie und Technologie der Mineralsalze frei, ohne daß es einen unmittelbaren Nachfolger gab. Ich bin ein Jahr in die Kali-Industrie gegangen, wo ich u.a. als Betriebsleiter an der Werra gearbeitet habe. Anschließend kam ich nach Merseburg zurück, habe das Institut übernommen und wurde 1965 zum Professor mit Lehrauftrag berufen. Von 1968 bis 1988 war ich ordentlicher Professor für anorganische bzw. anorganisch-technische Chemie, bis Herbst 1975 in Merseburg und von

1975 bis 1988 an der Bergakademie in Freiberg. Ich war von 1966 bis 1968 Dekan der Fakultät für Stoffwirtschaft und von 1968 bis 1975 Rektor. Danach habe ich den entsprechenden Wissenschaftsbereich in Freiberg geleitet und war 1982 bis 1988 Rektor in Freiberg. 1988 wurde ich zum Vizepräsidenten für das Wissenschaftliche Leben der Akademie der Wissenschaften gewählt und berufen. In diesem Amt war ich bis November 1989 tätig. Ja, und dann wurde ich innerhalb von zwei Stunden Minister für Bildung.

Das war also eine Blitzgeburt. Am Abend vorher lief ja noch der Name eines anderen Kandidaten über den Bildschirm, der für diese Funktion vorgesehen war - Dr. Posner. Was sich dann alles abgespielt hat, kann ich nicht sagen. Jedenfalls bekam ich nachts einen Anruf, daß ich bitte - es war freitags - am Sonnabendfrüh um sieben Uhr in Berlin sein möge. Dort wurde

Das hört sich also alles wie eine Bilderbuch-DDR-Karriere an. Heißt das, daß Sie Mitglied der SED waren?

Emons: Ich war Mitglied der SED, jawohl, seit 1952, und seit 1950 Kandidat. Parteifunktionen hatte ich in der Regel in Verbindung mit meinen staatlichen Funktionen. Ich glaube, ich bin nicht einmal in ein Gremium gewählt worden, wenn es nicht mit der staatlichen Aufgabe gekoppelt war, die ich gerade hatte, war z.B. auch auf keiner Parteischule. Ich stamme aus keiner Familie, wo das Proletarische Vorgabe war. Sondern ich bin 1950 aus Überzeugung, auch infolge unserer Tätigkeit nach 1945 im Antifaschistischen Jugendausschuß und in der FDJ, in die Partei gegangen. Das war für mich nie ein einfacher Weg, wofür zeitweilige Exmatrikulation, Parteistrafe u.ä. sprechen würden. Aber ich bin nicht dafür, heute über diese Schwierigkeiten zu reden, sonst denken manche, man wolle

mir kundgetan, daß der bisherige Vorschlag nicht ginge. Die FDJ-Fraktion protestierte sehr stark gegen die Ablehnung ihres Vorschlages. Um neun Uhr begann die Volkskammersitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der damalige Volkskammerpräsident, Herr Maleuda, einen Brief des Ministerpräsidenten bekannt, in dem er diesen Wechsel dem Hohen Haus unterbreitete. Das Amt übte ich - wie Sie wissen - vier Monate aus, inoffiziell noch einen Monat als amtierender Minister. Im Anschluß habe ich mich wieder zu meiner Arbeitsgruppe an das noch existierende Zentralinstitut für anorganische Chemie der Akademie zurückgezogen. Das war so wieso vorgesehen. Die Arbeitsgruppe war schon im Aufbau, aber natürlich etwas auf Sparflamme, da ich in den anderen Aufgaben recht neu war. Durch den Einigungsvertrag mit der Auflösung der AdW bin ich nun seit dem 31.1.1992 verkappter Arbeitsloser, sprich im Altersübergangsgeld. Das wäre so ganz schnell dazu gesagt.

ein Wenn und Aber, vielleicht eine innere Gegnerschaft daraus ableiten. Das wäre falsch, aber jede Gesellschaft hat ja mit Intellektuellen und Individualisten so ihre Probleme, auch wenn sie mit der jeweiligen Ideologie grundsätzlich konform gehen.

Ich würde dennoch in Anspruch nehmen, daß das wenigste der Karriere - das mag bei der einen oder anderen Funktion anders gewesen sein - etwa nun primär die Frage der Parteizugehörigkeit war. Sie haben gesehen, ich habe sehr zeitig bei exzellenten Leuten in Dresden diplomiert, promoviert, habe mich sehr zeitig habilitiert, bin also mit 32 Jahren Hochschullehrer geworden. Das war in der Chemie nun nicht unbedingt so üblich, aber auch nicht

einmalig und hatte mit Partei nichts, sondern vielleicht doch etwas mit Können zu tun. Dabei habe ich stets die Synthese zwischen Theorie und der Praxis gesucht, bin also fast in jedem oder nach jedem Abschnitt - selbst als Dozent noch einmal - in die Praxis gegangen. Das erste Mal war es nicht freiwillig. In vierzig Jahre gehört es dazu, daß es auf und ab geht. Nicht unbedingt immer so hart. Und wenige Monate, bevor ich zum Rektor in Freiberg gewählt wurde, wollten einige Leute, daß ich ein Verfahren wegen meines Verhaltens zu meinen "Westkontakten" bekomme. Aber das ist unwichtig. Die Probleme ergaben sich einfach aus meiner sehr frühen internationalen Akzeptanz. Ohne es überbewerten zu wollen, ich habe etwa 300 Veröffentlichungen in internationalen und nationalen Zeitschriften publiziert, habe über 30 Patente, bei denen ich das Glück hatte, daß auch einige realisiert worden sind. Ich habe zehn, zwölf Bücher bzw. Monographien mit Kollegen und Mitarbeitern geschrieben, was übrigens generell gilt. Es gibt sehr wenige Arbeiten, über denen nur mein Name steht. Das führte dazu, daß ich schon Mitte der 60er Jahre, als die Kaliindustrie in Kanada aufgebaut wurde, von den Kanadiern für einen längeren Zeitraum eingeladen wurde. Das klappte damals nicht.

Mein Bestreben war - sowohl persönlich als auch gemeinsam mit meinen Mitarbeitern - in den 40 Jahren etwas Gescheites, etwas Akzeptables zu machen, etwas zu leisten, was über den Zaun der entsprechenden Institution oder der DDR hinausging. Denn ich war und bin der Meinung - und ich glaube, das hat sich bestätigt -, daß das Maß aller Dinge das internationale Niveau bzw. die internationale Anerkennung ist und nichts anderes. Das war nicht sehr leicht unter unseren Bedingungen. Sicher mit einigen Kompromissen konnte

man, wenn man wollte, eine gewisse Sturheit besaß und vielleicht auch eine gewisse Konsequenz und Individualität demonstrierte, manches erreichen. Sicher nicht ohne Grund wurde ich zum Auswärtigen Mitglied der Norwegischen Akademie der Wissenschaften und Literatur, zum Mitglied der Königlich-Norwegischen Akademie der Wissenschaften und Künste Trondheim, der Sächsischen Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin - dann AdW der DDR - gewählt, erhielt Ehrendokorate in damals Leningrad, in Österreich und in Deutschland. Das kam auch nicht so spät. Ich war 45, als ich das erste Ehrendokorat verliehen bekam, und das hat natürlich einem selbst und der Arbeitsgruppe den Rücken freigehalten, so daß meine Leute auch weitergekommen sind. Ich habe etwa einhundert Doktoranden A und B zum Abschluß geführt. Ein großer Teil hat zeitweilig im Ausland gearbeitet, bei meinen Partnern. Das hat dann geklappt, wenn man konsequent war und die Leute genauso nach Moskau, Warschau, Prag, Bratislava oder Leningrad geschickt hat, und nicht nur immer darauf bestand, daß sie nach Oslo, Trondheim, Kopenhagen oder Clausthal gingen, wo sie auch waren. Das war so in etwa das Ergebnis.

Seit dem 1. Februar kombiniere ich "Privatgelehrter" und Hausmann. Ich war im Mai einen ganzen Monat zu Gastvorträgen und Vorlesungen in Amerika und bin jetzt auf dem Wege, das Herbstsemester mit acht Stunden wöchentlich speziell für Doktoranden und Postdocs am Institut für anorganisch-technische Chemie der TU Bratislava zu gehen. Wenn es klappt, werde ich im Frühjahr in Bulgarien und im Herbst dann das dritte Mal für ein Semester in Norwegen sein.

War die Bereitschaft in der Verwaltung von Wissenschaft am höchsten Punkt, als Minister Verantwortung zu übernehmen, auch motiviert durch die bisherigen Erfahrungen im Umgang mit Wissenschaft?

Emons: Ja. Aber ich muß sagen, motiviert ist ein ganz gefährliches Wort an dieser Stelle. Für mich war das eine Entscheidung in knapp fünfzehn Minuten. Ich war mit meiner Frau gerade drei Wochen aus Norwegen zurück. Wir waren ein Vierteljahr in Norwegen gewesen, und haben vieles, was hier stattgefunden hatte, nicht erlebt. Ich hatte noch am Donnerstag die Plenarsitzung der Akademie geleitet, wo es ziemlich lebhaft zugeht und wir auch die Rehabilitation u.a. von Havemann beschlossen. Am Freitagabend bin ich nach Hause gefahren. Dort kam, wie schon erwähnt, gegen elf, halb zwölf ein Anruf, daß ich am nächsten Morgen, dem 18. November, um sieben Uhr in Berlin sein sollte. Hier wurde mir eröffnet, daß ich diese Aufgabe übernehmen sollte. Hans Modrow war dafür, auch unter dem Aspekt, daß, falls kein Kandidat für den Minister für Bildung gefunden wird, der bei den sich nun doch etwas selbständiger demonstrierenden Parteien im Haus Zustimmung findet, es zu keiner komplexen Abstimmung über den Ministerrat kommt. Wie eine Einzelabstimmung gelaufen wäre, war nicht so sicher. Es waren ja in der ersten Runde - bis es dann im Dezember zu einigen Auswechslungen kam - noch mehrere Kandidaten aus der Stoph-Regierung dabei. Das war schon eine gewisse moralische Verpflichtung, denn Zeit für lange Personaldiskussionen gab es auf Grund der Gesamtsituation im Lande nicht.

Die zweite Seite war - das streite ich nicht ab - die Herausforderung bezogen auf das Ministerium für Bildung, das es ja in der DDR bis dahin nicht gegeben hatte. Ich hatte es als eine der negativen Situationen in der DDR empfunden, daß es kaum eine gemeinsame Sprache zwischen dem Mi-

nisterium für Volksbildung und dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen gab. Da war weitgehend Funkstille. Es gab z.B. wenig Schwierigkeiten, Fachminister, Industrieminister oder den Staatssekretär der Plankommission nach Merseburg und später nach Freiberg zu Diskussionen einzuladen. Es ist jedoch nie gelungen, aus dem Bereich der Volksbildung dafür einen kompetenten Vertreter zu bekommen. Ich habe das oft versucht. Erst 1989 haben wir einen Vizepräsidenten der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften zu einer sehr interessanten Diskussion im Wissenschaftlichen Rat einladen können, übrigens kurz vor dem letzten Pädagogischen Kongreß.

Ich hielt es also für eine lohnende Aufgabe - wissend, daß es eine Übergangsaufgabe war, nichtwissend, daß es nur vier Monate werden sollten - zu einer einheitlichen Leitung der Bildung zu kommen. Das heißt zur Integration von Volksbildung, Hoch- und Fachschulwesen und Staatssekretariat für Berufsbildung. Allerdings war ich dagegen, daß die Bereiche Jugend und Sport noch dabei sein sollten, weil das nicht paßte. Das ist ja dann auch durch die Bildung eines eigenen Staatssekretariats gelöst worden. Für mich war es eine herausfordernde Funktion, in dieser Situation vielleicht zur Lösung einer Reihe von Fragen beitragen zu können, mit meiner eigenen Erfahrung, mit meinen internationalen Kenntnissen, nicht mit radikalen Methoden. Das halte ich persönlich nicht für den Weg, ganz besonders nicht auf dem Bildungsektor mit seinen immanenten Langzeitwirkungen. Das hat aber nichts damit zu tun, daß es täglich wichtigste Dinge gab, die innerhalb von 24 Stunden geregelt werden mußten. Aber vielleicht neigt auch jemand, der sein ganzes Le-

ben wissenschaftlich gearbeitet hat, nicht dazu, emotionale Entscheidungen über Nacht zu treffen, sondern abzuwägen. Was auf dem Gebiet der Bildung entschieden und was tragfähig wird, sind Grundlagen, die die Entwicklungen über Jahrzehnte bestimmen.

Die andere Seite ist, daß neben der Kultur - oder umgekehrt vielleicht sogar noch vor der Kultur, obwohl ich die Bildung zur Kultur eines Volkes rechne - jeder glaubt, über alles mitreden zu können. Jeder hat ja selber irgendwann in einer Lebenspha-

Darf ich da noch eine Frage nachstellen? Aus dem was Sie sagen, schlußfolgere ich also, daß Sie ein Kandidat der SED-Fraktion gewesen sind. Haben Sie eine Erklärung für die Akzeptanz Ihrer Person durch die anderen Fraktionen?

Emons: Ich würde sagen, weil ich als ein international bekannter und erfahrener Wissenschaftler akzeptiert wurde. Ich glaube, hier stand - wie bei einer ganzen Reihe meiner damaligen, besonders auch neuen Ministerkollegen - die Frage der Fachkompetenz im Vordergrund und diese konnten uns nur wenige absprechen. Das war eine ganz entscheidende Frage.

Ich hatte keine Erfahrung im Staats- oder Parteiapparat, war weder in einem Kreistag, in einem Bezirkstag noch Volkskammerabgeordneter oder im Volksbildungsausschuß. Da stand ich auch nie zur De-

Können Sie uns die wichtigsten Aufgaben nennen, die Sie seinerzeit als vorrangig anzugehen in dem Ministeramt empfunden und sicher auch formuliert haben?

Emons: Ja, wir haben natürlich Schwerpunkte formuliert. Wir hatten insbesondere inhaltliche Ansprüche, die bei all unseren Aktivitäten orientierend sein sollten. Das waren folgende: die Demokratisierung aller Bildungsstufen und Bildungsebenen, die Humanisierung des Bildungsinhaltes sowie der Bildungs- und Erziehungsmethoden und -mittel, die Transparenz aller Schritte, Inhalte und Methoden der Bildungsreform, die Öffentlichkeit der Bil-

se Stufen dieses Prozesses durchlaufen und sich dabei eine Meinung gebildet. Später wird er in den Generationen seiner Familie wieder damit konfrontiert. So glauben viele, über die Schule reden zu können, über den Kindergarten, über die Hochschulen. Bei letzteren wird es etwas weniger, aber trotzdem reden da auch noch sehr, sehr viele bevorzugt emotional mit, ohne sich mit den Dingen intensiver beschäftigt zu haben. Das war ein Ausgangspunkt, wissend - ich betone das noch einmal -, daß wir eine Übergangsphase hatten.

batte. Ich sah aber immer das "Sichstellenmüssen" in der Synthese des "leitenden Wissenschaftlers", so habe ich Funktionen verstanden und versucht, sie auszufüllen, mit allem Positiven und Kritischen. Als der Volkskammerpräsident das Schreiben mit dem Vorschlag verlas, gab es im Hause wirklich Beifall von links bis rechts - ohne das politisch zu werten. Die einzigen, die protestierten, waren die Mitglieder der FDJ-Fraktion. Aber sie protestierten nicht gegen den Kandidaten - das haben sie extra betont -, sondern dagegen, daß ihr Mann und sie nicht diese Position erhielten.

derungspolitik und die Übereinstimmung von gesellschaftlichen Anliegen und individuellen Entfaltungsmöglichkeiten. Das stand im Mittelpunkt aller Arbeiten. Nur so schien uns möglich, in Angriff zu nehmen, was wir vorhatten: die grundlegende Umgestaltung des Bildungswesens und die Vorbereitung einer umfassenden Bildungsreform.

Unsere inhaltlichen Orientierungen erforderten selbstverständlich, uns zu dem zu

verhalten, was wir vorfanden. D.h. nötig war zunächst eine fundamentale politische, theoretische und praktische Kritik des alten Bildungssystems. Nötig war die radikale Überwindung der über Jahrzehnte betriebenen Bildungspolitik und Bildungspraxis der DDR. Gleichzeitig hatten wir den Anspruch, Bewahrenswertes positiv aufzuhe-

Sie haben vorhin gesagt, es gäbe bei Ihnen eine Neigung, Dinge längerfristig und durchdacht zu entscheiden, aber auf der anderen Seite gab es Dinge, die innerhalb von 24 Stunden zu entscheiden waren. Bezogen auf die Wissenschaft und die Hochschulen: Was waren die Dinge, die man in 24 Stunden entscheiden mußte?

Emons: Kurzfristig war z.B. die Außerkräftsetzung des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums und der militärischen bzw. ZV-Ausbildung. Das waren z. B. Entscheidungen, die gewissermaßen über Nacht, z.T. vor dem 18.11. fielen. Auch die Ordnung zur demokratischen Mitbestimmung der Studenten als vorläufige Grundlage für die Bildung und Tätigkeit von studentischen Interessenvertretungen wurde kurzfristig ausgearbeitet und verabschiedet. Die Zulassung der Studenten und die Absolventenvermittlung wurden liberalisiert bzw. geändert. Wir behielten Zulassungsbegrenzungen nur noch in vier oder fünf Disziplinen bei. Alle anderen sind in der Übergangszeit geändert worden. Die dreijährige Arbeitsplatzbindung der Absolventen wurde aufgehoben. Was wir dafür aufgenommen haben, war ein zwölfmonatiger Kündigungsschutz nach Eintritt des Absolventen in den Beruf. Die Disziplinarverordnung wurde innerhalb von vierzehn Tagen geändert. Sämtliche subjektivistischen Entscheidungskriterien zu politisch-moralischen Verhaltensweisen, die enthalten waren, wurden herausgenommen.

Wir haben die ganze Frage der Stellung der Universität und der Eigenverantwortung der Universitäten bis zu den Fragen der im Ministerium zentral verwalteten De-

ben. Wir wollten es mit der Bildungsreform in der DDR in den Prozeß der Einigung Deutschlands einbringen. Das wiederum sahen wir nicht als ausschließlich deutsche Angelegenheit, sondern schon als Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses.

visen, die wir sehr schnell in die Einrichtungen abgegeben haben, und damit auch die ganze Frage der Genehmigungspflicht von Auslandsaktivitäten usw. neu geregelt. Kriterien für die Besetzung von Leitungsfunktionen in den Universitäten wurden aus der Verantwortung des Ministeriums genommen und nur noch die Bestätigung des Rektors beibehalten, so wie das auch in der Bundesrepublik auf Länderebene der Fall ist. Dann hatten wir die Probleme der Rehabilitierungen, die sich schwer anließen. Sie konnten in der Regel nicht in Berlin entschieden werden. Das betraf nicht nur Hochschullehrer, sondern auch Studenten und Nichtstudenten. Auch mußte es für sofortige Entscheidungen gesicherte Gründe geben. Da kamen Schicksale auf den Tisch, die sehr betroffen und beschämt machten, aber auch Dinge - na, kein Kommentar, übrigens unabhängig vom Qualifizierungsstand.

Wir haben die Auflösung der Abteilung 1, die es in all diesen Ministerien gab, also die Abt. "Sicherheit und Ordnung" - den genauen Namen weiß ich nicht mehr - angeordnet. Jedoch die größten Probleme lagen im Volksbildungsbereich. Da wurde kurzfristig die Schulinspektion aufgelöst. Das waren über tausend Inspektoren, die dort beschäftigt waren. Das zweite war, daß die Geschlossenen Jugendhöfe

sofort aufgegehoben wurden, nachdem ich erfahren hatte, daß es so etwas gibt. Ich

wußte das wirklich nicht. Das waren schwierigere Dinge als das Hochschulwesen.

Um noch einmal auf den Übergang ins Ministerium und die 24-Stunden-Entscheidungen zu kommen. Die Punkte, die Sie vorgetragen habe, die da sofort auf der Tagesordnung standen, trafen ja nun auch Punkte, die zum Selbstverständnis des Hochschulwesens der DDR gehörten nach den verschiedenen Hochschulreformen. Also etwa die verbindlichen Lehrpläne für das Grundlagenstudium usw. Sie haben ein Ministerium mit einem funktionierenden Apparat übernommen. War die Situation in diesem ministerialen Apparat schon so, daß aus diesem Apparat heraus ein Verständnis für die Notwendigkeit dieser kurzfristigen Entscheidungen bestand, oder gab es da Widerstände?

Emons: Beides. Es gab in den Ministerien - ich habe ja drei Institutionen übernommen - eine ganze Reihe Mitarbeiter, besonders auch jüngerer, die darauf warteten, etwas verändern zu können, sowohl Partei- als auch Nicht-Parteiangehörige. Ich hatte ich mir vorgenommen - da gab es Kritik von der Presse - bis Ende des Jahres - und das war meiner Meinung nach schon ein kühner Vorsatz - eine neue Leitung für dieses neue Ministerium zu bilden. Ich hatte z.B. nach dem 1. Januar 1990 keinen Staatssekretär und stellvertretenden Minister aus dem damaligen Volksbildungsministerium, sondern habe Herrn Abend, einen Vertreter des Neuen Forums zum Stellvertreter für Volksbildung berufen lassen, um den es bekannterweise manchen Ärger gab. Ich will nicht sagen, was er - wie wir - gut oder schlecht gemacht hat. Mir ging es darum, die politische Breite zu erfassen. Er war ja Katholik und vorher einmal Direktor einer katholischen EOS in Berlin und besaß gute Kontakte zum Runden Tisch. Prof. Dr. Kallenbach von der NDPD wurde Stellvertreter für Hochschulen, Dr. Danzmann von der LDPD für die Fachschulen. Es gab nur einen einzigen Staatssekretär aus dem alten Apparat, den ich behalten habe - auch aus Unsicherheit für diesen Bereich -, den Stellvertreter für die Berufsbildung. Kindergärten und Sonderschulen haben wir in der Kürze der Zeit nicht definitiv besetzt, das Angebot stand

an die CDU. In der Berufsbildung haben wir begonnen, einen zweiten Fachmann heranzuziehen, der dann bei Herrn Meyer Staatssekretär wurde. Das heißt, wir mußten die übernommenen Häuser mit einer Größenordnung von etwa 2000 bis 2300 Leuten innerhalb von acht Wochen zu einem neuen Ministerium umbauen, für das bis Herbst 1990 noch etwa 850 Mitarbeiter vorgesehen waren. Das ist einfach notwendig zu sagen, weil wir zur Bewältigung - richtiger zur Inangriffnahme dieser enormen Aufgaben zahlreiche neue Leute und eine neue Organisation brauchten, aber das geht nicht über Nacht.

Wir haben damals 34 Arbeitsgruppen gebildet aus allen nun in der DDR existierenden gesellschaftlichen Gremien. Zwei Kirchenleitungen haben mir damals geantwortet, daß sie erstmalig überhaupt angeschrieben worden sind, in Bildungsfragen mitzuarbeiten. Wir haben alternative Gruppen, die sich ja gerade zu Bildungsfragen gebildet hatten, mit eingeladen, um die Aktivitäten dieser Gruppen in bestimmte Themenkreise vom Kindergarten bis zu den Universitäten mit einfließen zu lassen. Die erste Beratung, die ich mit Vertretern durchgeführt habe, fand im Februar 90 statt. Wir mußten ja relativ schnell zum Zuge kommen, z. B. mit der Lehrerausbildung. Die drückte mich zu der Zeit nämlich viel mehr als die der Philosophen - nicht

um die Philosophen zu unterschätzen, aber bei den Lehrern war der Umschlag ja viel schneller. Denken Sie an die ganze Ausbildungsrichtung "Pionierleiter + ein Fach". Was sollten wir damit machen? Da kamen dann die Vorstellungen über die Ausbildung von Freizeitpädagogen auf. So verkehrt war die Idee ja im Ansatz gar nicht, wenn auch nicht mehr viel davon übriggeblieben ist.

Eine andere Seite betraf die Hochschulen. Sie sollten unter starker Einbeziehung von Gästen umgestaltet werden, und zwar primär in den geisteswissenschaftlichen Bereichen. Erste, leider nur einzelne Beru-

Haben Sie allen diesen Einrichtungen das Promotionsrecht entzogen?

Emons: Soweit kam es nicht ganz. Einiges haben wir sofort verändert. Wir haben den Hochschulstatus der Gewerkschaftshochschule, der Parteihochschule, der Juristischen Hochschule Potsdam, also die der Staatssicherheit, aufgehoben. Eine Institution oder Organisation kann eine Bildungseinrichtung haben. Aber das ist keine Hochschule. Schließlich habe ich dem Hoch- und Fachschulrat für eine Reihe weiterer, besonders nichtuniversitärer Einrichtungen - es waren so etwa 12 - dem Hoch- und Fachschulrat vorgeschlagen, ihnen das Promotionsrecht zu entziehen. Für die Nachwuchswissenschaftler, die am Promovieren waren, sollte eine Übergangsregelung gefunden werden. Aber Promotionsrecht sollten nur noch die Universitä-

Sie haben gesagt, Sie hätten versucht, Ihr neues Ministerium möglichst breit den dann vorhandenen verschiedenen Gruppierungen in der DDR gemäß zu strukturieren. Wie war Ihre Erfahrung mit den Menschen, die Sie da in das neue Ministerium geholt haben? Hat sich dieser Ansatz Ihren Vorstellungen entsprechend gestaltet und - was damit zusammenhängt - wie waren Ihre Beziehungen zum Runden Tisch?

Emons: Punkt eins: Das hat sich für die kurze Zeit, für die ich sprechen kann, auf jeden Fall bewährt. Wobei ich genauso weiß, daß das in dieser Form gedachte

fungen konnten erfolgen. Der heutige Ministerpräsident von Sachsen hat - wenn ich mich nicht irre - in dieser Zeit seine Berufungsurkunde als Professor an die Universität Leipzig erhalten. Daneben kamen eine ganze Reihe Fachwissenschaftler, die uns auch kürzerfristig sehr geholfen haben. Aber es kamen auch welche, die uns jetzt ihre Vorstellungen, die andernorts gescheitert oder nicht realisierbar waren, anboten. Ein weiteres Problem war das Promotionsrecht verschiedener Einrichtungen, z.B. der Partei- und der Gewerkschaftshochschule. Insgesamt betraf es fünfzehn bis zwanzig Institutionen, einschließlich wissenschaftlicher nichtuniversitärer Forschungsinstitute.

ten und jene Einrichtungen behalten, die im echten Sinne Hochschulcharakter hatten. Das hat natürlich weitreichende Proteste ausgelöst. Ich habe auf der anderen Seite - auch nach einem Gespräch mit Bischof Rogge aus Görlitz - den kirchlichen Einrichtungen, die bis dahin nicht die paritätische Anerkennung zu den theologischen Fakultäten hatten, den Diplom-Abschluß als gleichberechtigten Abschluß zu dem der staatlichen Einrichtungen zuerkannt. Bis zur Promotion waren wir dort noch nicht gekommen, weil das ja auch eine Frage des Lehrkörpers gewesen wäre u.ä. Wir haben also sowohl das eine als auch das andere gemacht. Und das waren wirklich keine billigen und beliebten Entscheidungen.

Ministerium nur der erste Schritt der Umstrukturierung war. Der zweite wäre gekommen, wenn sich die gesamten Kompetenzen, z.B. die Verantwortung der Län-

der, längerfristig entwickelt hätten. Ich glaube, daß wir bei aller Unterschiedlichkeit darin übereinstimmen. Das war im übrigen auch eine Linie von Hans Modrow im Ministerrat. Wir haben uns als ein Sach- und Fachkabinett verstanden und nicht als Repräsentanten bestimmter Parteien und Organisationen. Wir haben versucht, in der Zeit das Mögliche zu machen. Und wenn ich das auf meinen Bereich mit übertragen darf, dann bin ich heute noch froh, daß es uns geglückt ist, durch Entscheidungen, hinter denen ich nicht unbedingt in jedem Falle hundertprozentig stand, mit wenigen Ausnahmen die emotionalen Entwicklungen, die nicht immer nur friedlichen oder friedfertigen Charakter hatten, im Keime zu ersticken und besonders auch im Bereich der Kinder und Jugendlichen im Griff zu halten. Ich glaube, das konnten wir, weil wir versucht haben, von der sach-

Sind Ihre Vorschläge am Runden Tisch mit Wohlwollen aufgenommen worden?

Emons: Sie sind ja gar nicht mehr so zum Tragen gekommen, weil jeder wußte, die haben bald nichts mehr zu sagen. Aber sie haben doch eine relativ vernünftige Reaktion und Resonanz ausgelöst, weil ich glaube, es waren nie die radikalen Lösungen, wie sie sich manche vielleicht vorgestellt

Nur mal zur Nachfrage. Es ging also um die Thesen zur Bildungsreform, die Sie dem Runden Tisch zugeleitet hatten.

Emons: Ja, auch.

Können Sie die anderen Materialien nur mal benennen?

Emons: Da gab es z. B. eine Reihe grundsätzlicher Aspekte, die mit der Schule zusammenhängen. Wir hatten ja doch sehr schnell Veränderungen wie z. B. Sprach-

Das andere Problem, das Sie jetzt schon mehrfach angesprochen haben, ist ja der Umstand, daß spätestens Ende Januar so ziemlich deutlich war, daß die Eigenstaatlichkeit der DDR ihrem Ende zugeht, und daß in der letzten Phase Ihres Ministeriums und Ihrer Regierung generell klar war, daß diese Regierung demnächst nicht mehr sein würde. Hat das dazu geführt, daß zum einen kein Bedürfnis mehr danach bestand, mit Ihnen

lichen Seite heranzugehen und z. B. nicht parteipolitische Aspekte hereinzutragen. Das hat es uns sicher überhaupt ermöglicht, eine partielle Akzeptanz zu sichern, die wir als Regierung in Bezug auf die Legitimation nur bedingt hatten.

Zum Runden Tisch: Das war differenziert. Ich bin ja in einer Beratung des Zentralen Runden Tisches gewesen. Ich glaube, das war streitbar, aber doch auch mit entsprechender Akzeptanz. Allerdings: Der Kontakt zum sog. Runden Tisch für Bildung war nur sehr kurz. Einen zentralen gab es erst am Ende unserer Amtszeit. Doch jedes Material, das bei uns zur Bestätigung vorbereitet wurde, haben wir dann über Herrn Abend an den Runden Tisch geleitet. Herr Abend ist mehrfach dort gewesen und hat diese Dinge vertreten und zur Diskussion gestellt.

hatten. Manches wurde ganz einfach auch aus mangelnder Kenntnis, die auch ich am Anfang von manchen Prozessen hatte, nicht so ganz richtig gesehen, auch von den Möglichkeiten her. Aber ich glaube, sie waren keine schlechte Diskussionsgrundlage.

unterricht, vierklassige Abiturstufe für das Schuljahr 1990/91 vorzubereiten, einschließlich solcher Eckgrößen wie die Stundenpläne für alle Schulformen. Das haben wir alles zur Diskussion gestellt.

zusammenzuarbeiten, und auf der anderen Seite im Ministerium kein Bedürfnis mehr bestand, überhaupt zu arbeiten?

Emons: Ich habe heute noch große Hochachtung vor dem überwiegenden Teil der Mitarbeiter nicht nur der obersten Leitung, sondern durchgehend im Haus über die Aktivität bis zur letzten Minute. Und auch darüber hinaus. Alle auf den Weg gebrachten Prozesse sind nicht unter dem Gedanken angefangen worden, daß spätestens Mitte April Schluß ist und wir nach der Wahl amtierend sein werden. Wir waren der Meinung, da sind Notwendigkeiten, und an denen arbeiten wir, solange wir daran arbeiten können. Genau wie der Ministerrat bzw. der amtierende Ministerrat bis zum letzten Tag mit sehr begrenzter Kompetenz ernsthaft gearbeitet hat. Wir haben noch in dieser Zeit des Amtierens die Lehrlingsvergütungen erhöht, um nur ein Beispiel zu sagen.

Was problematischer gewesen ist, war natürlich, daß die Fragestellung zum Strategischen, das Inhaltliche unter Zeitdruck kam. Denn wir sagten natürlich, was passiert nach dem Wechsel. Ich will nur ein Beispiel nennen. Kurz nach der Wahl der de Maizière-Regierung wurden - was mit uns nie passiert war - die einzelnen Minister im Fernsehen vorgestellt. Da wurde auch Herr Meyer gefragt, ob ich ihm noch ein Ei ins Nest habe legen wollen, denn die Thesen für die Bildungsreform waren kurz vorher noch herausgegeben worden. Herr Meyer hat sehr fair darauf

Eine ganz konkrete Frage: Gehörte Leipzig zu den letzteren?

Emons: Das würde ich nicht sagen. Ich glaube, daß Horst Hennig [damals Rektor der Leipziger Universität] in seiner Zeit, soweit ich das einschätzen kann, doch versucht hat, Kontinuität in der Arbeit zu sichern, aber auch auf Veränderungen zu drängen. Hier hat sich manches bewegt. Was ich jetzt nicht einschätzen kann, ist,

reagiert - wie überhaupt die Übergabe sehr vernünftig und sachlich war. Er sagte, daß er die Thesen als ein Zwischenergebnis der in diesen Monaten geleisteten Arbeit sieht, wovon man eine Reihe Dinge weiter diskutieren kann. Aber er sagte genauso klar, daß die de Maizière-Regierung kein neues Bildungsgesetz schaffen wird. Das war ja für uns mal der Ausgangspunkt für die Thesen gewesen.

Die zweite Seite, die uns beeinflußt hat, waren die Unsicherheiten in der Frage der Kompetenzen: Wie lange haben die Bezirke noch etwas zu sagen, wann kommen die Länder. Das heißt, wir haben oft schon in Länderstrategien gedacht, obwohl es noch gar keine Länder gab. Wir hatten natürlich auch kaum Partner für diese Diskussion. Das heißt, erfahrene Partner hatten wir, aber nur aus der Bundesrepublik. Da gab es z. B. ein Problem, das die Hochschulen betraf. Wir hatten den direkten Kontakt Minister-Rektoren mit Rektorenberatungen und der Rektorenkonferenz. Ich habe mehrere Beratungen mit kleineren Gruppen durchgeführt. Dieser Prozeß seitens des Ministeriums, um die "Leine zu lockern", um zu einer "langen Leine" zu kommen, fing ja gerade erst an. Da gab es natürlich auch eine ganze Reihe von Dingen, wo man sich gewünscht hätte, daß sich mehr in der Wahrnehmung dieser eigenen Möglichkeiten tut.

wieweit es zum Tragen gekommen ist - wiederum in dieser relativ kurzen Zeit. Das wäre vermessen von mir, das jetzt einzuschätzen. Man muß ja auch sehen, daß gerade Leipzig gerade durch seinen stark gesellschaftswissenschaftlich ausgerichteten Charakter natürlich auch ein besonders heißes Pflaster für diese Seite der

Diskussion und der Veränderung war. Aber, damit wir nicht die Vergangenheit dabei vergessen, wir können das partiell nicht nur den einzelnen oder auch bestimmten Gruppen vorwerfen. Jede Kategorie Mensch und jede Kategorie Beruf ist in den 40 Jahren DDR geprägt worden, und das läßt sich nicht über Nacht weg-schieben.

Ich war und bin auch nicht der Auffassung, daß das generell richtig wäre. Manche Diskussionen heute zu Bildungsfragen er-

Ich würde gern noch eine Frage stellen zu dem, was in den letzten zwei Jahren passiert ist: Wie ist eigentlich dieses massiv schlechte Bild der DDR-Wissenschaftslandschaft zustande gekommen, wer hat so geredet, wer war beteiligt, daß es dann doch eine ganze Reihe von Prozessen gegeben hat, die seit Herbst 1990 hier liefen und z. T. noch laufen?

Emons: Leider haben ein großes Maß Anteil daran die akademisch Gebildeten

Können Sie das etwas konkretisieren?

Es war schon vor der Wende so, daß immer sehr viel darüber diskutiert wurde, was alles nicht geht und nicht machbar ist, was andere können und wir nicht. Ich glaube, es wurde schon damals in manchen Kreisen weniger darüber diskutiert, was unter den gegebenen Bedingungen machbar war. Das ist für mich ein Punkt, der nicht unbedingt zum besten Bild geführt hat. Der zweite Gesichtspunkt ist die Differenz zwischen einer nach meinem Empfinden absolut überzogenen Anspruchsformulierung während der DDR-Zeit, die ein Land mit 16 Millionen Menschen und dieser Wirtschaftskraft oder -Nicht-Kraft auf dem Gebiet der Wissenschaft und Bildung gar nicht realisieren konnte. Wenn ich etwa an die unqualifizierte Diskussion "Warum haben wir keinen Nobelpreisträger?" denke, die es immer wieder gab. Da wurde sich nicht damit befaßt, wer, z. B. auf meinem Gebiet,

innem mich an frühere Aktivitäten, seien es die zwölfjährige Schule, die Einbeziehung einer praktischen Ausbildung, die Fachhochschulen - siehe früher Ingenieurhochschulen, die begrenzte konzentrierte Studienzeit, sprich die höhere Berufsausbildung, die Stellung Diplom - Promotion, ja, in der Chemie z.B. die aktuelle Diskussion über die Stellung der Analytik - in der alten BRD eindeutig unterbewertet, obwohl der Wirkungsbereich der Chemiker zu über 30 % in diesem Bereich liegt. Leipzig nahm hier einmal einen beispielhaften Platz, was heute neidlos geschrieben wird.

der ehemaligen DDR selber.

in den letzten Jahren die Nobelpreise erhalten hat. Da sind nämlich wenige Chemiker z.B. von einer Universität oder Hochschule dabei. Meist kamen die Preisträger aus den Forschungsinstitutionen wie den Max-Planck-Instituten bzw. aus Industrielaboratorien, oder sie arbeiteten in enger Verbindung mit solchen Einrichtungen. Und wenn es jemand aus einer Universität war, dann auf der Basis von Arbeiten, die schon zwanzig oder dreißig Jahren zurücklagen, und die jetzt verdiensterweise zum Nobelpreis führten. Dabei lasse ich alle Subjektivitäten der Vorschlagsrechte und der Wahl völlig weg. Nur einfach von diesem Faktum her waren das z. T. Fehldiskussionen. Wenn Sie mal sehen - das ist jetzt auch formal, was ich sage, aber man kann es nicht vom Tisch wischen - wo sind denn die Nobelpreisträger von Ländern mit einer etwa ähnlichen Wirtschaftskraft

und -größe wie unserer in den letzten 25 Jahren? Das war so eine typische journalistische Diskussion.

Punkt 2: Wenn Sie sich die Geschichte einer Universität oder einer Fachdisziplin anschauen - und Sie tun ja sowas -, dann werden Sie immer finden, daß es zu allen Zeiten unsinnig war, darüber zu diskutieren, diese Universität sei eine bedeutende. Es waren immer zu bestimmten Zeiträumen bestimmte Disziplinen, die diese universitas geprägt und bestimmt haben. Und es waren nie über 100 Jahre dieselben. Das wird vergessen. Man neigt deshalb zu Pauschalurteilen und vergißt dabei, daß es auch in dieser ehemaligen DDR eine Reihe von Leuten gegeben hat, die in bestimmten Disziplinen international anerkannte wissenschaftliche Leistungen gebracht haben. Und es gab Disziplinen, wo sich sehr wenig tat. Das mußte aber nicht so bleiben. Das hätte sich dann vielleicht in einem Zeitraum mit neuen Leuten wieder geändert. Und es gab eine Reihe von Disziplinen, die von vornherein keine Chance hatten. Aber wie das in so einer Umbruchszeit ist, gibt es eine Reihe von Menschen, die das ehrlich sagen und ehrlich diskutieren. Aber es gibt auch eine gewisse Alibidiskussion.

Und es kommt noch ein Punkt hinzu. Vor der Einheit hat uns mancher Kollege freundschaftlich das Beste zugestanden. In dem Moment, wo die Ostdeutschen Konkurrenten um dasselbe Geld wurden, waren manche Diskussionen anders gefärbt. Es gibt also eine Vielzahl von Dingen, die man sehen muß. Wobei ich Verständnis für diesen Umklappmechanismus im Herbst und Ende 1989 / Anfang 1990 habe. Lassen Sie mich zum Abschluß auf die sachlichen kritischen, aber doch sehr realen Stellungnahmen des Wissenschaftsrates über die Leistungen und Leistungsfähigkeiten der wissenschaftlichen Institutionen der ehemaligen DDR verweisen. Ich war von Inhalt und Form sehr beeindruckt, besonders auch von den vergleichenden Aussagen zum internationalen Niveau. So schlecht - wie leider oft unqualifiziert pauschalisiert - werden wir dort nicht beurteilt, meist sehr achtbar. Leider haben diese mit großem Engagement erarbeiteten Dokumente nur zu einem Teil die notwendige wissenschaftspolitische Umsetzung erfahren.

Hans-Heinz Emons, Prof. Dr.sc. nat. Dr. h.c. mult., Chemiker, war von November 1989 bis April 1990 Minister für Bildung der DDR, lebt heute in Goslar.

Michael Franzke (Leipzig):

Wahrheit ohne Dialog? Anmerkungen zur Blochdiskussion

Zur Fortsetzung der Verhandlungen in Sachen Ernst Bloch bedarf es einer Neuorientierung.

Zwei Verhandlungen sind weit gediehen, die zum Wirken Ernst Blochs in Leipzig (1) und die zu seiner Zwangsermeritierung (2). Eine dritte steht noch aus. Sie erst könnte das rechte Licht auf die Vertreibung Blochs von der Universität Leipzig 1957, aus der SED-offiziellen Version der Geschichte der Philosophie in der DDR und schließlich aus der DDR selbst werfen. Worum geht es? Bloch ist nicht vertrieben worden, weil er etwa um der Philosophie an sich willen forschte und lehrte, abgewandt von den sozialen Entwicklungen seiner Zeit, sondern weil er in sie eingreifen wollte und eingriff. Die dritte Verhandlung wird Blochs Philosophie als eingreifendes Denken zum Gegenstand haben müssen.

In den 50er Jahren lag die Spezifik dieser Eingriffe darin, daß sie den Lebensnerv der herrschenden Kaste der SED und ihrer Bürokratie empfindlich trafen. Alles Gerede von Bloch als "Staatsphilosoph" der DDR durch Ulbrichts Gnade oder seiner "Toleranz" gegenüber dem Stalinschen Terror kann nicht verdecken, daß er Front machte gegen einen Sozialismus sowjetischen Modells in der DDR, der tatsächlich in eine Sackgasse der Geschichte lief - dies sowohl in der Theorie als auch in der Praxis.

Genau hier scheint aber auch der wunde

Punkt in der Diskussion zu liegen. Diese Dimension des Problems wird gescheut wie der Teufel das Weihwasser.

Der Sozialismus in Gestalt des "real existierenden" ist auf den Müllhaufen der Geschichte befördert worden. Warum sollte er nun, in welcher Form auch immer, thematisiert werden? Wahrlich, für antiquarische Interessen ist beim Neuaufbau der ostdeutschen Hochschullandschaft weder Zeit noch Geld. Wenn da nicht doch noch etwas anderes wäre, ein Stück, durch das die Wahrheit erst eine ganze wird. Die Geschichte läßt sich nicht halbieren. Den Versuch, sie nach eigenen Wünschen und Vorstellungen zurechtzubiegen, haben nicht erst die SED-Oberen und ihre Gefolgschaft versucht. Das Ergebnis war immer: die, die sie beschneiden wollten, haben sich letztlich selbst beschnitten. Sie wurden nicht nur von der Wahrheit der Geschichte eingeholt, sie wurden von ihr überrollt. Unverständlich also die Scheu vor der Thematisierung der Eingriffe Blochs für eine konkret-utopische Sozialismusvision in den 50er Jahren. Und doch muß es dafür Gründe geben.

Mir scheint es ist die schwindende Fähigkeit unserer Gesellschaft zum Dialog. Martin Buber erklärte ein Ich-Du-Verhältnis zum Wesen des Dialogs. Aber unsere Gesellschaft scheint nur noch mit binären Codes zu funktionieren: Wessi - Ossi, Deutsche - Ausländer, Gewinner der Einheit - Verlie-

rer der Einheit usw. Überall ist der Andere nicht Du, er ist ein Fremder, Konkurrent, eine potentielle Bedrohung in einer bedrohten Welt, ein Risiko für die eigene Sicherheit. Ein gemeinsames Drittes scheint es als Hoffnung auf Leben und Überleben nicht mehr zu geben.

Ein zweiter Grund kommt hinzu: Die Furcht vor Denunziationen bei der Thematisierung der Geschichte von Utopien und die Angst selber in die Ecke der Utopisten und Sozis gestellt zu werden. Eckensteher sind Ausgegrenzte.

Das nicht mehr offiziell Einklagen können und wollen dieses Themas durch Zeitzeugen und Betroffene wäre der Vollständigkeit halber als dritter Grund zu nennen. Ein letzter: Das Thema ist nicht marktfähig und damit kaum karrierefördernd.

Aber, man kann sich drehen und wenden wie man will (oder muß), das Thema bleibt unabgeholten. Wenn nicht Philosophen, so bekommen dieses Kapitel der DDR-Geschichte immer wieder jene Historiker in den Blick, die den Aufstieg und den Untergang des "real existierenden Sozialismus" auf deutschem Boden zu ihrem Gegenstand machen, denn die Mitte der 50er Jahre stellt eine Zäsur in der Geschichte des geistigen Lebens in der DDR dar. Zu ihr gehört der Fall Bloch, dies hat die Geschichte festgeschrieben.

Wodurch wird diese Zäsur angezeigt?

Außenpolitisch: Nach dem Genfer Gipfel der vier Großmächte (Juli 1955) entwickelten Bulganin und Chruschtschow die "Zwei-Staaten-Theorie", mit der sie als Bedingung für die deutsche Wiedervereinigung die Wahrung der "sozialistischen Errungenschaften" der DDR stellten. Diese Wende in der deutschen Frage führte zur verstärkten Integration von BRD und DDR in die jeweiligen Machtblöcke, die sich im Zustand des kalten Krieges befanden.

Innenpolitisch: Die SED-Führung orientierte auf den forcierten Aufbau des Sozialismus in der DDR nach Vorbild der Sowjetunion. Die sich nach dem Tode Stalins bietende Chance zu einer "Entstalinisierung" wurde nicht genutzt. Im Gegenteil. Die Reformbestrebungen in Polen und Ungarn wurden als konterrevolutionär bzw. faschistisch denunziert und als Anlaß mißbraucht, um die Bekämpfung antistalinistischer Tendenzen zu legitimieren. Die Schauprozesse gegen die Mitglieder der "Harich-Gruppe" endeten mit hohen Zuchthausstrafen. Die antistalinistische Fraktion in der SED-Führungsspitze wurde, wie Schirdewan, Wollweber und Ziller, kalt gestellt, andere diszipliniert und eingeschüchtert.

Die durch das 30. Plenum des ZK der SED im Januar 1957 als Erfolg in der ideologischen Offensive "gewürdigte" Zwangsermeritierung Blochs weist aus meiner Sicht folgende Dimensionen auf:

a) Sie ist Bestandteil eines ganzen Paketes von Maßnahmen, die einen zweiten Abschnitt in der Entwicklung der Philosophie in der DDR einleiteten. Die Philosophie gerät nun völlig in den festen Griff der SED-Führung, die "Nester der Andersdenkenden" werden beharrlich und systematisch "ausgeräuchert". Sie wird von nun an überall und nahezu bedingungslos dem Primat der Politik der SED folgen, die sich zu dieser Zeit als antifaschistisch und weltfriedensfördernd relativ wirksam legitimieren kann. Das Primat der Politik gegenüber der Philosophie wird unter dem Paradigma der Einheit von Theorie und Praxis innerwissenschaftlich codiert.

b) Die am Denktyp Stalins und Shdanows geschulten Repräsentanten des dialektischen Materialismus gewinnen die Oberhand, die machtpolitischen Würfel sind zu ihren Gunsten gefallen. Gegen wissenschaftstheoretische und wissenschaftsethische Bedenken wird mit verschiedenen

Strategien vorgegangen: Inszenierung krimineller Vergehen, "Bewährung in der Praxis", Zermürbung durch eine Welle von angedrohten bzw. durchgeführten Parteiausparchen und Parteiverfahren bis hin zur Übertragung von "Verantwortung in Funktionen". Die unter anderem von R. O. Gropp vertretene Konzeption der marxistischen Philosophie wird als SED-offizielle Version abgesegnet, ihre Durchsetzung an den Universitäten und Hochschulen sowie in der Massenpropaganda wird zu einem Führungsschwerpunkt der SED erhoben.

c) Nicht zuletzt am "Fall Bloch" wurde die kommende "Elite" der DDR-Philosophie hinsichtlich ihrer Disziplin "geschult". Die nach dem XX. Parteitag der KPdSU geführten Diskussionen über das Erbeprobem, den Dogmatismus, das Verhältnis von Meinungsfreiheit und Wissenschaft, die Einheit von Politik und Philosophie wurden durch die SED parteipolitisch abgebrochen, ihre Ergebnisse parteimäßig "zusammengefaßt" und als wahr und verbindlich erklärt. In dieser Zeit werden Grundmuster des Philosophierens in der DDR ihren Trägern geradezu eingebrannt. Unter notwendiger Beachtung von Kontinuitäten kann m. E. durchaus davon gesprochen werden, daß die DDR-Philosophie (nicht zu verwechseln mit der Philosophie in der SBZ/DDR) hier ihren eigentlichen Anfang nahm, die zu keiner Zeit weder monolit noch innovationslos war. Gerade in der Mitte der 50er Jahre wurden, nach der "Klärung" der politischen wie theoretischen Demarkationslinien zugleich neue Perspektiven für ein Philosophieren im Osten Deutschlands eröffnet. Es wurden u.a. die Weichen in Richtung des Ausbaus der Ansätze von Moralphilosophie, Erkenntnistheorie und Bewußtseinstheorie und einer eigenständigen Philosophiegeschichte, nicht nur der marxistisch-leninistischen Tradition in der deutschen Arbeit-

erbewegung, gestellt. Beide Prozesse sind m.E. nur in ihren Verkettungen zu begreifen.

Dies erklärt aber noch nicht, warum Ernst Bloch, 1955 mit dem Nationalpreis geehrt, Mitte 1956 in Unnade viel. Auch die direkte Gegnerschaft zu R.O. Gropp, der durch den Chef der SED-Bezirksleitung Leipzig, Paul Fröhlich, guter Freund Ulbrichts, Rückendeckung hatte, ist hierfür noch kein hinreichender Erklärungsgrund. Vergebens wäre es, in der Biographie Blochs nach einem Schlüsselereignis zu suchen, das eine Erklärung dafür sein könnte, warum er "zum Abschluß freigegeben" wurde. Die Erklärung hierfür liegt nicht so sehr bei Bloch selbst, als in dem oben bereits angedeuteten Kurswechsel der SED-Spitze um Ulbricht.

Die nach dem XX. Parteitag der KPdSU mehr oder weniger offen geführten Diskussionen über einen nichtstalinistischen Weg zum Sozialismus in der DDR, wurden vorrangig aus machtpolitischen Erwägungen heraus gewaltsam abgebrochen. Ein solcher Weg hätte notwendigerweise nur über einen Machtwechsel eingeschlagen werden können. Blochs Ausspruch: "Ulbricht ist untragbar!" war bekannt und von oppositionellen Intellektuellen geteilt, er mag das Zünglein an der Waage gewesen sein. Bei Bloch "Abweichungen" vom orthodoxen Marxismus nachzuweisen, war, trotz der Gegenwehr dieser Art der Auseinandersetzung am Leipziger Institut für Philosophie selbst, nie ein Problem gewesen. Die Führungsriege um Ulbricht ging in die Gegenoffensive. Die schon seit Anfang der 50er Jahre, besonders dann ab 1953, von R.O. Gropp, P. Fröhlich, und anderen regelrecht verfolgten Anti-Bloch-Kampagnen wurde nun in den Rang eines Führungskonzepts der SED erhoben. Spätestens seit der sogenannten "Freiheitskonferenz" vom März 1956 (3) dürfte die Anti-Bloch-Fraktion sich auch in den Berliner Macht-

zentralen durchgesetzt haben. Die Ungarn-Ereignisse vom Herbst 1956 bildeten den willkommenen Hintergrund und die Legitimationsbasis zum Handeln.

Drei Konzepte Blochs dürften es gewesen sein, die zu lehren und zu publizieren nicht mehr erlaubt sein sollten: seine Erbe-Konzeption, seine Kritik an der vulgär-marxistischen Vision des Dialektischen Materialismus und seine Bestimmung des Sozialismus "von vorn" als Entwurf einer konkreten Utopie. In seinem Schlußwort auf der Freiheitskonferenz hatte Bloch diese drei Momente seiner Philosophie zu einer Einheit zusammengeschmolzen und nicht nur den Philosophen der DDR als Fehdehandschuh entgegengeschleudert.

Die Kontroverse um Blochs Erbe-Konzeption wurde in den 50er Jahren auf philosophischem Gebiet in Gestalt der Hegel-Diskussion geführt. Nicht nur Bloch wollte mit der Thematisierung des Verhältnisses Marx'ens zu Hegel dem verknöcherten und auf den Hund gekommenen Partei-Marxismus neues Leben verleihen, auch F. Behrens versuchte aus dieser Sicht der politischen Ökonomie des Sozialismus neue Impulse zu geben. Behrens fiel durch das Urteil des 30. Plenums des ZK der SED gleichfalls unter das Verdikt, revisionistisch zu sein. Es ging aber noch um wesentlich mehr. Es ging auch und vor allem um die Bestimmung des Verhältnisses von marxistisch-leninistischen Traditionen in der kommunistischen Bewegung, die nach 1948 in der SED mehr oder weniger gewaltsam durchgesetzt wurden, zu den Traditionen in der Sozialdemokratie sowie zum progressiv-bürgerlichen Erbe insgesamt.

Den Ideologen der KPD war Blochs Erbe-Konzeption bereits in der Expressionismusdebatte in den 30er Jahren zum Stein des Anstoßes geworden, die nun auf dem Weg zur Bitterfelder Kulturpolitik der SED (4) erneut hinderlich wurde.

Bloch erklärte Mitte 1956 voller Illusion und Täuschung: "Die Haltung einer geistigen Großmacht ist gekommen, die Frische und Kühnheit einer aufsteigenden Welt. So auch in der so wichtigen Kraft eines weiteren Eindringens in alles, was auf dem Sprung steht, anders zu werden, eines Gesprächs mit allem, was nicht faschistisch verworfen ist." (5)

Bloch machte nie einen Hehl daraus, daß er eine Aversion gegen den Dialektischen Materialismus nach dem Muster des Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU hegte. (6) Bereits in seiner Leipziger Antrittsvorlesung ließ er keinen Zweifel daran, diesem mit der Kraft seines Denkens entgegenzutreten. Gegen diese Art des Philosophierens heißt es im Schlußwort Blochs: "Zu vermissen aber, wie mir scheint, war zuweilen eine schöpferische Mitte zwischen Aktuellem und Begrifflichem. Wenn sich nicht viel Schmalspur zeigte, so doch wohl eine Sprache in fertigen Kategorien. Dadurch kann das Aktuelle und Konkrete zu einer bloßen Art Beispielsammlung herabgesetzt werden." Oder: "Mitunter werden sogar Begriffe von oben herab 'angewendet', die aus ganz anderem Erfahrungskreis abstrahiert oder generalisiert worden sind und so die Welt verriegeln oder simplifizieren." (7)

Konnte die Kritik noch deutlicher sein? Nun war aber der direkte Adressat nicht mehr nur Gropp, sondern eine Ganze Gruppe von Philosophen, die mit einem eigenen Freiheits-Konzept gegen Bloch antraten. Zu ihnen gehörten Philosophen, die die Entwicklung der DDR-Philosophie weitgehend mitbestimmen sollten: E. Albrecht, M. Klein, G. Redlow, G. Klaus, A. Kosing, H. Schöler. Noch hatte Bloch durch die international hoch angesehenen G. Lukács, R. Garaudy, E. Fischer und A. Schaff Rückendeckung, aber er verlor sie Schritt für Schritt, wie diese selbst, beginnend bereits mit Lukács im Herbst 1956, des Revisionismus' bezichtigt wurden.

Bloch wollte den Sozialismus nicht nur und nicht vor allem aus der Geschichte heraus begriffen wissen, sondern aus der Perspektive des Möglichen. Er sei ein "ewiger Bauplatz", auf dem Bürokratie, Administration und Schematismus überflüssige Freiheitsgrenzen setzen. Wie mußte dieser Hieb gesessen haben! Die SED-Führung bestimmte seit jeher ihre Identität und die des Sozialismus aus der Geschichte der kommunistischen Bewegung und Sowjet-Rußlands. Sie sonnte sich im "Glanz" des jeweils Erreichten und baute an der Macht von Apparat und Bürokratie.

Von Bloch war zu vernehmen: "Die Determinierung des Geschehens durch die bloße Vergangenheit muß also durch die

Determinierung ergänzt werden, welche die Zukunft, die Tendenzrichtung, die objektiv-reale Möglichkeit selber liefern." Nur so werden "die Menschen schließlich die bewußten Hersteller ihrer Geschichte werden können." (8)

Eine ostdeutsche Bloch-Renaissance wird es nicht geben, sie käme ohnehin 30 Jahre zu spät. Eine bequeme Geschichtsinterpretation ist dennoch nicht und nie zu haben. Eine Zukunft ohne einen Dialog mit der Geschichte ist nicht nur blind, die entleert sich selbst.

Michael Franzke, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie i.G. der Universität Leipzig

Quellenverzeichnis:

- (1) Siehe u.a.: Hoffnung kann enttäuscht werden". Ernst Bloch in Leipzig, Dokumentiert und kommentiert von V. Caysa, P. Caysa, K. D. Eichler und E. Uhl, Frankfurt am Main 1992
- (2) Siehe u.a.: J. Rühle: Das warme und das kalte Rot. Ernst Bloch im Netzwerk der SED, in: Deutschlandarchiv, Heft 9/1984. - E. Uhl: Philosophieren unter der Machtfrage - Das Jahr 1956 am Leipziger Institut für Philosophie, in: hochschule ost, Heft 2/92. - Die Vertreibung Ernst Blochs 1956/57 - eine Dokumentation, in: Einspruch. Leipziger Hefte, Heft 5-1992 (diese Dokumentation erscheint demnächst im Universitätsverlag Leipzig). - L. Kleine: Zur Diskussion über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels in der DDR 1953-1956, in: Kultur & Kritik. Leipziger philosophische Zeitschrift, Heft 4/1992
- (3) Gemeint ist die Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 8. bis 10. März 1956 zum Thema: Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus. Diese Konferenz wurde in der DDR-Philosophiegeschichtsschreibung tabuisiert. Das Protokoll wurde nur in wenigen Exemplaren an die Teilnehmer verbreitet.
- (4) 1956/57 waren zwar die Bitterfelder Konferenzen Kulturpolitik noch nicht in Sicht, auf denen die grundlegenden Prinzipien der Kulturpolitik der SED im Sozialismus in Auswertung der Durchführung der Beschlüsse des V. Parteitag der SED 1958 formuliert wurden, aber die Weichen wurden dazu bereits in dieser Zeit gestellt. Den Wegebnete der Tod Bert Brechts, übrigens ein Gleichgesinnter Blochs in der Expressionismusdebatte, sowie der Kampf gegen den Revisionismus in der Literaturwissenschaft. Siehe hierzu u.a.: Alexander Abusch: Im ideologischen Kampf für eine sozialistische Kultur - Rede auf der Kulturkonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 23. Oktober 1957. Berlin 1957
- (5) E. Bloch: Schlußwort, in: Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus. Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 8. - 10. März 1956. Protokoll, Berlin 1956, S. 344
- (6) 1938 billigte das ZK der KPdSU die "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang", in dessen Abschnitt IV. 2 "Über dialektischen und historischen Materialismus" die für den Einflußbereich der Sowjetunion geltende Auffassung über die marxistische Philosophie in verbindlicher Weise kanonisiert wurde. Dieser Abschnitt wurde durch den SWA-Verlag bereits 1946 in Broschürenform in der SBZ verbreitet und Stalin zugeschrieben.
- (7) E. Bloch: Schlußwort, in: Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus. Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 8. - 10. März 1956. Protokoll, Berlin 1956, S. 344
- (8) Ebenda, S. 346

Das EG-Memorandum zur Hochschulbildung und seine bundesdeutsche Diskussion (Teil 2) *

3. Die bundesdeutsche Diskussion des EG-"Memorandums zur Hochschulbildung"

3.1. Die Stellungnahmen der Interessengruppen, Verbände und Institutionen

Um die stattfindenden Diskussionen zum EG-Hochschulmemorandum zusammen zu führen und eine bundesdeutsche Stellungnahme vorzubereiten, hatten das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und die Kultusministerkonferenz zu einer Gemeinsamen Anhörung von Verbänden der betroffenen Interessengruppen und Institutionen eingeladen. Diese fand am 23./24. Juli 1992 in Bonn statt. [1] Vertreten waren neben den Gastgebern und der EG-Kommission Hochschulverbände, Gewerkschaften, Studierendenorganisationen, die Spitzenverbände der Wirtschaft und Wissenschaftsorganisationen.

Die Stellungnahmen kristallisierten verschiedene und unterschiedlich akzentuierte Kritikpunkte am Hochschulmemorandum heraus. Die lassen sich sortieren nach Grundsätzlichem und Einzelproblemen.

3.1.1. Grundsätzliche Kritikpunkte der bundesdeutschen Interessengruppen am EG-Hochschulmemorandum

Bereits die Gastgeber der Anhörung - BMBW und KMK - kritisieren in ihren

Eingangsstatements heftig die das Memorandum bestimmende "Mittelwertbetrachtung", also die ungenügende Berücksichtigung einzelstaatlicher Spezifika. [2] In verschiedenen Stellungnahmen findet sich das wieder. Der Wissenschaftsrat konkretisiert seine Kritik folgendermaßen:

"Die Darstellung der Problemlage trifft in mehreren Punkten für die deutschen Hochschulen nicht zu:

- Die demographische Entwicklung wird für die 90er Jahre nicht zu einem Rückgang der Zahl der Hochschulabsolventen führen...

- Die Zahl der Schul- und Hochschulabsolventen hängt nicht allein von der demographischen Entwicklung der Inlandsbevölkerung ab. Vielmehr sind die Bevölkerungswanderungen zu beachten...

- Von einem Rückgang des Interesses an natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen kann in Deutschland nicht die Rede sein...

- Ebenso wenig ist die Feststellung richtig, das Interesse der Hochschulabsolventen an weiterführender wissenschaftlicher Ausbildung sei rückläufig..." [3]

Die Hochschulrektorenkonferenz kritisiert grundsätzlich:

"Im Bildungswesen und besonders im Hochschulbereich muß die historische und kulturelle Vielfalt der Staaten Europas und ihrer Bildungsinstan-

stitutionen berücksichtigt werden. Dies geschieht im Memorandum nicht hinreichend. Es geht von durchschnittlichen Entwicklungen in Westeuropa aus und bekommt deshalb die unterschiedlichen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten nicht in den Blick. Synergetische Effekte bei der Herstellung der Einheit Europas im Hochschulbereich können nur durch Vielfalt in der Einheit im Konsens mit den Hochschulen erreicht werden." [4]

Die Kritik der "Mittelwertbetrachtung" wird zum einen formuliert, weil sich daraus für die Bundesrepublik unzutreffende Durchschnittseinschätzungen ergaben. Zum anderen wird in der mangelnden Berücksichtigung einzelstaatlicher Besonderheiten eine Gefahr für die Bewahrung als konstitutiv angesehener bundesdeutscher Spezifika gesehen.

Um dieser Gefahr vorzubauen, spielt in den Stellungnahmen eine besondere Rolle die Betonung des **Subsidiaritätsprinzips** und des **Harmonisierungsverbots**. Wichtig scheint Staatssekretär Schaumann vom BMBW,

"daß eine Harmonisierung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften ausgeschlossen ist und Subsidiarität als Prinzip des Gemeinschaftshandelns gilt",

wobei er gern einräume,

"daß die Fassung der Subsidiaritätsklausel eine ziemliche Leerformel darstellt, wenn man sie präzise betrachtet. Aber es ist ein Bezugspunkt, auf den hin man untersuchen kann, ob die EG-Aktivitäten tatsächlich da ansetzen, wo Aktivitäten der Mitgliedstaaten nicht ausreichend sind und wosich Aktivitäten 'besser' auf Kommissions- und Gemeinschaftsebene... realisieren lassen." [5]

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft formuliert:

"... das Memorandum (setzt) relativ umstandslos bei einer angenommenen Kompetenz an, die die Kommission für sich beansprucht, um nicht nur Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital im künftigen europäischen Binnenmarkt zu bewegen, sondern offensichtlich auch Kultur und Bil-

dung. Dieser Tendenz liegen zwei Annahmen zugrunde, die die GEW so nicht teilt:

a) Kultur und Bildung seien bewegliche und vor allem marktfähige Güter, die dem Zug der Wirtschaft zu folgen hätten;

b) es gäbe so etwas wie ein europäisches Hochschulwesen, dem alle nationalen Hochschulsysteme sich annähern sollten. (...)

Das führt zu Harmonisierungs- und Konvergenztendenzen und einem deutlichen Anspruch auf Eingriffstiefe, die im Widerspruch zum behaupteten Respekt vor der Vielfalt und der Eigenständigkeit der Systeme stehen." [6]

Diesen Bezugspunkt läßt kein Debattenteilnehmer aus. Der KMK-Vertreter verdeutlicht die Dinge am konkret denkbaren Beispiel:

"Die Länder werden aber nicht zulassen, daß jenseits der geschriebenen Kompetenzen durch Auflegen von interessanten und gut dotierten Programmen sich die EG auch in weiteren Bereichen in Zukunft... Kompetenzen erkaufte, wie wir das in anderen Bereichen schon erlebt haben... in dem man finanziell interessante Programme, zu denen dann die Mitgliedstaaten faktisch nicht nein sagen konnten, auflegte." [7]

Die HRK befürchtet die Ausweitung von Gemeinschaftskompetenzen unter dem Stichwort der Kohäsion:

"... daß Kohäsion der EG-Kommission als Schlüssel für eine Strategie dient, sich neue Tätigkeits- und Kompetenzfelder ohne wirksame Begrenzung zu erschließen und mit ihrer Ausfüllung die schrittweise Integration auf Gemeinschaftsebene von oben durchzusetzen... Die Hochschulen können jedenfalls nicht auf übergeordneter, supranationaler Ebene staatlichen Eingriffsmöglichkeiten zustimmen, die in Deutschland weder den Ländern noch dem Bund zugestanden sind. [...]

Sollten sich jedoch die zentralistischen Tendenzen politisch durchsetzen, so werden die deutschen Hochschulen ihre Autonomie als Voraussetzung für Qualität wissenschaftlicher Forschung und Lehre zu bewahren wissen. Einer Gleichmacherei

auf möglicherweise sinkendem Niveau werden wir uns nach Kräften widersetzen." [8]

Auch die Spitzenverbände der Wirtschaft meinen,

"daß mit Eröffnung des EG-Binnenmarktes selbst sich keine Notwendigkeit finden läßt, die Kompetenzen der EG im Bereich der Hochschulpolitik zu erweitern" [9],

sowie:

"Auch in der Hochschulpolitik darf es keine Bildungsplanung und Bildungssteuerung durch die EG geben." [10]

Allein der Vertreter des Deutschen Akademischen Austauschdienstes warnt vor zu einseitigen Betrachtungen:

"Wir haben uns jahrelang darüber beklagt, daß diese EG nur eine Wirtschaftsgemeinschaft sei, daß sie auf Richtlinien zur Bekämpfung der Schweinepest und ähnlichem aufbaue und nicht am wichtigsten, nämlich Kultur, Bildung und Wissenschaft arbeite. Nun tut sie das ein bißchen und dann gibt es auch schon wieder Sorgen. Ich finde, die sollten wir nicht übertreiben." [11]

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt besteht darin, ob die **Hochschulbildung** unter **Allgemeiner** oder **Beruflicher Bildung** gefaßt wird. Ihre Zuordnung kann zu Art. 126 oder aber 127 Vertrag über die Europäische Union erfolgen. Davon hängt zum einen ab, ob für den Hochschulbereich nur das Harmonisierungsverbot gilt oder auch ausdrücklich das Subsidiaritätsprinzip. [12] Zum anderen berührt die Zuordnung zu Allgemeiner oder Beruflicher Bildung den Kernbereich des Selbstverständnisses der deutschen Universität.

Die Problematik ergibt sich aus der nach Ansicht der deutschen Debattenteilnehmer unzulänglichen Definition des Begriffs "Hochschuleinrichtungen". [13] In dieser werden Einrichtungen, die nach bundesdeutschem Verständnis Universitäten und Fachhochschulen sind, zusammengeworfen mit Einrichtungen der beruflichen Bil-

dung.

Einig sind sich die Vertreter von Bund, Ländern und Interessengruppen, daß die Hochschulbildung ausschließlich Gegenstand von Art. 126 des Maastrichter Vertrages ist. Der EG-Kommissionsvertreter kann zur Klärung auch nur mäßig beitragen:

"... wir (sind) uns noch nicht darüber im klaren, inwieweit die Bildungspolitik auf Artikel 126 oder Artikel 127 oder auf beiden beruht. Man muß auch die Aussage des Europäischen Gerichtshofes beachten, als klar gesagt wurde, daß die Hochschulbildung Berufsbildung ist." [14]

3.1.2. Einzelprobleme mit Interessenkollisionen zwischen EG-Kommission und deutschen Lobbyisten

Die am intensivsten diskutierten Einzelprobleme im Zusammenhang mit dem Memorandum waren die Bewahrung des bundesdeutschen Föderalismus, das Verhältnis von Hochschule und Wirtschaft, der Komplex Hochschule und Forschung, Modelle der Forschungsförderung, die Auslegung des allgemeinen Anspruches von Internationalität der Hochschulbildung und -forschung sowie das Thema Weiterbildung.

Aus der vertraglichen Festlegung des Subsidiaritätsprinzips innerhalb der EG wird gefolgert, daß - im konkreten Falle -

"... die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Inhalte und Strukturen des Bildungswesens... in der Bundesrepublik Deutschland vor allem auch die Rücksicht auf die **Kulturhoheit der Länder** (bedeutet)... [15]

In diesem Sinne äußerte sich auch der Bundesrat am 14.2.1992:

"Der Bundesrat weist darauf hin, daß sowohl Artikel 128 EWGV als auch der Vertragsentwurf zur Europäischen Union (Artikel 126) die Inhalte und die Gestaltung der Bildungssysteme aus dem

Anwendungsbereich des Vertrages ausnehmen. Deshalb ist darauf zu achten, daß die Zuständigkeiten der Länder auf Gemeinschaftsebene nicht zum Gegenstand von Reformdiskussionen und vorschlägen gemacht werden." [16]

Einer der am ausgiebigsten diskutierten Punkte im Zusammenhang mit dem Memorandum war das **Verhältnis von Hochschulen und Wirtschaft**. Die allzu enge Bindung der Hochschulen an die Wirtschaft und ihre Reduzierung auf einen Dienstleister der Wirtschaft, die das gesamte "Memorandum zur Hochschulbildung" durchzieht, fand mehrheitlich Ablehnung. Gleichwohl wird einer begrenzten Intensivierung der Beziehungen nur in Ausnahmefällen kritisch gegenüber gestanden. Hier scheint ein Konflikt zwischen dem Empfinden vermeintlicher Sachzwänge und tradierten Auffassungen von hochschulischer Bildung im Zusammenhang mit der leisen Wahrnehmung, daß die gesellschaftlichen Umbrüche mehr als nur den bloßen Fachexperten erfordern, zu konkurrieren. Beim BMBW-Vertreter auf der Anhörung fand sich das Dilemma folgendermaßen ausgedrückt:

"Das Memorandum unterstreicht zu Recht die Notwendigkeit einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft. [...] Die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft wird zunehmend wichtiger, Hochschulbildung darf sich aber nicht nur beschränken auf die Herstellung marktgängiger Absolventen." [17]

Der KMK-Vertreter meint, daß die "europäische Dimension nicht nur das Wirtschaftliche oder das Soziale oder die Frage der Sicherheit, sondern insbesondere das Kulturelle (umfaßt)". [18]

Dem wirtschaftsorientierten Herangehen der Kommission stünden gegenüber:

"unsere Grundsätze von der Einheit von Forschung und Lehre, von der Suche nach Wahrheit in der Grundlagenforschung außerhalb konkreter

Nutzanwendung, von der Autonomie der Hochschulen und der Freiheit der Berufswahl, die Bedarfslenkungen nicht zuläßt". [19]

Schließlich werden

"die Länder gegebenenfalls darauf hinweisen müssen, daß die Bildungspolitik nicht ein Annex der sozialen Wirtschaftspolitik ist". [20]

Der Vertreter des Verbandes Hochschule und Wissenschaft im Deutschen Beamtenbund begrüßte namens der beiden Organisationen das Memorandum,

"weil sie darin einen Abnabelungsprozeß des Hochschulbereiches von der Wirtschaft sehen im Vergleich dazu, wie es bisher in der EG-Politik immer gehandhabt worden ist. Allerdings mehr als ein Abnabelungsprozeß ist es noch nicht. Die Verbindung ist noch sehr eng. Insofern haben wir weiter gewisse Bedenken. [...]"

Hochschulbildung darf nicht auf akademische Berufsqualifikation verengt werden. Eine Steuerung der Studienplätze nach nationalem oder europäischem Bedarf der Wirtschaft und Gesellschaft an Akademikern widerspricht dem Grundprinzip einer freien Berufswahl und der freien Entfaltung der Persönlichkeit." [21]

"Das Ziel der Hochschulbildung darf nicht ausschließlich wirtschaftspolitisch bewertet werden. [...] Es geht um ein Bildungsziel an sich und nicht nur um wirtschaftliche Verwertbarkeit." [22]

In der Diskussion wurde vermerkt:

"Auszuschließen sei, daß Hochschulbildung nur verkürzt in einen engen Verwertungszusammenhang zur Wirtschaft gebracht werde. Deutsche Hochschulen dienen der Wissenschaft und der Berufsvorbereitung. Durch das Element der Wissenschaftsorientiertheit (nicht Wissenschaftler-Orientiertheit)... gewinne diese Berufsvorbereitung ihre besondere Qualität." [23]

Divergierende Ansichten sind in der Minderzahl, gleichwohl vorhanden. Die Spitzenverbände der Wirtschaft sind

"natürlich für eine intensivere Kooperation von Hochschule und Wirtschaft." [24]

"Die Wirtschaft hat ein elementares Interesse an dem durch das EG-Memorandum angestrebten Ziel der intensiven Kooperation mit den Hochschulen. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Betriebe ist diese Kooperation für die Wirtschaft unverzichtbar. Aber auch die Hochschulen benötigen - bei Wahrung der gegenseitigen Unabhängigkeit - den ständigen Dialog mit der Praxis, um ihre Aufgaben in Forschung und Lehre zielorientiert erfüllen zu können. Anzustreben ist eine systematische Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft auch auf internationaler Ebene, wie sie im Bereich der Forschungsk Kooperation oder im COMETT-Programm bereits angelegt ist." [25]

Der Vertreter des Hochschullehrerbundes, Organisation der Fachhochschullehrer, argumentiert gleichfalls lobbyistisch:

"Bei der Debatte über Partnerschaft mit der Wirtschaft... setzen wir uns mit unserer Stellungnahme etwas von Aussagen ab, die bisher... gefallen sind. Es liegt wohl zum Teil daran, daß wir - also Fachhochschule - stärker als die Universität mit unseren Absolventen den Bedarf der Wirtschaft oder der Industrie decken und uns wohl auch stärker als diese als Bindeglied zwischen... Auszubildenden im wissenschaftlichen Bereich und der Wirtschaft als Endverbraucher sehen."

Allerdings:

"Wir glauben... nicht, daß sich Hochschulen und auch nicht Fachhochschulen ausschließlich in diesem Sinne marktwirtschaftlich verhalten sollten. Bei reinen Marktmechanismen, die hier greifen würden, wäre sicherlich eine zu kurzatmige Hochschulpolitik vorprogrammiert." [26]

Der EG-Kommissions-Vertreter versucht abschwächend zu argumentieren:

"Da die Europäische Gemeinschaft bis heute eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, ist das Memorandum von einer Marktorientierung geprägt." [27]

Dem widerspricht der Vertreter des Hochschulverbandes:

"Abzulehnen ist... die generelle und zähe akzentuierte Sicht der Hochschulen als Produktionsstätten,

die fast notwendig zu einer wirtschaftlichen Indienstnahme führen muß. Entsprechend einseitig werden die Hochschulen als wichtiges Element der Sicherung des Erfolgs des Binnenmarktes angesehen. Daß damit das Proprium der Hochschule verfehlt wird, ist evident. Im übrigen spricht der neue Vertrag ausdrücklich von EG, nimmt also das "W" aus dem EWG-Vertrag heraus." [28]

Ein Thema, welches das Memorandum vorwiegend unter wirtschaftlicher Bezugnahme anspricht, ist die **Forschung**. Wo Forschung an Hochschulen dort überhaupt vorkommt, ist es in Anbindung an wirtschaftliche Gesichtspunkte, insbesondere unter strukturpolitischem Aspekt. Insgesamt sind die Ansichten zum Themenkomplex Forschung einheitlicher in der Kritik am Memorandum. Diskutiert werden dabei das Verhältnis von Hochschule und Forschung, die Struktur von Forschungsförderung und die Vorteilhaftigkeit des deutschen Modells der Selbstverwaltung von Forschungsförderungsmitteln.

Allgemeine Ablehnung erfährt die untergeordnete Rolle, die Forschung im Hochschulmemorandum überhaupt spielt:

"Für die deutschen Universitäten bleibt... die Einheit von Forschung, Lehre und Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses trotz der Massenausbildung prägendes Strukturmerkmal." [29]

Zudem soll die **Förderung der Grundlagenforschung** generell in einzelstaatlicher Verantwortung bleiben. EG-Forschungsförderung wird nur für grenzüberschreitende Großvorhaben ins Auge gefaßt. Hier nun gibt es eine allgemeine Favorisierung des deutschen Modells, wie es seine deutlichste institutionelle Ausprägung in der DFG gefunden hat:

"... sollte in Verfahren erfolgen, die auf ausschließlich qualitätsbezogenen, von der Wissenschaft in Selbstverwaltung zu treffenden Entscheidungen angelegt ist" [30],

formuliert die Hochschulrektorenkonferenz, und die Deutsche Forschungsgemein-

schaft findet naheliegenderweise

"selbstverständlich..., daß Programme, die dann von der EG durchgeführt werden müssen, weil sie eben multidisziplinär oder regional übergreifend sind, in ein System einer Selbstverwaltungsorganisation, wie wir es kennengelernt haben, mit einem Gutachtersystem, das bei uns funktioniert und das wir mit gutem Gewissen weitergeben können, eingebettet sind." [31]

Das BMBW

"möchte nicht, daß die Forschungsförderung der Europäischen Gemeinschaft die bewährten Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt" und "stattdessen, daß wir möglichst viele davon überzeugen können, daß unser System der Forschungsförderung eine übergroße Zahl von Vorteilen... bringt und auch der richtige Ansatz für die Forschungsförderung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wäre." [32]

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Beschränkung der Inhalte des Memorandums auf EG-Europa. [33] Die Kritiken daran bleiben gleichwohl verbal, insistieren auf eine "weltweite Dimension von Wissenschaft". Sie müssen freilich insofern kraftlos bleiben, als die Zentriertheit der Sicht des EG-Memorandums auf den EG-Raum konditioniert ist durch die allgemeine Zentriertheit der EG-Politik.

3.2. Die Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland [36]

Die bundesdeutsche Stellungnahme betont insbesondere und zum Teil mehrmals drei Grundsätze, die den Ansatz der Betrachtungen und Perspektivenentwicklung für eine Hochschulpolitik in der Europäischen Gemeinschaft bilden müßten: 1. den Pluralitätsgedanken, 2. das Subsidiaritätsprinzip und 3. das Harmonisierungsverbot.

Der **Pluralitätsgedanke** wird zweimal angeführt:

"... das Memorandum (unterstellt) für alle Hoch-

Schließlich brechen noch einmal einige Konflikte am Thema **Weiterbildung und Fernstudium** auf. Unterschiedliche Strukturen des Hochschulwesens in der Bundesrepublik, etwa seine starke Regionalisierung, lassen die Bedeutung des Fernstudiums dort sehr viel geringer sein.

Wo das Memorandum das Recht jedes Einzelnen auf Zugang zu innerbetrieblicher Fortbildung fordert, ist das für die Bundesrepublik kein Thema, da in der Regel tarifvertraglich oder durch Landesweiterbildungsgesetze verbindlich geregelt. Sieht die Hochschulrektorenkonferenz den Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung von Akademikern als wesentliche Zukunftsaufgabe der Hochschulen, so erwartet die Deutsche Angestelltengewerkschaft auch den Zugang von beruflich Qualifizierten zu hochschulischer Weiterbildung.

Aufgrund der Diskussion des EG-Hochschulmemorandums und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen von Bundestag [34] und Bundesrat [35] verfertigten BMBW und KMK die Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland. Sie datiert vom 17.11.1992.

schule in Europa eine einheitliche Ausgangsbasis für einheitliche Entwicklungen, die es in Europa in dieser Weise nicht gibt und auch nach dem Grundsatz der Wahrung der Vielfalt zukünftig nicht geben soll." (S. 17)

"... eine Novellierung der bestehenden Vielfalt der Ausbildungsgänge in den Mitgliedstaaten (würde) dem Pluralitätsgedanken im akademischen Ausbildungswesen widersprechen". (S. 36)

Das **Subsidiaritätsprinzip** wird zweimal grundsätzlich angeführt:

"Für die deutsche Seite ist das in Artikel 3 b des

Maastrichter Vertrages verankerte Subsidiaritätsprinzip von entscheidender Bedeutung" (S. 3);

"... nur, wenn die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen nicht selbst ergreifen können, soll die Gemeinschaft... - unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für Lehre, Inhalt und die Gestaltung der Bildungssysteme sowie für die Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen - ihre Beiträge leisten" (S. 25),

und im Zusammenhang mit verschiedenen Problemen und entsprechenden im Memorandum formulierten Lösungsstrategien wiederholt betont: bei der Gestaltung von Mobilität im Hochschulbereich, der Beseitigung von vorgeblichen sektoralen und regionalen Qualifikationsdefiziten, der Verwirklichung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang, der Steigerung der Nachfrage nach Hochschulbildung, den Inhalten der Bildung, der Gestaltung von Studiengängen, Modellprojekten für die Weiterbildung, der Überprüfung der Kommissionsaktivitäten auf die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips, zentralen Informationsnetze und bei der Koordinierung der Forschung und Fernunterricht. (S. 5 f. / 11 f., 21, 22, 23, 30, 34, 37 / 41, 40, 41, 42, 43)

Auf das **Harmonisierungsverbot** des Maastrichter Vertrages wird ausdrücklich hingewiesen:

"Mittelbar oder unmittelbar wirkende verbindliche Regelungen der Gemeinschaft zur Gestaltung des Bildungswesens in den Mitgliedstaaten sind nach dem Harmonisierungsverbot in den Artikeln 126 und 127 ausgeschlossen." (S. 4)

Im Unterpunkt "Aussagen, denen gegenüber (aus deutscher Sicht) Bedenken bestehen, insbesondere Ansätze für 'Zentralisierung' und 'Harmonisierung'" wird grundsätzlich angemerkt, daß

"vielfach weniger die Zielsetzungen selbst kritisch (sind), als die im Memorandum vor-

geschlagenen oder auch nur angedeuteten Wege ihrer Realisierung." (S. 32)

Neben süffisanten Anmerkungen zu technischen Unzulänglichkeiten des Memorandums

("... legt die Kommission strukturelle und quantitative Annahmen zugrunde, die vielfach - zumindest aus dem Memorandum selbst - nicht belegt sind und daher weder nachvollzogen noch überprüft werden können",

"einige Begriffe sind schlechthin unverständlich" [S. 17] u.a.)

finden sich in der bundesdeutschen Stellungnahme zahlreiche Kritiken am Memorandum. Insbesondere werden eine Reihe Richtigstellungen geliefert, wo **Aussagen** des Papiers - infolge dessen zugrundeliegender Mittelwertbetrachtung - **für die Bundesrepublik nicht zutreffen**.

Dies betrifft die Aussagen

* zum Zusammenhang von demografischer Entwicklung und Zahl der Hochschulabsolventen (in Deutschland kein Rückgang zu erwarten);

* zum Interesse an natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen sowie an weiterführender wissenschaftlicher Ausbildung (in Deutschland keineswegs rückläufig);

* zur vorgeblichen Diskrepanz von in der Forschung notwendigem und dort beschäftigtem Personal, zur Notwendigkeit von speziellen Programmen für Minderheiten ("kann aus deutscher Sicht auf umfangreiche Maßnahmenprogramme verwiesen werden");

* zu sektoralen und regionalen Qualifikationsdefiziten, zur Notwendigkeit der Nachfragesteigerung für Hochschulbildung (in der Bundesrepublik nicht notwendig);

* zur Regelung eines Zugangs für Berufstätige an Hochschulen (ist in Deutschland bereits konditioniert möglich);

* zur Aufgabe der Hochschulen, regionalen Bildungs- und Forschungsbedarf zu befriedigen (deutsche Hochschulen erfüllen auch "überregionale" Aufgaben);

* zur Lehrerausbildung (zweiphasig wird als bewährt angesehen);

* zur Weiterbildung an Hochschulen (Bundesrepublik favorisiert Weiterbildung durch andere öffentliche und private Bildungsträger) sowie

* zur Organisation der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (wird im Gegensatz zum Memorandum nicht als "Weiterbildung" gesehen und sollte wie in Deutschland auch EG-weit nach dem Selbstverwaltungsprinzip organisiert werden). (S. 9 f./20, 20, 21, 21 f., 22, 23, 23, 32, 37, 41)

Zahlreich kritisiert wird in der bundesdeutschen Stellungnahme die dominierende **Wirtschaftsorientiertheit** des Memorandums. Dies reicht vom Vorwurf des Utilitarismus im Sinne der Reduzierung von

"Lehre und Forschung... auf Berufsausbildung und Nutzbarmachung als Produktivfaktor"

über die Aussage, daß

"die Hochschulpolitik nicht in eine dienende Rolle der Strukturpolitik gedrängt werden (darf)",

die Betonung der Unabhängigkeit der Bildungsträger und der Tatsache, daß

"die Hochschulen nicht nachgeordnete Einrichtungen der Wirtschaft (sind)",

desweiteren über Kritik an einer

"Überbetonung der Bindung der Hochschulen an die Erfordernisse der Wirtschaft"

Anmerkungen:

* Vgl. Teil 1 in: *hochschule ost* H. 2/1993, S. 63 - 75.

[1] Vgl. Anhörung zum EG-Hochschulmemorandum. Gemeinsame Veranstaltung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland über das Memorandum zur Hochschulbildung in der Europäischen Gemein-

bis hin zur Betonung, daß

"an deutschen Hochschulen in erster Linie Grundlagenforschung betrieben (wird), die nach Wissen um seiner selbst willen strebt und in der Lehre umgesetzt wird." (S. 5, 10, 24, 32 f., 34/42)

Zu einer langen Reihe weiterer Einzelprobleme wird im Sinne der in der bundesdeutschen Diskussion übereinstimmend formulierten Einwendungen Stellung genommen.

Insgesamt kann festgehalten werden: Die Erörterung des EG-Hochschulmemorandums in der Bundesrepublik Deutschland wurde dominiert von der Verteidigung der einzelstaatlichen Zuständigkeit für den Hochschulbereich, von der Kritik an zahlreichen für die Bundesrepublik unzutreffenden Aussagen im Memorandum und - unter Ansehung der gegenwärtigen bildungspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik durchaus überraschend - der Ablehnung des *übermäßigen* Wirtschaftsbezuges des Memorandums. Der Hintergrund dafür dürfte nicht zuletzt ein noch nicht ausgestandener bundesdeutscher Streit sein: Werden für den Ausbau der deutschen Position auf den internationalen Märkten primär die Generalisten oder die Spezialisten benötigt? Wenn die Diskussion darin münden sollte, daß beide für notwendig erachtet werden: Läßt sich dieses nicht hinreichend über ein gegliedertes Hochschulsystem realisieren? Dahingehend stehen zumindest die Zeichen in der bundesdeutschen hochschulpolitischen Diskussion.

Pas Ternack (Leipzig)

schaft am 23. und 24. Juli 1992 in Bonn. Dokumentation. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung. Berlin 1992. 220 S.

[2] Vgl. ebd., Schaumann, S. 10 ff.; Wiesheu, S. 17, 20.

[3] Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates: Anmerkungen zum "Memorandum...". Abgedruckt in: Anhörung zum EG-Hochschulmemorandum, a.a.O., S. 129 f.

[4] Hochschulrektorenkonferenz: Stellungnahme zum Memorandum... Entschließung des 167. Plenums vom 6.7.1992. Abgedruckt in: ebd., S. 111 f.

[5] Anhörung zum EG-Hochschulmemorandum, a.a.O., Grußworte: Schaumann, S. 10.

[6] GEW-Stellungnahme zum "Memorandum zur Hochschulbildung in der Europäischen Gemeinschaft". Abgedruckt in: ebd., S. 152 f.

[7] Ebd., Grußworte: Wiesheu., S. 20.

[8] Ebd., Statements: Ring, S. 32 f.

[9] Ebd., Statements: Brackmann, S. 45.

[10] Ebd., S. 43.

[11] Ebd., Statements: Bode, S. 36.

[12] Vgl. Kapitel 1 dieses Artikels: *hochschule ost* H. 2/1992, S. 64 - 68..

[13] Vgl. Teil 1 dieses Berichts, Fußnote 29: *hochschule ost* H. 2/1992, S. 75.

[14] Anhörung zum EG-Hochschulmemorandum, a.a.O., Statements: van der Hijden, S. 48.

[15] ebd., Grußworte: Wiesheu, S. 18.

[16] Beschluß des Bundesrates zum Memorandum..., 14.02.92, Drucksache 735/91.

[17] Anhörung zum EG-Memorandum, a.a.O., Grußworte: Schaumann, S. 12.

[18] Ebd., Grußworte: Wiesheu, S. 15.

[19] Ebd., S. 17.

[20] Ebd., S. 20

[21] Ebd., Statements: Grüner, S. 67.

[22] Ebd., S. 68 f.

[23] Ebd., Diskussionszusammenfassung (Müller-Solger, Brackmann), S. 89 f.

[24] Ebd., Statements: Brackmann, S. 43.

[25] BDI/BDA/DIHT/HDE/ZDH/BDG/BFB/DVB: Gemeinsame Stellungnahme zum Memorandum... Abgedruckt in: ebd., S. 143.

[26] Ebd., Statements: Brehler, S. 62 f.

[27] ebd., Statements: van der Hijden, S. 29.

[28] ebd., Statements: Klein, S. 57.

[29] Ebd., Statements: Ring, S. 33.

[30] Ebd., S. 34.

[31] Ebd., Statements: Leutner, S. 40

[32] Ebd., Grußworte: Schaumann, S. 13 f.

[33] Ebd., S. 34, 58, 75, 110.

[34] Beschlußempfehlung des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages, 14.10.1992. Drucksache 12/3546.

[35] Beschluß des Bundesrates zum Memorandum..., a.a.O.

[36] Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland zum "Memorandum zur Hochschulbildung in der Europäischen Gemeinschaft" der Kommission der Europäischen Gemeinschaft (Kom(91) 349 endg). Gemeinsam erarbeitet durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, den 17.11.1992. 44 S. + Anhang.

Fußnotenberichtigung zu Teil 1 dieses Artikels in H. 2/1992: Fußnote 10 (im Text S. 65, im Anmerkungsteil S. 74) muß lauten: "Vgl. hier S. 66 - 68."

Der Wissenschaftsrat empfiehlt die Aufnahme der Universität Frankfurt/Oder in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes

In seiner Januar-Sitzung in Berlin hat der Wissenschaftsrat die Aufnahme der Europa-Universität Viadrina ins Hochschulverzeichnis zum 1. Januar 1993 empfohlen. Auf dieser Grundlage kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen; damit trägt der Bund die Hälfte der Ausgaben des Landes Brandenburg für Investitionsvorhaben zugunsten der Universität im Rahmen des Hochschulbauförderungsgesetzes.

In seiner Stellungnahme anerkennt der Wissenschaftsrat die intensiven Bemühungen des Landes zum Aufbau einer differenzierten Hochschulstruktur und sieht dazu die Errichtung von zunächst rund 34.500 Studienplätzen bis zum Jahr 2000 als ausreichend an. Erst mit Abschluß dieser Ausbauphase sollte das Land unter Einbeziehung seiner finanziellen Möglichkeiten prüfen, ob und in welchem Zeitraum ein Ausbauziel von 40.000 Studienplätzen angestrebt wird.

Für die Universität Frankfurt/Oder wird der Aufbau der drei Fakultäten für Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften und Kulturwissenschaften mit insgesamt 4.400 Studienplätzen unterstützt. Sie bieten die Studiengänge Jura, Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft an; ab Wintersemester 1993/94 soll ein Diplom-Studiengang Kulturwissenschaften hinzukommen.

Die Hochschule strebt für alle Fakultäten eine internationale Ausrichtung an und mißt einer engen Kooperation mit polnischen Hochschulen und Wissenschaftlern besondere Bedeutung bei. In einer Empfehlung sieht der Wissenschaftsrat deshalb auch einen wissenschafts- und hochschulpolitischen Beitrag zur deutsch-polnischen Zusammenarbeit, für die der Standort Frankfurt/Oder günstig erscheint. Die von Land und Hochschule angestrebte Brückenfunktion zwischen West- und Ost-Mitteleuropa bedarf allerdings noch der weiteren Konkretisierung in den Konzepten für Lehre und Forschung der drei Fakultäten. Dies gilt insbesondere für die Kulturwissenschaftliche Fakultät, die den interkulturellen Vergleich in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen und dazu neue Wege der fachübergreifenden Zusammenarbeit in den Geistes- und Sozialwissenschaften beschreiten will. Mit ihren Fragestellungen soll sie die anderen beiden Fakultäten mitprägen und entscheidend zum angestrebten Profil der Hochschule beitragen.

Der Wissenschaftsrat wird den weiteren Aufbau der Hochschule intensiv begleiten und hat deshalb seine Aufnahmeempfehlung mit dem Vorbehalt verbunden, daß das Land regelmäßig mit den Anmeldungen zum Rahmenplan über den Fortgang des Aufbaus berichtet und konkretisierte Planungen für die fachliche Verzahnung der drei Fakultäten vorlegt. Er wird in drei Jahren erneut zur Entwicklung der Europa-Universität Stellung nehmen.

(WiRa-PI)

Hochschulrektorenkonferenz:

Für eine Neuorganisation des Hochschulbaus in den neuen Ländern

In den neuen Bundesländern sind seit der Übertragung der Verantwortung für den Hochschulbau von den Universitäten auf die neu errichteten Staatsbauämter erhebliche Verzögerungen bei der Realisierung von Baumaßnahmen eingetreten. Bei der Durchführung kleinerer Baumaßnahmen, z.B. im Zusammenhang mit der Neubesetzung von Professorenstellen, oder in Notfällen (Wasserschäden u.ä.), sind die Hochschulen weitgehend handlungsunfähig. Gründe für diese Mißstände sind teilweise fehlende Fachkompetenz der neu errichteten Staatsbauämter und große Probleme bei der Anwendung neuer, vielfach aus westdeutschen Ländern übernommener Vorschriften, manchmal auch eine mangelnde Kooperationsbereitschaft der staatlichen Bauverwaltung. Teilweise fließen nur 30 Prozent der bewilligten Mittel ab.

Die HRK setzt sich deshalb dafür ein, den Hochschulen in den neuen Bundesländern wieder die Verantwortung für kleinere Baumaßnahmen und für den Bauunterhalt zu übertragen. Einige ostdeutsche Hochschulen favorisieren auch die Einrichtung von Hochschulbauämtern als Teil der Hochschulverwaltung, die für den gesamten Hochschulbau verantwortlich sind. Die Hochschulrektorenkonferenz beabsichtigt, in absehbarer Zeit ein Symposium zum Hochschulbau in den neuen Ländern durchzuführen.

(HRK-PI)

GEW: Verfassungsbeschwerde eingereicht

Auf Initiative der GEW haben jetzt insgesamt 40 nach dem 3. Oktober 1992 gekündigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Verfassungsbeschwerde erhoben.

Die Beschäftigten aus Schulen, Hochschulen und Kindergärten wenden sich gegen die Verlängerung des Sonderkündigungsrechtes des öffentlichen Arbeitgebers nach dem Einigungsvertrag. Sie werden von dem Bremer Arbeitsrechtler Prof. Dr. Wolfgang Däubler vertreten.

Die sechzig Seiten umfassende Beschwerdeschrift arbeitet heraus, daß der Einigungsvertrag nicht durch vereinfachtes Bundesgesetz verändert werden kann.

Zusammengefaßt lauten die Argumente in der Beschwerdeschrift wie folgt:

1. Das Bundesverfassungsgericht hat am Beispiel der untergegangenen Länder Coburg, Waldeck-Pyrmont und Lippe entschieden, daß die in den damaligen Beitrittsverträgen festgelegten Bedingungen durch das aufnehmende Land nicht verändert werden dürfen. Für den Einigungsvertrag kann nichts anderes gelten. Eine Ausnahme macht das Bundesverfassungsgericht nur dann, wenn sich die Umstände grundlegend verändert haben - davon kann im Zusammenhang mit dem Personalabbau nach dem Einigungsvertrag nicht im entferntesten die Rede sein.

2. In ihrer Denkschrift zum Einigungsvertrag hat die Bundesregierung ausdrücklich betont, Übergangsvorschriften mit bestimmten, genau festgelegten Fristen dürften nicht

nachträglich verändert werden. Darauf haben sich alle Beteiligten verlassen; ein solches Vertrauen nachträglich zu enttäuschen, wäre mit dem Rechtsstaatsprinzip nicht vereinbar.

3. Die Sonderkündigungsrechte des öffentlichen Arbeitgebers haben ähnliche Wirkung wie die Abwicklung. Dies wird u. a. am Beispiel der PH Leipzig deutlich, aus der acht Beschwerdeführer kommen. Deshalb müssen auch diesselben verfassungsrechtlichen Maßstäbe wie bei der sog. Warteschleife gelten.

4. Nach der sog. Warteschleifenrechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes sind Eingriffe in bestehende Arbeitsverhältnisse nur zulässig, wenn sie einem überragenden Gemeinschaftsgut wie der Herstellung einer effizient arbeitenden Verwaltung dienen und keine mildereren Mittel zur Verfügung stehen. Im Gesetzgebungsverfahren ist die Notwendigkeit eines weiteren Personalabbaus nur behauptet, aber nicht einmal ansatzweise belegt worden. Außerdem wäre er auch nach allgemeinen arbeitsrechtlichen Grundsätzen möglich, wobei allerdings die Grundsätze über die soziale Auswahl beachtet werden müßten.

5. Nach der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes muß für die Gekündigten gesorgt werden. Der frühere Arbeitgeber muß ihnen Möglichkeiten zur Umschulung und Weiterqualifizierung anbieten. Auch müssen Angehörige von Problemgruppen, insbesondere Alleinerzie-

hende und ältere Arbeitnehmer, bei der Besetzung freier Stellen bevorzugt berücksichtigt werden. Auch diese Pflichten haben der Gesetzgeber und der öffentliche Arbeitgeber verletzt.

6. Die Verlängerung der Sonderkündigungsrechte des öffentlichen Arbeitgebers

verstößt nicht nur gegen die Bindungswirkung des Einigungsvertrages, sondern stellt auch einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Berufsfreiheit nach Artikel 12 von Absatz 1 des Grundgesetzes dar.

Heinz Putzhammer

(aus: E & W 2/93)

Sachsen-Anhalt: Finanzausschuß des Landtages beschloß Stellenabbau

Wie eine Bombe schlug Ende Januar die Mitteilung ein, der Finanzausschuß des Landtages habe mit den Stimmen von CDU und FDP den Abbau von 1678 Stellen an sachsen-anhaltinischen Universitäten und Hochschulen beschlossen. Bis Ende September soll dieser "Kahlschlag der Wissenschaft" erledigt sein. Rund 50 Millionen Mark an Personalkosten fließen auf diesem Weg in das Säckel des Fiskus. Wohl gemerkt handelt es sich dabei um Schätzungen. Wenige Tage vor diesem Beschluß hatte der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft den vorgelegten Entwurf zur Einsparung der Stellen abgelehnt.

Eine Liste des Magdeburger Wissenschaftsministeriums schlüsselt den Abbau auf. An der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg sollen, einschließlich des Bereiches Medizin, 839 Stellen eingespart werden. Auch in der Landeshauptstadt ist der Rotstift angesetzt worden: 222 Stellen an der TU gestrichen, drei an der Pädagogischen Hochschule (andere wissen von 111 an der TU und 111 an der PH) und 385 an der Medizinischen Akademie. Kündigungen landen auch bei 119 Angehörigen der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg und bei 23 Angehörigen der Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein. Vor allem den akademischen Mittelbau werden die geplanten Stellen-

kürzungen treffen. Eigentlich war der Personalabbau in drei Stufen bis 1996 vorgesehen. Es sollten neue Strukturen aufgebaut werden, solide Studienangebote erarbeitet, Studenten gewonnen und dabei schrittweise die Stellenstruktur neu geschaffen werden. Die prekäre Finanzlage jedoch führte zu dem Dilemma, äußerte sich Wissenschaftsminister Rolf Frick in einer Tageszeitung. Der Minister forderte den Haushaltsausschuß auf, den "radikalen Abbau in der Phase der Hochschuleerneuerung" noch einmal zu überdenken. Sicher ist, jeder muß seinen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes leisten, jedoch bleibt die Frage in welcher Höhe? Besonders in den neuen Ländern ist die Wissenschaft ein wichtiger Wachstumsfaktor. Ein 1a-Bildungsangebot bindet die Jugend ans Land. Gut ausgebildete Fachkräfte können den Investitionswillen fördern. Das erkannte man wohl auch in der Herrenkrugstraße 66, denn Minister Fricks will die Studentenzahlen im Land bis zur Jahrtausendwende - noch sieben Jahre - verdoppeln. Zwei Volluniversitäten und vier Fachhochschulen sollen Studiosi nach Sachsen-Anhalt locken. Wie jedoch sollen sie bei den unvorbereiteten Stellenkürzungen künftig niveauvoll ausgebildet werden?

Ines Perl (Magdeburg)

(aus: uni-report, TU Magdeburg, 2/93)

Immer weniger Patente im Osten

(ADN). Die Zahl der jährlich angemeldeten Patente ist in Ostdeutschland seit der Wende auf zehn bis 15 Prozent gesunken. Ursachen für diesen dramatischen Rückgang sind in erster Linie die Krise der Wirtschaft in den neuen Bundesländern, die den Wissenschaftlern die Abnehmer ihrer Ideen entzieht, sowie die Abwicklung vieler ostdeutscher Forschungseinrichtungen, erklärte Volkmar Kruspig, Vorstandssprecher der Vereinigung für Technologietransfer und Lizenzwesen (VTL), in Leipzig. Lediglich in der in der Umwelttechnologie sowie in einzelnen Verbraucherbereichen seien die Anmeldungen stabil.

Schwierigkeiten gebe es auch beim Schutz ostdeutscher Warenzeichen. Das seit Mai dieses Jahres gültige sogenannte Erstreckungsgesetz für gewerbliche Schutzrechte mache hier die Anerkennung ähnlicher oder identischer Markennamen in Ost und West von einer gegenseitigen Zustimmung beider Besitzer abhängig. In den entsprechenden Rechtsstreitfällen hätten dann die Unternehmer aus den alten Bundesländern "in der Regel den längeren Atem". Eine Reihe von Betrieben der Ex-DDR habe auch die Namen ihrer in Ostdeutschland bekannten Marken an westdeutsche Firmen verkauft und so einen bedeutenden Teil ihrer Marktchancen vergeben.

ZITIERT

Und dann?

Ich will in den ersten Wochen die Intelligenz und die Mitarbeiterschaft der Mitarbeiter im Forschungsministerium, von Verantwortlichen aus Wissenschaft und Forschung nutzen.

Der neue Forschungsminister Matthias Wissmann über sein Amtsverständnis in einem Interview mit der Deutschen Universitätszeitung, 49. Jg., Heft 3, Josef Raabe Verlag, Stuttgart 1993

Anweiler, Oskar / Fuchs, Hans-Jürgen / Dorner, Martina / Petermann, Eberhard (Hrsg.): Bildungspolitik in Deutschland 1945 - 1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband. Leske + Budrich, Opladen 1992. 574 S. DM 48,-. Über den Buchhandel.

Reich, Jens: Abschied von den Lebenslügen. Die Intelligenz und die Macht [Essays zur Intelligenz in der DDR und nach der DDR]. Rowohlt Verlag, Berlin 1992. 175 S. DM 26,-. Über den Buchhandel.

Busch, Friedrich W. / Rütger, Beate / Straube, Peter-Paul (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft (Sammlung Wissenschaft und Gegenwart) [Protokoll eines Symposiums an der Universität Oldenburg im November 1990, Themen u.a.: Der Erziehungsauftrag der Hochschulen in der DDR; Der Bildungs- und/oder Erziehungsauftrag der Hochschulen; StudentInnen im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Anforderungen und individuellem Selbstverständnis; Stellung und Bedeutung des Hochschullehrers in einer sich wandelnden Hochschule. AutorInnen aus Ost- und Westdeutschland]. Isensee-Verlag, Oldenburg 1992. 277 S. DM 35,-. Über den Buchhandel.

Gruhn, Werner: Die Transformation des ostdeutschen Wissenschaftssystems. Eine annotierte Bibliographie zum Zeitraum 1990/91 (Analysen und Berichte abg 1/1992, hrsg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft IGW Erlangen) [Bibliographie von Zeitschriften- und Zeitungsartikeln]. Verlag Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen, Erlangen 1992. 124 S. DM 20,-. Bezug bei: Universität Erlangen-Nürnberg, ehem. Institut für Gesellschaft und Wissenschaft, Postfach 1409, W - 8520 Erlangen, Tel. — / 82670

Fischer, Andreas: Das Bildungssystem der DDR. Entwicklung, Umbruch und Neugestaltung seit 1989. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1992. 176 + XII S. DM 39,-. Über den Buchhandel.

Muszynski, Bernhard (Hrsg.): Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven bei der Integration der gesamtdeutschen Hochschullandschaft [Kapitelüberschriften: Ausgangslage und Problemskizzen; Wissenschaftsförderung; Gasterfahrungen konkret; Gastgebererfahrungen konkret; Materialien. Autoren aus Ost- und Westdeutschland] Leske + Budrich, Opladen 1993. 379 S. DM 39,-. Über den Buchhandel.

Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin [Bd. 1: Allgemeines, Rechtswissenschaft, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Lehrerbildung, Universität Erfurt, Kunst-, Musik- und Theaterhochschulen, Fachhochschulausbildung im Bereich Design/Gestaltung. 296 S. Bd. 2: Fachhochschulen in Berlin-Ost und Mittweida (Sachsen), Fachbereich Sozialwesen an einer Fachhochschulen in Potsdam, Fachhochschulen allgemein, Ingenieurwissenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen, Agrar-, Gartenbau-, Forst-, Haushalts- und Ernährungswissenschaften sowie Lebensmitteltechnologie und Veterinärmedizin. 328 S. Bd. 3: Hochschulmedizin. 240 S. Bd. 4: Geisteswissenschaften, mathematisch-naturwissenschaftliche Fachbereiche. 130 S.]. Köln 1992. Kostenlos zu beziehen bei: Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Str. 11, W - 5000 Köln 51, Tel. 0221 / 37 76 234, Fax 0221 / 38 84 40.

Richter, Edelbert / Wipperführth, Christian: Wissenschaftskatastrophe. Zur Situation von Forschung und Hochschulen in den neuen Ländern. Hrsg. von den SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament. o.O., o.J. (Strasbourg, 1992). 24 S. Kostenlos zu beziehen bei: Dr. Edelbert Richter, Kantstr. 9, O - 5300 Weimar.

Studieren '92 in den Ländern: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen. Berlin. 2. [erw.] Auflage. Verlag Karl Heinrich Bock, Bad Honnef 1992. 80 S. Über den Buchhandel.

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1992/93. K. H. Bock Verlag, Bad Honnef 1992. 411 S. DM 16,50. Über den Buchhandel.

Bund-Länderkommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung BLK (Hrsg.): **Informationen zur Förderung von Frauen im Rahmen des Hochschulerneuerungsprogramms (HEP)**. Bonn 1992. 27 S. Kostenlos zu beziehen bei: BLK - Geschäftsstelle -, Friedrich-Ebert-Allee 39, W - 5300 Bonn 1, Tel. 0228 / 54020, Fax 0228 / 54 02 150.

Maleck, Bernhard / Fink, Heinrich: **Sich der Verantwortung stellen** [Interview mit Heinrich Fink]. Dietz Verlag, Berlin 1992. 128 S. DM 14,80. Über den Buchhandel.

Die Präsidentin der Humboldt-Universität (Hrsg.): **Forschungsbericht 1991** [der Humboldt-Universität]. Berlin 1992. 863 S. Kostenlos zu beziehen bei: Forschungsabteilung der Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, O - 1086 Berlin, Tel. 030 / 2093 2616, Fax 030 / 2093 2644.

Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung Berlin: **Zwei Jahre Wissenschaftspolitik für Berlin. Bilanz und Perspektiven** [viele Fakten und viel Selbstlob]. Berlin 1993. 13 S. Kostenlos zu bestellen bei: Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Bretschneiderstr. 5, W - 1000 Berlin 19, Tel. 030 / 30 32 617.

Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen - Förderkommission Frauenforschung - (Hrsg.): **Förderprogramm Frauenforschung des Senats von Berlin: Bericht 1990 - 1991**. Berlin 1992. 143 S. Kostenloser Bezug über: Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Storkower Str. 134, O - 1055 Berlin bzw. Förderprogramm Frauenforschung - Geschäftsstelle -, Klosterstr. 47, O - 1020 Berlin.

Brandenburgische Landeskommision für Fachhochschulen (Hrsg.): **Fachhochschulen im Land Brandenburg. Empfehlungen der Brandenburgischen Landeskommision für Fachhochschulen**. Potsdam 1993. 88 S. Kostenlos zu beziehen über: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Friedrich-Ebert-Str. 4, O - 1560 Potsdam, Tel. 0331 / 329 256.

Hohmann, Joachim S. (Hrsg.): **Sexuologie in der DDR** [u.a. Beiträge zur Entwicklung von Sexuologie, Sexualmedizin und Sexualpädagogik in der DDR sowie eine 45seitige Bibliographie zur DDR-Sexuologie]. Dietz Verlag, Berlin 1991. 336 S. Über den Buchhandel.

Der Rektor der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald (Hrsg.): **Felerliche Gründung des Instituts für Ökologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität auf der Insel Hiddensee am 3. September 1992 in Kloster/Hiddensee** (Greifswalder Universitätsreden Neue Folge Nr. 66). Greifswald 1992. 48 S. Kostenloser Bezug bei: Presse- und Informationsstelle der E.-M.-Arndt-Universität Greifswald, Domstr. 11, O - 2200 Greifswald.

Voß, Rainer / Hartmann, Frank / Schiele, Karin / Brandt, Martina: **Ostdeutsche Biotechnologie im Umbruch. Strukturen, Inhalte, Profile** (IRI-Schriften Bd. 1). Hrsg. vom Institut für regionale Innovationsforschung IRI Berlin. polycom Verlagsgesellschaft, Berlin 1992. 223 S. DM 48,-. Über den Buchhandel.

Initiative "Chemiker helfen Chemikern" / Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Hrsg.): **Chemie studieren in Ostdeutschland. Hochschulführer**. Düsseldorf 1992. o.S. (45 S.). Kostenlos zu beziehen bei: Fachschaft Chemie der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Initiative "Chemiker helfen Chemikern", Universitätsstr. 1, W - 4000 Düsseldorf 1.

Appelrath, Hans-Jürgen / Zimmerling, R.: **Studien- und Forschungsführer Informatik der neuen Bundesländer**. Hrsg. vom Fakultätentag Informatik, Arbeitskreis "Informatik an deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen". 2. [erw.] Auflage. Oldenburg 1991. 80 S. Kostenlos zu beziehen über: Prof. Dr. H.J. Appelrath, Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, FB Informatik, Postfach 2503, W - 2900 Oldenburg, Tel. 0441 / 798 29 94, Fax 0441 / 798 21 55.

Adler, H. / Appelrath, H.J. / Hebenstreit, R. / Zimmerling, R.: **Die Entwicklung der Hochschul-Informatik in der DDR**. Hrsg. vom Fakultätentag Informatik, Arbeitskreis "Informatik an deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen". Oldenburg 1992. 69 S. Kostenlos zu beziehen über: Prof. Dr. H.J. Appelrath, Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, FB Informatik, Postfach 2503, W - 2900 Oldenburg, Tel. 0441 / 798 29 94, Fax 0441 / 798 21 5.

Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der DDR * Kritische Begleitung des Umbauprozesses * Perspektiven der ostdeutschen Forschungs- und Hochschullandschaft * Analysen * aktuelle Berichte * Rezensionen * Literaturinformation * Dokumentation

hochschule ost

Herausgeber:
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa der Uni Leipzig

bisherige Themen:

Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Fortsetzung zum "Fall Fink" * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung * Europa-Universität Frankfurt/Oder * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Streitsache Latium * Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * SPD-Wissenschaftsforum * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive

in hso veröffentlichten und veröffentlichen:

Wolfgang Nitsch, Bernd Okun, Horst Poldrack, Rosemarie Will, Matthias Middell, Georg Nolte, Larissa Klinzing, Kurt Nowak, Peer Pasternack, Fritz Klein, Wolfgang Küttler, Wolfgang Ernst, Jürgen Teller, Elke Uhl, Frank Geißler, Ilko-Sascha Kowalczuk, Torsten Bultmann, Hans-Uwe Feige, Rudolf von Thadden, Hans Joachim Meyer, Christoph Kähler, Rudolf Mau, Martin Onnasch, Christian Dahme, Helmut Haberlandt, Monika Gibas, Horst Klinkmann, Joachim Rohde, Christian Füller, Uta Starke, Marlis Dürkop, Hermann Klenner, Karin Reiche, Hans-Uwe Erichsen, Edellbert Richter, Roland Schneider, Cornelius Weiss, Alfred Förster, Peter Porsch
u.a.

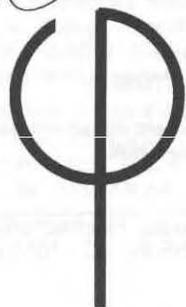
Kopiervorlage

		Bestellung
Bitte senden Sie mir "hochschule ost":		
1.	ein Exemplar zum Kennenlernen	
2. mal das Journal im Normal-Abonnement	für 55,- DM
3. mal im Abo für ostdeutsche PrivatbezieherInnen/ StudentInnenabonnement	für 33,- DM
4. mal im Abonnement für in der akademischen / studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende (tätig in folgendem Gremium)	für 20,- DM
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft. Habe ich mich für Variante 2., 3. oder 4. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.		
Name		
Adresse		
..... (Datum) (Unterschrift)		
Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufe.		
..... (2. Unterschrift)		

Bitte senden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa Uni Leipzig, Augustusplatz 9, PSF 920, O - 7010 Leipzig

**WIR DRUCKEN, KOPIEREN UND BINDEN.
RUFEN SIE UNS AN ODER BESUCHEN SIE UNS.
WIR BERATEN SIE GERN.**

**FARBKOPPIEN
PLAKATE
DIPLOMARBEITEN
DISSERTATIONEN
ZEITSCHRIFTEN
FLUGBLÄTTER**



**BÜRO PAUSELIUS
OSTSTRASSE 24
0-7050 LEIPZIG
TEL. 6 43 24**